

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 3 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Tschechien, Polen und Memelgebiet, Litauen, Lettland, Estland, Danzig 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Wolk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blitz in die Bühnenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 5. November 1926

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Vergeltung für Leiferde.

Die Attentäter zum Tode verurteilt.

Hildesheim, 4. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozeß gegen die Eisenbahnattentäter von Leiferde wurde Donnerstag gegen 17 Uhr abends vom Schwurgericht Hildesheim folgendes Urteil verkündet:

Die Angeklagten Otto Schiefelinger und Will Weber werden wegen vorsätzlicher Eisenbahntransportgefährdung mit Todesfolge in Tateinheit mit Mord zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Der Angeklagte Walter Weber wird wegen Vergehens gegen den § 139 des StGB. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Wochen gelte durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

Die Angeklagten wolle gegen das Urteil Revision einlegen.

Das Schwurgericht hat die beiden Eisenbahnattentäter zum Tode verurteilt.

Das Attentat von Leiferde hat 21 Menschen das Leben gekostet. Ein Schrei des Entsetzens ging durch Deutschland. In die tiefe Trauer um die Toten klang der Ruf nach Sühne. Eine unfahrbare Tat — so schien es. Man schreckte zurück vor dem Gedanken, daß einer die Tat vollführt hätte, um zu rauben.

Die Täter wurden entdeckt und verhaftet. Man erfuhr ihre Geschichte, sah ihre Bilder. Und erschraf aufs Neue. Diese halben Jungen waren es! Was haben sie für Unheil angerichtet! 21 Menschen sind ihrem Tun zum Opfer gefallen und doch mußte jeder, in dem nicht der Racheinstinkt alles andere überwältigte, sich sagen, daß die beiden selbst Opfer waren.

Sie haben ungeheure Schuld auf sich geladen, aber hinter ihrer Schuld steht die Schuld der Gesellschaft. Die Tat ist unerklärbar ohne die Not und den Hunger, der alle Hemmungen in den beiden zerbrochen hat.

Die Dessenlichkeit hat neben der ungeheuren Tragik des Schicksals der Todesopfer von Leiferde die soziale Tragik des Schicksals der Attentäter entdeckt. Nach dieser Entdeckung ist die Frage nicht mehr abzuweisen, ob unsere Strafrechtspflege, die zu einem guten Teil Rachejustiz ist, ein geeignetes Mittel ist, den sich ergebenden Konflikt zu lösen.

Das Gericht in Hildesheim hat zwei Todesurteile gefällt. Man darf ruhig sagen — ohne daß darin ein Werturteil vorhanden ist —, daß das Urteil aus dem Willen zur Todesstrafe hervorgegangen ist, nicht aus eiskalter Gesetzesanwendung, die unserer Meinung nach zu einem anderen Beschluß hätte führen müssen.

Man hat unwillkürlich gewogen, daß auf der anderen Seite die 21 Toten stehen. Es war instinktives Sühneverlangen für 21 Tote. Aber gerade hier, wo der Wille zur Todesstrafe durchgebrochen ist, aus nur zu begreiflichen Gründen durchgebrochen ist, stimmt dieser Wille nicht überein mit dem strengen Buchstaben des Gesetzes. Danach lag keine vorsätzliche Tötung, also kein Mord im strengsten juristischen Sinne des Wortes vor, sondern nur Transportgefährdung mit Todeserfolg.

Möge dieser Fall, den niemand seit dem Attentat bis zum Urteil ohne tiefe Trauer betrachten kann, zu einem Argument gegen die Todesstrafe werden — wenn auch noch so viele in der schrecklichen Tat einen Beweis für die Notwendigkeit der Todesstrafe gesehen haben.

Für das Leid und die Opfer des Attentats ist die Vollstreckung des Urteils keine Wiedergutmachung. Eine Aufklärung des sozialen Gewissens, die von diesem Fall ausgehen kann und muß, ist mehr wert als die Vernichtung von zwei jungen Menschen, die furchtbare Schuld auf sich geladen haben.

Mussolinis Orientpolitik.

Von Dr. Artashes Abeghian.

„Italiens Zukunft liegt auf dem Meere“, hatte Mussolini — „ohne andere kopieren zu wollen“ — im Frühling 1926 bei seinem Tripolisausflug gesagt, aber in seiner tripolitaniischen Abschiedsrede sprach er symbolisch: „Wir dürften nach Land, da wir uns rasch vermehren und auch dabei bleiben wollen.“ Nach dieser Rede hat er ausgerufen: „Italien muß in den Orient gehen.“ In der Tat: als der aggressive Faschismus im Innern des Landes schon den „entschiedensten Sieg“ über alle seine Gegner davongetragen hatte, fing er auch an, sich kolonialpolitisch zu betätigen. Der Diktator sucht im Orient die „verlorene Zeit“ zurückzugewinnen und nachzuholen, was seine Vorgänger „versäumt“ hatten. Die Faschistenpresse benutzt jede Gelegenheit, um die Revision des Mandatproblems und Neueinteilung der Kolonien zu erlangen.

Der Beginn der Intensivierung italienischer Orientpolitik fällt in das Ende 1925 und hängt mit der Mussolini-Chamberlain-Zusammenkunft in Rapallo zusammen. Wenn auch seinerzeit die Gerüchte offiziell dementiert wurden, Chamberlain hätte Mussolini gegenüber ganz bestimmte Zugeständnisse gemacht, so konnte doch unmöglich der Rauch ohne Feuer sein. Die darauffolgenden Ereignisse und namentlich das italienisch-englische Schuldabkommen waren Beweise dafür. Mussolini erkaufte es mit seiner Unterstützung bei der Entscheidung Englands der Mosulfrage in Genf.

Der Diktator sucht auch die Balkanländer in den Bannkreis seiner Orientpolitik hineinzuziehen, so liegen doch die eigentlichen kolonialen Ziele Mussolinischer Orientpolitik im nahen Osten: in Vorderasien und Nordafrika. Auf diesem Gebiete bucht Mussolini schon einige Erfolge. Vor allem: Abessinien. Es ist neben Liberia der einzige unabhängige Staat Afrikas, aber durch europäische Kolonien vom Meer gänzlich getrennt: durch das Somaliland, das zwischen Italien, Frankreich und England geteilt ist, und durch die italienische Kolonie Eryträa. Die einzige Bahnlinie, die die Hauptstadt Adis-Ababa mit der Außenwelt verbindet, steht unter französischer Verwaltung und hat ihren Ausgangspunkt in dem französischen Djibuti am Golfe von Aden. Das englisch-italienische Abkommen gestattet Italien, Eryträa wirtschaftlich zu kontrollieren und durch eine Eisenbahnlinie über abessinisches Gebiet Eryträa und Somaliland miteinander zu verbinden. Der abessinische Regent Ras Tafari erhob zwar im August 1926 in Genf eine Beschwerde, der Frankreich Unterstützung ließ — das italienisch-britische Abessinienabkommen war offenbar auch gegen französische Absichten in Abessinien gerichtet —, die britische und die italienische Diplomatie zogen jedoch vor, lieber durch unmittelbare Verhandlungen Frankreich zu befriedigen und die Streitfrage aus der Welt zu schaffen, auch der abessinischen Regierung formelle Versicherungen abzugeben, als die Angelegenheit vor den Völkerverbund zu bringen. Dies alles hindert Mussolini nicht, in Abessinien seine Pläne zu verfolgen.

Weiter hat der Gouverneur von Italienisch-Eryträa am 2. September 1926 einen Vertrag geschlossen mit Jahia, dem Imam Jemens (des „glücklichen Arabiens“), wodurch Italien auch auf asiatischem Boden Fuß faßt. Jemen gewinnt als Absatzgebiet für italienische Fabrikate und speziell für Textilwaren, zumal es das am dichtesten bevölkerte Gebiet der arabischen Halbinsel ist (6 Millionen Einwohner) mit einer verhältnismäßig entwickelten Landwirtschaft, aber auch wegen seiner unmittelbaren Nähe von Eryträa, an der arabischen Landküste des Roten Meeres, mit dem Zentrum Sana und der Hafenstadt Hodeida ist es gelegen. Jahia selbst gilt als der Rivale Ibn Sauds, des Wahabitenführers und Herrschers des Hedschas. Wie sonst überall im Orient steht zweifellos ohne auch in Jemen die Politik Mussolinis im Zusammenhang mit der Politik Chamberlains. Bei ihrer Völkerverbundzusammenkunft haben die Beiden, wie auch die italienische Presse zugab, bezüglich ihrer Orientpolitik eine Vereinbarung getroffen.

Aber die eigentlichen Triebfedern des italienischen Expansionsdranges, nämlich die Ueberbevölkerung, lenkt die Mussolinischen Pläne mehr nach Kleinasien. 1919 besetzten italienische Truppen mit Zustimmung der übrigen Entente das Adalagebiet am Mittelmeer in unmittelbarer Nachbarschaft Siziliens. Seit Mussolini herrscht, hegt er neue Pläne in dieser Richtung. Er hat schon die notwendigen Stützpunkte in Besitz, vor allem aber die Dodekanes-Inseln im östlichen Mittelmeer. Man befracht schon während der Tripolisreise Mussolinis die Möglichkeit einer kleinasiatischen Aktion Italiens. Unter dem gestürzten neuen Diktator Pangalos waren Vorbereitungen eines gemeinsamen italienisch-griechischen Militärunternehmens gegen die Türkei im Gange. Neuerdings war wieder die Rede von einem angeblich vorbereiteten Angriff Mussolinis in Kleinasien.

Selbstverständlich verursachen diese Dinge den Türken Bedenken. Im Zusammenhang damit steht auch die Einberufung der Jahrgänge 1903 und 1904 zur türkischen Armee, obwohl diese Jahrgänge planmäßig erst im April 1927 beeres-

Robert Dilmanns Heimkehr.

Trauerfeierlichkeiten in Bremerhaven.

Bremerhaven, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr traf der Lloyd-Dampfer „Columbus“ in Bremerhaven mit der Leiche des verstorbenen Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Robert Dilmann, ein. Um den Toten zu empfangen, waren zahlreiche Delegationen der Arbeiterbewegung, insgesamt mehrere hundert Personen, auf der Anlegestelle in Bremerhaven erschienen. Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte aus Stuttgart drei Vertreter entsandt. Gegen 12 Uhr mittags wurde der Sarg Robert Dilmanns unter den feierlichen Klängen einer Musikkapelle von Bord getragen. Am Lauffsteig hatten die zahlreichen Delegationen mit ihren Fahnen Aufstellung genommen. Eine nach Hunderten zählende Menge begleitete den Trauerwagen aus dem Hafen heraus. Der Verstorbene wurde darauf in der Bremerhavener Stadthalle für die große Trauerfeierlichkeit nachmittags 3 Uhr aufgebahrt.

Die Trauerfeier.

Am Nachmittag um 3 Uhr fand in dem großen dichtgefüllten und feierlich geschmückten Saale die erste Trauerfeier auf deutschem Boden für Robert Dilmann statt. Der auf hohem Katafalk ruhende Sarg war mit zahlreichen Kränzen geschmückt. Nach einleitendem Orgelspiel und Gesang des Bremerhavener Volkshors hielt Genosse Bandgraf, der Bremerhavener Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die erste Trauerrede. Er verwies dabei auf die Tragik, daß Dilmann heute als Toter an der gleichen Stelle aufgebahrt sei, wo er am 1. September d. J. zum letztenmal auf deutschem Boden seine zündenden Worte an die deutschen Arbeiter richtete. Für die Bremerhavener Parteiorganisation feierte Genosse Kleemann die Kämpferpartei Robert Dilmanns. Für den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes führte Genosse Reichel aus, daß Robert Dilmann von der Metallarbeiter-Internationale beauftragt worden war, nach Amerika zu fahren, um dort die organisierten Metallarbeiter der großen internationalen Kampfgenossenschaft der Metallarbeiter einzugliedern. Dieses Werk sei Robert Dilmann gelungen. Die amerikanischen Metallarbeiter seien der Metallarbeiter-Internationale beigetreten, aber Robert Dilmann lehre als Toter nach Deutschland zurück, mitten aus einem arbeitsreichen Leben herausgerissen.

Orgelspiel und Chorgesang beendeten die ergreifende Feier. Die gesamten Teilnehmer, ungefähr 2000 Menschen, gaben dann unter Vorantritt der Fahndelegationen den feierlichen Überresten Dilmanns das feierliche Geleit durch die mit zahlreichen Fahnen geschmückten Straßen Bremerhavens zum Bahnhof. Von dort wurde der Sarg kurz nach 6 Uhr mit dem Zuge nach Stuttgart übergeführt.

Beileidskundgebungen.

Der Vorstand des ADGB. hat sofort nach Eintreffen der Todesnachricht ein Beileidstelegramm an den Metallarbeiterverband abgeschickt, in dem es u. a. heißt:

„Schmerzlich berührt durch die unerwartete Nachricht vom Tode Robert Dilmanns, des Führers des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sprechen wir Euch unser herzlichstes Beileid aus. In schwieriger Zeit hat er am Steuer gestanden, immer unverzagt und befeht von dem Wunsch, seinen Berufskollegen und der Arbeiterklasse aufs beste zu dienen. Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren.“

In dem Beileidschreiben des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird zum Ausdruck gebracht, daß Dilmann gerade auch für die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung so oft ein tiefgehendes Verständnis gezeigt habe. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wird bei dem Beileidsbegängnis Dilmanns durch seinen Vorsitzenden Falkenberg vertreten sein.

Weitere Beileidskundgebungen sind eingetroffen vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, vom Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Brown, vom Vorsitzenden des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Frankreich Jouhaux, vom Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei und vom Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion des Danziger Volkstages.

Eine Gesellschaft gegen die Sozialpolitik.

Zur Förderung der Selben.

Heute nachmittag findet in den Räumen des Reichswirtschaftsrats die Gründungsversammlung der „Gesellschaft für deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik“ statt.

Bei dieser Gesellschaft handelt es sich nicht um eine wissenschaftliche Gesellschaft, sondern um eine Interessentenorganisation. Die Vorbereitungen der Gründung sind vertraulich besprochen worden. Nur die Reichspresse ist von den Gründern unterrichtet und eingeladen worden.

Der Zweck der neuen Gesellschaft ist die Förderung der gelben Verbände. Zu den Gründern gehören die Herren Stadler, Professor Spahn, Bergwerksdirektor Leopold, Erich Schmidt und andere.

Die Personen der Gründer sowie die Zwecksetzung der Gesellschaft lassen erkennen, daß es sich um einen Organisationsversuch gegen die Leitung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Bekämpfung der von Silverberg ausgesprochenen Tendenzen handelt. Wir werden auf diese Gründung noch näher zurückkommen.

pflichtig sind. Die türkische Presse — wenn auch augenblicklich einigermaßen beruhigt durch das offizielle Dementi Italiens — bespricht dieses Thema sehr lebhaft. Die Konstantinopeler offizielle „Republique“, eine französische Ausgabe des Regierungsblattes „Dschumburjet“, schreibt, Italien bereite einen Krieg gegen die Türkei vor und beabsichtige, Adalia zu besetzen.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Mussolini gewisse Hoffnungen hegt auf eine Uebertragung des jetzt französischen Syrien-Mandats an Italien. Allerdings scheint ja aus der von Mussolini erbetenen Besprechung mit Briand nichts zu werden. Die italienische Außenpolitik strebt schon seit langem eine neue Konferenz an, um dort das Pariser Tagerabkommen von 1923 revidieren und eigene Forderungen durchsetzen zu können. Auch die unmittelbar vor der Völkerverammlung 1926 eingetretene Verschärfung in der Tagerfrage, veranlaßt durch Primo de Rivera, war teilweise eine der Folgen Mussolinischer Orientpolitik und des kurz davor geschlossenen italienisch-spanischen Vertrages. Wie dem auch sei, Syrien und Tager bleiben Zielpunkte Mussolinischer Orientpolitik.

Aber auch handelspolitische Zwecke verfolgt Mussolini im nahen Orient. Schon seit dem Ende des Weltkrieges macht die Expansion des italienischen Handels im östlichen Mittelmeere und im Schwarzen Meere unaufhaltsame Fortschritte. Nach einer Statistik der Angora-Regierung liegt der Handelsverkehrsverkehr der Türkei zum großen Teil in italienischen Händen. Noch mehr: die italienischen Schiffe pflegen mit den kaukasischen Küsten der Sowjetunion einen lebhaften Verkehr. Bekannt ist, daß die Entente schon 1919 das Mandat über Georgien den Italienern überlassen hatte: in der Zeit aber, wo die Gefahr des Weiterbleibens britischer Okkupationsstruppen im Kaukasus handgreiflich war. Es war also klar, weshalb Ritti, ans Ruder gekommen, auf das georgische Mandat verzichtete. Aber der italienische Handel hatte den Weg im Kaukasus für sich geebnet; er pflegt mit den russischen und transkaukasischen Vertretern des Handelsmonopols gute Beziehungen. Sogar in Persien und Afghanistan dringt der italienische Handel vor.

Saule Ausreden!

Die Gerichtsbehörde dementiert den Prinzen Oskar.

Auf die Nachricht hin, daß Prinz Oskar von Preußen dem einen der beiden Stresemann-Mitglieder, Lorenz, Zigaretten in das Untersuchungsgefängnis gelangt habe, hat der Prinz bekanntlich die Mitteilung verbreiten lassen, er habe angenommen, daß Lorenz, der ihm mitgeteilt hatte, daß er wegen einer „nationalen Tat“ in Untersuchungshaft sei, in eine Schlägerei verwickelt gewesen sei. In dieser Mitteilung wurde weiter gesagt, daß der Prinz bei der Gerichtsbehörde angefragt habe, ob die Angaben zuträfen und der Betreffende einer kleinen Zuwendung würdig sei. Nachdem dies bejaht worden sei, hätte der Prinz 50 Zigaretten gesandt. Die Schuld an dem Skandal sollte die Gerichtsbehörde haben.

Im Gegensatz zu der prinzipialen Darstellung erfährt nunmehr der „Reichsdienst“ an unterrichteter Stelle, daß die Ueberlieferung der Zigaretten an Lorenz durch den Prinzen an das Untersuchungsgefängnis erfolgte, mit der Bitte, sie Lorenz auszuhändigen, wenn hiergegen keine Bedenken beständen. Von einer vorherigen Anfrage, ob Lorenz wegen einer „nationalen Sache“ in Untersuchungshaft sei, und ob er des Gesekens würdig sei, von der in der Mitteilung des Prinzen gesprochen wird, ist dem Untersuchungsrichter nichts bekannt. Eine andere Behörde kommt aber als Empfängerin einer solchen Anfrage nicht in Betracht.

Die unterrichtete Stelle wirft dem Hohenzollernsprößling also nichts weniger vor als eine ebenso böswillige wie feige Verleumdung der Gerichtsbehörde. Der Hohenzollernskandal wird immer schöner!

Die Hand.

Von Paul Pichowski.

Auf einer Bank im Körnerpark zu Berlin-Neukölln lehnt ein blinder Proletarier. Vor ihm sein treuer vierbeiniger Begleiter. Der Kopf des Hundes ruht auf des Herren Knien. Beide verharren völlig regungslos. Vielleicht denken beide nach. Der eine über den Knochen, den er gefesselt erschlafte, der andere an die Zeit, da er noch sehen konnte. Aber die Morgenröte riefelt daher und durchwärmt wohligh die Glieder. Es ist, wie wenn in ihren Strahlen die vergrämten Jüge des Blinden glatter würden, wie wenn auf seinem Antlitz seine Seele zu leuchten beginne.

Und da, während ich genauer hinschaue, sehe ich, daß des Blinden Hand leise über den Kopf des Hundes tolt. So ganz, ganz leise. Wie eine Mutter mit ihren Lippen über ihr Kind läßt, wie ein Kind über die Stirn des tranken Vaters behutsam fährt, so lieb und leise streichelt des Blinden Hand. Er hat sein Gesicht zur Sonne gehoben. Es ist, wie wenn Sonne und Seele sich liebten auf diesem zerbrochenen Proletarierantlitz und es verklärten wie in seltener Schöne. Sein grauer Bart und sein weißes Haar leuchten in der Sonne, und diese Liebe in seinem Antlitz schenkt sich weiter. So wunderbar und weich streichelt seine Hand.

Mit verhaltenem Atem schaue ich, um dieses Bild ganz in mich aufzunehmen, um es nie zu vergessen. Seht nur, keines Engels Hand kann milder und sinder tosen als dieser Proletarier über den Kopf seines Hundes. Und seht nur, wie die runzlige weisse Hand zittert und leuchtet. Von so viel innerer Bewegung wird sie geführt. In dem Zittern und Leuchten ist es mir, als formten sich Lippen aus tiefsten Poren, und es entströmt dieser Hand... wie ein Stillschweben nach so viel heißem Daseinstampf... wie ein Gefäßtiefen nach soviel Hunger und Sehnen... wie das Ausfliegen und Ausmünden eines ganzen Menschenlebens: ich habe dich lieb...

Und dann bin ich erschüttert meiner Wege gegangen. Aber am Abend, als alles schlief und ich selber zur Ruhe gehen wollte, und im Stillschweben der Nacht, der gewesene, durch meine Seele brauste, kam der Blinde zu mir gegangen und strich leise mit zitternder Hand über mich hin. Da ging es mir warm durch die Seele, und ich beugte mich tief in mir selber. Und weiter kamen gegangen alle die Menschen, mit denen der Tag mich zusammengeführt, und alle Bitterkeiten des Tages verflachten, lösten sich auf wie in Welle und Traum. Und weiter kamen gegangen die Meinen, die mir mein Leben bereiten, und zuletzt mein Kind, das seinen Kopf auf meinen Knien schaukelte. Und da beugte ich mich ganz tief und ganz nieder, und meine Hand hing an zu zittern und zu leuchten. Seht, sie bewegt sich leise... So ganz, ganz leise liebend hin und her... und nun öffnet sie sich sanft wie aus heiligem Erschauern und wie zu Andacht und Gebet: ich habe dich lieb...

Die Indiskreten.

Sie wollen sich auch noch beschweren.

In der „Deutschen Tageszeitung“ von gestern abend konnte man einen Artikel lesen, der die Ueberschrift trug: „Immer wieder Indiskretionen“. Die Ueberschrift schien anzudeuten, daß die „Deutsche Tageszeitung“ Stellung nehmen wollte zu den unerantwortlichen Indiskretionen der deutschnationalen Presse über die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses. Man konnte aus der Ueberschrift mutmaßen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ eine neue deutschnationale Indiskretion veröffentlichten wolle.

Aber solche Vermutung ging daneben. Die „Deutsche Tageszeitung“ wollte sich über Indiskretionen beschweren. Nicht etwa über die der Deutschnationalen, sondern über angebliche Indiskretionen des Demokratischen Zeitungsdienstes über die Wahlrechtsvorlage des Reichsinnenministers.

Es ist der „Deutschen Tageszeitung“ recht gut bekannt, daß es üblich ist, daß Reichsminister die ihnen nahestehende Presse über ihre Absichten informieren. Von einer Indiskretion dabei zu sprechen, ist lächerlich.

Man mußte eine Indiskretion anderer erfinden, um die eigene unerantwortliche Indiskretion aus dem Auswärtigen Ausschuss zu verbergen. Der klagende Ausruf: „Immer wieder Indiskretionen“ steht der „Deutschen Tageszeitung“ sehr gut an.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Erhöhung um 15 und 10 Proz., Einbeziehung Jugendlicher, voller Zuschlag dem vierten Kind.

Im Sozialen Ausschuss des Reichstags wurden bei den Abstimmungen über die Erhöhung der Unterstützungssätze die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf 50 Proz. Steigerung abgelehnt; ebenso der sozialdemokratische Eventualantrag auf 30 Proz. Erhöhung für die Hauptunterstützungsempfänger und 20 Proz. für den Familienszuschlag. Angenommen wurde der Antrag der Regierungsparteien, die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger bis zum 31. März 1927 wie folgt zu erhöhen:

1. Für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienszuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, um 15 Prozent;
2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent.

Genossin Schroeder begründete alsdann einen Antrag, die jugendlichen Erwerbslosen in die Unterstützung einzu beziehen, soweit sie bereits Erwerbsarbeit ausgeübt haben. Der Antrag wurde angenommen.

In der weiteren Abstimmung wurde nach der Regierungsvorlage beschlossen, die Höchstsätze so zu gestalten, daß das vierte Kind den vollen Zuschlag erhält.

Bei Beratung der Bedürftigkeitsprüfung fordert Genossin Schroeder erneut die Streichung dieser Vorschriften.

Die Ausschussberatung geht Freitag weiter. Die Verabschiedung der Erwerbslosenfürsorge im Plenum ist Freitag nachmittag zu erwarten.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

Wichtige Vorlagen der Reichsregierung.

Der Reichstag wird auch in seiner diesjährigen Wintertagung ein sehr umfangreiches und bedeutungsvolles Arbeitsprogramm zu erledigen haben. Neben zahlreichen Initiationsanträgen und Interpellationen der einzelnen Parteien wird er sich mit folgenden wichtigeren Vorlagen der Reichsregierung beschäftigen müssen:

Nachtragsetat für das Jahr 1926, enthaltend insbesondere das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Ordentlicher Haushaltsentwurf für 1927, dessen erste Lesung noch im Dezember 1926 vorgenommen werden soll, Spiritusmonopol, Verlängerung des Provisoriums über den Finanzausgleich zwischen Reich,

Ländern und Gemeinden, Gesehentwurf betr. Bartegeldempfänger, Vereinsgesehentwurf, Reichsdienststrafordnung, Geseh über Geschlechtskrankheiten, Geseh über den Schutz der Jugendlichen bei Lustbarkeiten, Gesehentwurf über Schmutz und Schund, Gesehentwurf über Zusammenfassung des Reichsrechts, Gesehentwurf betr. Ueberprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesehen, Koelle zum Pressegeseh betr. Parlamentarier als verantwortliche Redakteure, Gesehentwurf über die Depots und Depositenverkehr, Gesehentwurf über die Reichswohnungszählung, Gesehentwurf über die Entlastung des Reichsgerichts, Gesehentwurf betr. Anwaltsgebühren in Armenfachen, Vorlagen betr. die Arbeitszeitrage, Arbeitsgerichtsgesehentwurf, Gesehentwurf betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft, Vorlagen betr. Erwerbslosenunterstützung, Reichsputtermittelgeseh.

Ein Teil dieser Vorlagen soll bereits bis Mitte Dezember vor der Vertagung des Reichstags erledigt sein.

Der neue Reichspresseschef.

Die amtliche Mitteilung.

Amtlich wird gemeldet: Der Reichspräsident hat den Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Riep, zum Zwecke des Wiedereintritts in den Auswärtigen Dienst von seinen bisherigen Dienstgeschäften entbunden. Gleichzeitig hat der Reichspräsident den Dirigenten der Presseabteilungen, Vortragenden Legationsrat Dr. Jechlin unter Beförderung zum Ministerialdirektor zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt.

Der den Berliner Genossen gut bekannte Dr. Jechlin ist 47 Jahre alt. Er ist seit 1903 im Dienst des Auswärtigen Amtes, für das er vor allem lange Jahre im Orient tätig war, in Kegypten, Marokko und auch in Spanien. 1919 trat er in die Presseabteilung ein. Großes Aufsehen erregte Anfang April 1923 seine Verhaftung in Düsseldorf durch französisches Militär, mitan aus einer Kunststerteilung an die in- und ausländische Presse.

Jechlins Nachfolger als Dirigent der Presseabteilung wird voraussichtlich ein dem Zentrum angehörender Beamter des Auswärtigen Amtes. Dr. Riep, sein Amtsvorgänger, geht an die Londoner Botschaft, um den Botschaftsrat Dufour-Jeronce zu ersetzen, den der Völkerverbund zum Direktor im Genfer Sekretariat berufen hat.

KPD.-Taktik.

Sie läßt die politischen Gefangenen im Stich.

Welchen Wert die KPD. ihren eigenen Anträgen beimißt, zeigt wieder einmal folgender Fall: Der Ausschuss des Preussischen Landtages hatte sich am Donnerstag mit einem Antrag der KPD. zu beschäftigen, der die Behandlung der politischen Gefangenen betraf. Die Ausschussmitglieder der KPD. erschienen zur Sitzung erst, als die Aussprache über den Antrag beendet und die Abstimmung bereits vorgenommen wurde. So sieht das Interesse der KPD. aus, das sie denjenigen entgegenbringt, die infolge der Putschpolitik der KPD. hinter Gesehens- und Zuchthausmauern schmachten!

Neuwahlen in Dänemark.

Die Mehrheit der Linken gesprengt.

Kopenhagen, 4. November. (Eigener Drohbericht.) Der Reichstagsausschuss zur Beratung der Krisengesehvorlage der dänischen Sozialistenregierung hat seine Verhandlungen beendet, ohne daß es zu einer Einigung der Linken gekommen ist. Die bürgerlichen Radikalen beschneiden die von der Regierung vorgeschlagenen Hilfsmassnahmen so stark, daß weder die Minister noch die sozialdemokratischen Fraktionsredner ihnen folgen konnten. Damit hat der Regierungsvorschlag keine Mehrheit im Folkething und die am Sonnabend beginnende zweite Lesung wird mit der Auflösung des Folkething durch die Regierung enden.

Antwort an Herrn von Bode.

Auf das von uns teilweise veröffentlichte Schreiben des früheren Generaldirektors der Museen von Bode wegen der magazinierten Kunstwerke in den Schlössern des vormaligen Königshauses sendet der Finanzminister Höpfer-Archoff eine Entgegnung, der wir folgendes entnehmen:

„Sie versuchen, in dem Brief wieder an der Tatsache vorbeizugehen, daß im Wesentlichen von Ihnen im Jahre 1919/20 Vereinbarungen über die Kunstwerke des Hauses Hohenzollern getroffen worden sind, die auch Sie noch 1925 als grundlegend angesehen haben, und daß diese Vereinbarungen für den Staat später äußerst hinderlich gewesen sind, da sie Verzichtsverpflichtungen auf die wertvollsten Kunstwerke des vormaligen Königshauses enthielten. Auch bei den Verhandlungen im Jahre 1925 haben Sie, von der Generalverwaltung der Staatsmuseen zur Unterstützung bei Verhandlungen über Kunstwerke hinzugezogen, entscheidend gegen die Absichten und Interessen der Staatsverwaltung gehandelt, indem Sie dem vormaligen Königshaus von dem Tauschgeschäft, das Sie unterstützen sollten, abgeraten haben. Es ist danach wohl erklärlich, daß gegen die Beteiligung Ihrer Person auf Seiten des Staates bei Verhandlungen mit dem vormaligen Königshaus Bedenken vorliegen.“

„Sie kommen weiter auf Ihre Behauptung zurück, die Fachleute der Staatsmuseen seien bei der Sichtung der Gemäldebestände — auf die Depots hatten Sie 1920 verzichtet — nicht zugezogen worden. Tatsache ist, daß der stellvertretende Direktor der Gemäldegalerie im Laufe der letzten Vergleichsverhandlungen über die Kunstwerke (September 1925) das Hauptgemäldebestand im Schloss Niederschönhausen eingehend durchgesehen und die für den Staat wichtigsten Bilder bezeichnet hat. Tatsache ist ferner, daß Sie selbst während dieser Verhandlungen (Juli 1925) den nachstehenden Brief an einen Referenten der Generalverwaltung des vormaligen Königshauses gerichtet haben:

„Euer Hochwohlgeboren bitte ich zu entschuldigen, daß ich das Verzeichnis der kunsthistorisch interessanten Magazinalbilder in den Schlössern Charlottenburg u. s. f., deren Verkaufsmir ein wichtiger ist, nur in dieser Form an Sie einreiche, da ich mir nicht klar war, an welche offizielle Adresse ich es einzureichen hätte. Unsere Bitte geht dahin, daß diese Bilder, die nur einen kunsthistorischen Wert haben, der alten vor etwa sechs Jahren von uns eingereichten Liste der für die Museen bei einer Auseinandersetzung mit dem Königshaus besonders erwünschten Kunstwerke mit hinzugefügt werden mögen. Bei der Abfassung jener Liste waren uns die Schlossmagazine und ihre Bilder noch nicht zugänglich gewesen.“

Diesem Brief lag ein Verzeichnis von Bildern aus verschiedenen Gemäldebeständen (Galerie Sanssouci, Schloss Charlottenburg, Köbelspeicher Charlottenburg, Schloss Niederschönhausen) bei, die einer Ihrer Mitarbeiter im Einverständnis mit der Krongutverwaltung beschlagnahmt hatte; auf Grund Ihres Briefes wurden die aufgeführten Bilder fast sämtlich für den Staat gesichert. Sie werden mir zugeben müssen, daß Ihre letzte Behauptung: „Nicht bekannt ist es mir dagegen, daß bei der Aussonderung der dem Staat zu-

fallenden Gemälde aus den Schlössern und Gemäldebeständen die Fachleute der Staatsmuseen hinzugezogen seien“ mit den angeführten Tatsachen nicht in Einklang zu bringen ist.“

Ausstellung älterer Berliner Kunst. In der Bildnisammlung der Nationalgalerie am Schinkelplatz wurde gestern mittag eine Ausstellung von Gemälden und Zeichnungen älterer Berliner Künstler eröffnet. Prof. Dr. Hans Mackowitsch, der die Sammlung zusammengestellt hat, wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der alten Berliner Kunst, ihren waterländischen Charakter und ihren Wirklichkeitsinn hin. Die Ausstellung, über die wir noch ausführlich berichten werden, bleibt vier Wochen lang täglich von 9 bis 3 Uhr geöffnet.

Stimmen zum Schmutz- und Schundgeseh. Karl Henckell schreibt: „Der Entwurf des Gesehes gegen Schmutz und Schund“ mahnt zum gesetzlichen Schutz gegen Schmutz und Freiheit von Kunst und Schrifttum. Starke Sicherungen tun not, um das Wirkungsfeld hier abzugrenzen. Wer als „Sachverständiger“ der Behandlung heisser Grenzälle zwischen jeweiliger staatsmoralischer und unbefangener künstlerischer, darum aber keineswegs unmoralischer Weltbetrachtung gerichtlich beigegeben oder sie überhaupt als kulturell interessierter verfolgt hat, muß schon aus Gründen sachlicher Reinlichkeit dafür eintreten, daß Wortlaut, Auslegung und Anwendung eines derartigen Schutzes selbst ausreichend gegen Mißverständnis und Fehl- oder gar Tendenzurteil geschützt sind. Darum soll sich der Gesehgeber verpflichtet fühlen, den berufenen Anwälten des geistigen Lebens und seinen maßgebenden Verbänden als mitentscheidender Stimmen entsprechend Gehör zu leisten und zu verlässen.“ — Marie von Bunsen: „Kampf gegen Schmutz und Schund, aber auch Kampf gegen geistige Bevormundung jeglicher Art.“ — Jakob Wallermann: „Selbstverständlich schließe ich mich der Opposition gegen das drohende Geseh an. Ich weiß zu genau, was es bedeutet: nämlich Einengung durch harte Paragraphen für den frei schaffenden Geist und heimlichere Wege und Schlupflöcher für das Angeleser der Literatur, das damit keineswegs vernichtet werden kann.“ — Alfons Baguet: „An einer Gesellschaft, die den Staat und das Recht als Kampfobjekte betrachtet, habe ich viele Gesehe, die im Entwurf einen Schein von Vernünftigkeit für sich haben, für gefährlich, denn der höchst fraglichen Wahrheitsliebe, daß sie das Beringelte bessern werden, steht die sichere Aussicht auf eine neue Nachvermehrung der Polizei und der Rechtsverdreher gegenüber. Bei den Verhältnissen, unter denen wir zu leben haben, halte ich ein Geseh zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften für wertlos. Deshalb betrachte ich auch den Gesehentwurf mit Mißtrauen und hoffe, daß es gelingen wird, ihn zu Fall zu bringen.“

Mag. Hörterberg ist, 77 Jahre alt, in Köln geboren. Er hat sich als Bühnenleiter, unter anderem in Leipzig und Wien, sowie als Verfasser einer Theatergeschichte und mehrerer dramaturgischen Schriften einen Namen gemacht.

In der Komödie findet am 8. abends 7,12 Uhr für die Berliner Schauspieler bei ihrem Eintritt eine Aufführung der „Georgenen“ von Heubert statt. Die Karten sind bei den Direktoren der einzelnen Theater erhältlich. Besetzungen müssen bis zum 6. nachm. 1 Uhr bei den Direktoren eingereicht werden.

Der Kaiserhof-Kauf.

Die Vereinfachung der Reichszentralverwaltung.

Das Reichskabinett hat einstimmig beschlossen, den Verkauf des Kaiserhofes durch das Reich zu genehmigen. In einer ausführlichen Denkschrift legt die Reichsregierung dem Reichstag die Gründe für den Verkauf und seine finanziellen und verwaltungsmäßigen Vorteile auseinander.

Die Absicht der Reichsregierung ist, das erhebliche Maß unproduktiver Verwaltungsarbeit zu vermindern, das durch die Unterbringung der einzelnen Dienststellen in verschiedenen Gebäuden und Gegenden entsteht. Gegenwärtig sind nämlich einige Reichsministerien vollständig zerrissen, einige andere völlig außerhalb des Regierungszentrums gelegen. Auch sind die Unterkünfte z. B. der Reichskasse, unzureichend. Das Ziel der Reichsregierung ist, diese Mißstände zu beseitigen. Die einzelnen Ministerien sollen zusammenhängend untergebracht werden, und zwar derart, daß 1. die Zivilbehörden des Reiches möglichst in dem eigentlichen Regierungszentrum der Wilhelmstraße gelegen sind. 2. Die Militärbehörden des Reiches sollen in dem Block an der Bendlerstraße kommen. Dadurch hofft man, 3. dem Zustand näher zu kommen, daß die preussischen Behörden in der Gegend des Abgeordnetenhäuses konzentriert werden, zugleich aber auch 4. die an der Leipziger Straße gelegenen amtlichen Gebäude der Privatwirtschaft überlassen zu können. Auf diese Weise sollen die entstehenden Kosten nicht nur eingebracht werden, man rechnet sogar mit einem Ueberschuß.

Zusammenfassend sagt die Denkschrift der Reichsregierung:

„Das Bestreben der Privatwirtschaft, durch Abstoßung des Kaiserhofes eine Rationalisierung im Hotelgewerbe anzubahnen, begegnet sich mit dem Wunsche der Reichsregierung, durch Erwerb des Kaiserhofes die Grundlage für eine durchgreifende Vereinfachung, Zentralisierung und Verbilligung der Reichszentralverwaltung zu gewinnen. Wenn die Pläne der Reichsregierung zur Durchführung gelangen, wird im Endergebnis damit zu rechnen sein,

daß eine wesentliche Verbesserung in der Unterkunft der Reichsbehörden in Berlin erzielt wird,

daß dabei Arbeit für 2 Millionen Arbeitertage geschaffen oder 6000 Arbeiter ein Jahr lang beschäftigt oder 4 Millionen Reichsmark für Erwerbslosenfürsorge weniger verausgabt werden,

daß 10 000 qm Bureauaum von der Staatswirtschaft an die Privatwirtschaft zurückgegeben wird,

daß der Privatwirtschaft erheblich größere und für ihre Zwecke wichtigere Grundstücke neu zugeführt werden, als ihr entzogen werden,

daß — neben einer wesentlichen Herabminderung der laufenden personellen und sächlichen Verwaltungsausgaben — ein beträchtlicher Ueberschuß zugunsten des Reichsstaats erzielt wird.“

Es mag zweifelhaft erscheinen, ob diese Vorteile alle erreicht werden. Auf alle Fälle bleibt die Frage zu erörtern, ob der Nachteil, daß dem Fremdenverkehr ein großes Hotel entzogen wird, nicht für längere Berücksichtigung verdient als er bei der Reichsregierung gefunden hat. Auch die Höhe der Kaufsumme macht eine eingehende Prüfung notwendig. Noch wichtiger ist das Schicksal der betroffenen Arbeiter und Angestellten, deren Zahl mehrere Hundert beträgt. Die Denkschrift der Reichsregierung erwähnt hierzu, daß der Hotelkonzern, dem der Kaiserhof gehört,

„voraussichtlich in der Lage sein werde, einen erheblichen Teil des Personals, der bisher im Kaiserhof beschäftigt gewesen sei, in Zukunft in dem sonstigen Hotel- und Gastwirtschaftsbetrieben des Konzerns zu verwenden; allerdings müsse damit gerechnet werden, daß bei einer Anzahl von Angestellten, Arbeitern usw. eine derartige Unterbringung sich nicht werde ermöglichen lassen.“

Außerdem wird mitgeteilt, daß in dem Vertrag Bestimmungen aufgenommen worden sind, wonach das Reich für die Aufwendungen, die der Berliner Hotelgesellschaft durch die Lösung bestehender Verträge mit Lieferanten, Musikern, Kunden, Gästen, Arbeitern und Angestellten sowie durch die Aufgabe des Hotelbetriebes und durch die Räumung entstehen, der Hotelgesellschaft eine Vergütung bis zum Höchstbetrage von 500 000 Reichsmark gegen Erbringung des Verwendungsnachweises zahlt.

Leider ist nicht gesagt, welcher Teil dieses Betrages für die Entschädigung von Arbeitern und Angestellten in Aussicht genommen ist. Was heißt übrigens dabei „Lösung bestehender Verträge“? Sollen die Arbeiter und Angestellten, die keine Verträge haben oder hatten, nicht entschädigt werden? Wägt sich für die durchgreifende Vereinfachung der Reichszentralverwaltung keine bessere Lösung finden als der Verkauf des Kaiserhofes, so müssen unter allen Umständen die einzig unmitttelbar Leidtragenden, das sind die Arbeiter und Angestellten, so ausreichend entschädigt werden, daß keine Unbilligkeiten entstehen.

Der Warschauer Sejmkonflikt.

Neue Vinauschiebung der Parlamentstagung.

Warschau, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Konflikt zwischen dem Sejm und der Regierung konnte noch immer nicht beigelegt werden, so daß die für Mittwoch angekündigte Eröffnungssitzung ausfiel. Sejmarschall Rataj hat infolgedessen die Verantwortung für den verfassungsmäßigen Beginn der Parlamentstagung abgelehnt und die Initiative der Regierung überlassen, die den Konflikt heraufbeschworen hat. Es wird von der Möglichkeit eines Rücktritts des Sejmarschalls gesprochen. Die Nationaldemokraten haben dem Sejmarschall eine Entschuldigung überreicht, in der sie gegen das Verhalten der Regierung als einer Verletzung der Verfassung protestieren. Man nimmt an, daß die Eröffnung des Sejms Ende dieser Woche erfolgen wird, in Regierungskreisen wird Ende November als Termin angegeben. Dadurch würde allerdings die Zeitspanne von fünf Monaten zur Beratung des Haushalts nicht eingehalten werden können. Der sozialistische „Robotnik“ teilte mit, die feierliche Eröffnung des Sejms solle im Schloß unter Vorsitz des Staatspräsidenten stattfinden, was jedoch mehrere Parteien ablehnten.

Schweres Unglück in Columbien.

27 Tote, 40 Verletzte.

Bogota (Columbien), 4. November. (WIB.) In der Nähe des Ortes Peruvia ereignete sich heute an der nach Caldas führenden Eisenbahnstrecke ein umfangreicher Erdrutsch. Durch die herabgestürzten Massen wurde der Lauf des Flusses Otun gesperrt, so daß in Calao eine Ueberschwemmung stattfand. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind 27 Personen getötet und 40 verletzt.

Das Gesetz gegen geistige Freiheit.

Rundgebung gegen das Schmutz- und Schundgesetz.

Schon heute steht auf der Tagesordnung des Reichstags der Ausschussbericht über die Anträge des Zentrums und der Deutschen, die ein „Schmutz- und Schundgesetz“ fordern. Die Entscheidung über das Gesetz ist noch nicht gefallen, aber man kann bei der augenblicklichen Reichstagszusammensetzung auf das Schlimmste gefaßt sein. Die Annahme des Gesetzes aber würde den Tod aller fortschrittlichen geistigen Strömung jeder freiheitlich orientierten Kunst bedeuten. Hinter dem harmlos erscheinenden Gesetz verbirgt sich die Diktatur über den Geist, eine Diktatur, die von Dunkelmännern und Nudern aller Art gehandhabt werden würde. Es gilt noch in letzter Stunde, dieses Unglück zu verhindern. Es gilt, die Rassen über den eigentlichen Zweck des Gesetzes aufzuklären, ihnen in die Gehirne zu hämmern, worum es geht, und dem Reichstag beizubringen, daß man nicht gewillt ist, stillschweigend dieses Gesetz über sich ergehen zu lassen.

Diesem Zweck diene die Rundgebung, die gestern der Ausschuss zur Bekämpfung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses veranstaltet hatte. Auch an die Abgeordneten war eine Einladung ergangen. Aber nur wenige von ihnen waren gekommen, denn es handelte sich ja, wie Chefredakteur Georg Bernhard ausführte, nicht um ein Gesetz, das sich mit Lohnfragen befaßt, sondern um ein

Gesetz, das den Geist unterdrücken will.

Wie ist es möglich, daß man in der deutschen Republik ein derartiges Gesetz entwirft? Doch vor allem die Gefahr seiner Annahme so nahe liegt? Bernhard beantwortete diese Frage folgendermaßen:

Das Kaiserreich hatte nicht nötig, Gesetze dieser Art zu entwerfen, denn die Verwaltungen sorgten bereits dafür, daß ein Werk, das dem mackerischen Geist nicht gefiel, heimlich erdroffelt wurde. In der Republik jedoch muß das Muckertum entschieden Farbe bekennen. Deshalb diese Einbringung. Das Gesetz ist aus dem Geist des Muckertums entstanden. Aber schlimmer noch als dieser Geist ist der Reichsgeist, mit welchem der Reichstag an seine Formulierung gegangen ist. Es gibt überhaupt keine Garantie für das Verfahren. Das Gesetz läßt zu, daß eine Bewertung möglich ist, ohne den Schriftsteller anzuhören. Und wer bietet eine Garantie für die Zusammenfügung der Kommission? Vor allem aber — und dies ist das schwerwiegendste Moment — kennt das Gesetz keine Definition von „Schmutz und Schund“. Damit sind

dem Muckertum Tür und Tor geöffnet.

Die Vertreter von Volkswohlfahrtsbestrebungen sind meistens Menschen von vorbildlich puritanischem Geiste, die sich bereits über Dinge aufregen, über die man sich nicht aufzuregen braucht. Deshalb liegt die Gefahr des Verbotes von hochstehender Literatur sehr nahe. Außerdem kauft in dem Gesetz ein merkwürdiger Zwiespalt: Jedes deutsche Land hat seine eigene Prüfstelle, das Verbot aber, das diese Prüfstelle erläßt, gilt für das ganze Reich! Ueberhaupt liegt in diesem Gesetz der Grund zu einer neuen Theaterzensur. Es ist nur ein Schritt zu tun — von dem Verbot des Buches zum Verbot der Aufführung des Dramas. In welchem Geiste das neue Gesetz arbeiten wird, zeigt die vor-

liegende prooffizielle Liste der verbotenen Bücher. Hier ist auch nicht ein einziges Buch angegeben, das Schmutz und Schläpfrigkeit enthält. Aber jede Detektivgeschichte und jeder Abenteuerroman wird als „Schund“ angesehen. Dabei ist die Lösung der ganzen Frage so einfach: Dem Kinde müßten spannende und gute Sachen vorgelegt werden, denn es liest ja den Schund nicht um des Schundes willen. Dann erledigt sich die Sache von selbst. Alle Parteien sollten es sich aber reiflich überlegen, ob sie diesem Gesetz zustimmen können. Man kann nämlich das Gesetz auch auf die eigene Parteiliteratur anwenden. Man kennt ja den Vorwurf, der oft von protestantischer Seite gegen die Schriften verschiedener katholischer Heiliger erhoben werden.

Genosse Dr. Fritz Karren stellte darauf fest, daß es sich bei dem großen Jammer um die Schundliteratur um eine große Uebertreibung handelt. Er selbst habe unter seinen Schülern in Neudöln festgestellt, daß höchstens 10 Prozent aller von ihnen geleiteten Bücher zur Schundliteratur gerechnet werden könnten. Und die Verbrennen Jugendlicher sind wohl niemals auf die Kettüre, wohl aber auf die sozialen Mißstände zurückzuführen. Die ungeheuren Summen, die die Einrichtung der Prüfstellen kostet, sollten besser zur Steuerung der Arbeitslosigkeit verwendet werden. Das Gesetz würde aber auch die Jugend hindern, sich ein eigenes kritisches Urteil zu bilden. Man müßte Wert darauf legen, daß die Jugend selbst urteilen kann: „Die ist Schund.“ Ein solches Urteil schließt sie besser als jedes Gesetz. Die ganze Frage ist also eine Erziehungsfrage. Man darf auch nicht vergessen, daß in dem Gesetz eine

große Gefahr für den Lehrer

liegt. Es ist für ihn unmöglich, jedes Buch zu kennen, das irgend eine obsture Prüfungsstelle auf den Index setzt. Man könnte aber aus dieser Unkenntnis dem Lehrer einen Strich drehen. Natürlich würde diese Methode mit Vorliebe auf sozialdemokratische oder überhaupt republikanische Lehrer angewandt werden.

Ähnlich wie Georg Bernhard äußerte sich Professor Paul Hildebrandt. Vielleicht verfolgen die Schöpfer des Gesetzes einwandfreie Ziele, aber der Wirkungsbereich des Gesetzes kann größer werden als seine Schöpfer es ursprünglich annahmen.

Als weitere Redner sprachen Dr. Paetel als Vertreter des Deutschen Lehrervereins, ferner der Vater Hans Baluschek für die bildenden Künstler, Dr. Alfred Döblin sowie Dr. Arthur Eloesser für die Schriftsteller. Dr. Paetel führte übrigens ein interessantes Beispiel an: In dem bereits vorliegenden Index befinden sich verbotene Bücher, die bedeutende Schulmänner sogar als Musterbeispiel für gute Jugendlektüre anpreisen.

Sehr scharf griff Alfred Döblin das Gesetz an. Er sagte unter anderem: Schon der Gedanke, ein solches Gesetz zu schaffen, ist eine Schmach für Deutschland, die selbst im kaiserlichen Deutschland unmöglich gewesen wäre. Die deutschen Schriftsteller werden sich wenig um dieses Gesetz kümmern. Sie werden wissen, wie sie es sabotieren können.

Einstimmig wurde am Schluß folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung protestiert auf das energischste gegen den vorliegenden Gesetzentwurf und verlangt vom Reichstag, daß er ihn im Interesse der deutschen Kultur und des deutschen Geistes ablehnt.“

Pogromstimmung in Italien.

Wohltat der ausländischen Korrespondenten. — Mißhandlung von Abgeordneten.

Rom, 4. November. (WIB.) Heute wurden die ausländischen Korrespondenten, darunter mehrere deutsche, von der italienischen journalistischen Berufsgenossenschaft aufgefordert, die Räumlichkeiten der genannten Pressevereinigung nicht mehr zu betreten. Wie erinnertlich, sind vor wenigen Tagen sämtliche Korrespondenten der Oppositionspresse auf die gleiche Art von dieser Berufsgenossenschaft ausgeschlossen worden.

„Impero“ berichtet: Gestern wurden mehrere Redakteure des „Mond o“ von Faschisten verprügelt. Der sozialistische Abgeordnete Nobili wurde von einigen Faschisten aufgefordert, ihnen im Wagen zu einem Verhör zu folgen. Unterwegs wurde der Wagen von anderen Faschisten aufgehalten und der Abgeordnete derart mißhandelt, daß er in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte. Ebenfalls mißhandelt wurde der sozialistische Abgeordnete Bacochi in Livorno.

Säuberung der Faschistenpartei angeordnet.

Rom, 4. Nov. (EP.). Mussolini hat heute den Innenminister Federzoni, den Justizminister Rocco und den Generalsekretär der Partei, Turati, zu einer langen Konferenz empfangen, in der die Gesetzmahnahmen zum wirksamen Schutz des Regierungschefs und zur Beruhigung der Erregung im Lande ausgearbeitet wurden. Diese Maßnahmen werden morgen im Ministerrat und vom großen Faschistenrat beraten und sofort einer außerordentlichen Kammer Sitzung unterbreitet werden, die vom Kammerpräsidenten auf Wunsch Mussolinis auf Dienstag, den 9. November, einberufen werden wird. Mussolini ordnete auch eine sofortige energische Säuberung der Partei von allen verdächtigen Leuten und jenen an, die sich mit der Absicht eingeschrieben haben, unter dem Schutze des Schwarzhemdes in der Partei und Nation eine gefährliche Tätigkeit zu entfalten.

(Dieser Befehl zur „Säuberung“ der faschistischen Partei von Elementen, die sich darin eingeschmuggelt hätten, um leichter antisfaschistische Propaganda zu treiben, sucht also den Anschein zu erwecken, als wäre der ermordete junge Zamboni, der ein Schwarzhemd trug, doch der Täter. Diese Version ist aber bereits vor zwei Tagen von der offiziellen Stefani-Agentur preisgegeben worden. Soll sie aufs neue aufgewärmt werden? Mit jedem Tage verstrickt sich der Faschismus immer mehr in dieses Lügenneze, während Beweise dafür, daß ein Attentat tatsächlich verübt wurde, immer noch ausbleiben. Red. d. „B.“)

Ein römischer Bericht der Pariser „Ere Nouvelle“ erinnert aus Anlaß des angeblichen Attentates von Bologna an den Revolveranschlag, den ein 18jähriger junger Mann im Jahre 1912 in Rom auf den König Victor Emanuel feuerte. Damals habe Mussolini den Ausschluß mehrerer sozialistischer Abgeordneter, darunter Bissolati, aus der Sozialistischen Partei verlangt und durchgesetzt, weil diese das Attentat mißbilligt hätten, während Mussolini es verherrlichte.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Bologna, der die Feierlichkeiten der Einweihung des Faschistenstadions vor dem Attentat schildert, bemerkt nach einer Schilderung des prunkvollen militärischen Bildes, das dort dem Zuschauer geboten wurde, daß das Bologna der Nachkriegszeit eine sonderbare Wehrlichkeit mit dem Potsdam der Vorkriegszeit habe. Es ist nicht das erstmal, daß eine

Parallele zwischen Mussolini und Wilhelm gezogen wird, zumal Mussolini selbst in seinen Ausprüchen den letzten deutschen Kaiser mehr oder weniger bewußt wiederholt kopiert hat. Es ist auch kein Zweifel daran, daß er — bestenfalls — ebenso enden wird wie sein Vorbild.

Jesus — zwischen dem König und Mussolini.

Nus Chiasso wird uns geschrieben: Der Generaldirektor der Volksschulen von Mailand hat angeordnet, daß in allen Schulen der Stadt ein Bild des „unbesiegtigen Duce“ angehängt wird. Der Oberkommisär der Stadt, Belloni, hat natürlich sofort 150 000 Lire zur Tragung der Unkosten bewilligt. Der geniale Generaldirektor hat aber diese 150 000 Lire für einen anderen Zweck bestimmt und die Lehrer und Schüler verpflichtet, für den Ankauf der Bilder des Tyrannen aus eigenem zu sammeln. Im übrigen muß auch das Problem der Auffhängung noch gelöst werden. In den italienischen Schulen gibt es schon zwei Bilder, das des Königs und das Jesu Christi: soll dem Getreuzigten jetzt das Schicksal zugemutet werden, zwischen einem Ramme, der die Verletzung der Verfassung stillschweigend duldet, und einem anderen, der Nordlaten auf dem Gewissen hat, hängen zu müssen?

Die Verschwörung an Spaniens Grenze.

Auch Italiener beteiligt.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Direktor der Pariser Sicherheitspolizei, Chiappe, hat am Donnerstag dem Pariser Ministerrat über den Stand der Untersuchung in Perpignan Bericht erstattet. Man glaubt in hiesigen politischen Kreisen nicht, daß ernste strafrechtliche Maßnahmen gegen die Verschwörer ergriffen werden können, da der französischen Regierung die juristische Handhabe dazu fehlt. Deshalb ist übrigens die ganze Angelegenheit bisher immer noch in den Händen der Polizei, und nicht der Staatsanwaltschaft überwiesen worden. Es wird angenommen, daß die Verhafteten sich nur wegen verbotenen Waffentragens vor der Strafkammer zu verantworten haben werden. Eine endgültige Entscheidung darüber liegt bei der Regierung.

Im übrigen hat die Untersuchung der Angelegenheit im Laufe des Donnerstags keine größeren Fortschritte gemacht. Die Abendblätter dementieren die früheren Meldungen, nach denen große Waffensbestände bei den Verschwörern gefunden worden seien. Die meisten der Verhafteten tragen nur gewöhnliche Taschenmesser und keine anderen Waffen. Trotzdem ist die Polizei von Perpignan eifrig bemüht, die Zusammenhänge der Bewegung festzustellen. Die telephonischen und telegraphischen Verbindungen nach Spanien sind einer strengen Zensur unterworfen. Auch die nach Spanien fahrenden Züge werden scharf durchsucht. Das Verhör der Festgenommenen hat bisher ergeben, daß es sich um ein eigenartiges Gemisch von katalanischen separatistischen Intellektuellen, von Abenteurern, von italienischen Anarchisten und italienischen Antifaschisten handelt. Die Wehrzahl der in der Affäre verwickelten Italiener erklärte, Garibaldiener zu sein. Ihr Chef, der frühere Oberst Ricciotti Garibaldi, der Italien vor einigen Jahren, als Mussolini die Regierung ergriff, verließ, ist in Nizza von der französischen Polizei festgenommen worden.

Stadtkämmererwahl ohne Kadau.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion obstruiert — nicht!

Die Kommunisten der Berliner Stadtverordnetenversammlung ließen die Ueberraschungen. In der vorigen Sitzung kamen sie uns mit „Mist“, um die Stadtratswahlen zu hintertreiben. Sie konnten nicht hindern, daß drei der Wahlen vollzogen wurden, bei denen dann die Stadtratsfraktion mit Sozialdemokraten befehligt wurden. Nur das Kammererwahl infolge Beschlußunfähigkeit ergebnislos blieb. In der gestrigen Sitzung versuchten die Kommunisten, sich wider Erwarten vernünftig zu benehmen — und es gelang ihnen. Nachdem sie mit ihrem Antrag, die Wahl zu vertagen, kein Glück gehabt hatten, verhielten sie sich ruhig. Auch die Deutsche Volkspartei, deren Kammererkandidat Seipel in der vorigen Sitzung ganze drei (!) Stimmen erhielt und inzwischen eine nochmalige Kandidatur abgelehnt hat, wünschte Vertagung, um sich nach einem anderen Kandidaten umzuschauen. Gegen Kommunisten und Deutsche Volkspartei wurde sofortiger Wahlvollzug beschlossen. Die Wahl ging dann, zur großen Enttäuschung der Tribüne, unter völliger Ruhe von statten und ergab die Wahl des Demokraten, Hauptfeuerdirektor Lange.

Zu Beginn der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten gab der kommunistische Stadtverordnete Gabel eine langatmige Erklärung zu den Vorgängen in der letzten Sitzung ab. Gabel sprach davon, daß der Ausschluß der radikalsten Kommunisten unter Bruch der Geschäftsordnung vor sich gegangen sei. (1) Ohne geschäftsordnungsmäßige Unterlagen seien die Stadtverordneten mit Gewalt aus dem Saal geschafft worden, und der Vorsteher hätte sogar vor Beginn dieser Sitzung einen Teil der am vorigen Donnerstag ausgeschlossenen am Betreten des Sitzungssaales gehindert und damit ihre Mitarbeit lahmgelegt. Gabel nannte das Vorgehen des Vorstehers und der übergroßen Mehrheit des Hauses eine „Provokation für die kommunistische Fraktion“; er verlangte, daß durch einen Beschluß des Hauses die Ausschüsse aufgehoben werden. Vorsteher Genosse Haf besetzte demgegenüber, daß der Aeltestenrat eine Behandlung dieser ganzen Angelegenheit bereits abgelehnt habe, und daß deshalb auch im Plenum über den Antrag Gabels nicht abgestimmt werden könne. Im übrigen sei die Angelegenheit erledigt. — Zur Vertagung kam dann eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen des stöckenden

Kommunist Schwent das Schlüsselwort erhielt, verlas namens der sozialdemokratischen Fraktion Stadtverordneter Genosse Geyminski folgende Erklärung:

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich der großen Tragweite, die der Hohenzollern-Vergleich gegenüber der Berliner Bevölkerung besitzt, durchaus bewußt und bedauert gerade deshalb, daß keine andere Lösung gefunden wurde, nachdem der Volksentscheid keine Mehrheit für die entschädigungslose Enteignung ergeben hat. Wir sehen aber keine Möglichkeit, von der Stadtverordnetenversammlung aus den Weg einer besseren und gerechteren Lösung zu finden und sind daher nicht in der Lage, dem kommunistischen Antrag zuzustimmen.

Nach der Rede Schwents wurde die Abstimmung abermals ausgeführt, weil die Kommunisten den Wiedereintritt ihrer Freunde abwarten wollten.

Dr. Lange Stadtkämmerer.

Kunmehr wurde die am vorigen Donnerstag vertagte Wahl des Kämmerers vorgenommen. Stadtverordneter Gabel (Komm.) verlangte auch hierbei die Vertagung der Wahl, weil die noch ausgeschlossenen Kommunisten an der Ausübung ihres Stimmrechtes gehindert seien. Stadtverordneter Schwarz (D. Sp.) verlangte ebenfalls eine Vertagung, „wenn auch aus anderen Gründen“. Stadtverordneter Meeten (Dem.) schob die Schuld an dem Ausschluß der Kommunisten diesen selbst zu. Die Stadtverordneten hätten die Aufgabe, für eine verhandlungsfähige Versammlung Sorge zu tragen und die Würde des Hauses zu erhalten. Zu der Kandidatur des Essener Kämmerers Seipel, die von der Deutschen Volkspartei stark unterstützt wurde, teilt Meeten mit, daß Seipel am 30. Oktober in einem Briefe nach Berlin die Absicht ausgesprochen hätte, selbst im Falle seiner Wahl den Posten nicht anzunehmen, da er andere Zukunftsaussichten habe. Schwarz (D. Sp.) zog daraufhin die Kandidatur Seipel zurück. Die Deutschnationalen beteiligten sich an der nennenswerten Abstimmung nicht. Sie hatten schon bei der Fürstenabfindungsdebatte den Saal verlassen. Die bei völliger Ruhe vorgenommene Wahl ergab die Wahl des Generalfeldrichters Dr. Lange (Dem.) zum Kämmerer der Stadt Berlin.

Er erhielt von 134 gültigen Stimmen 110. Der Kommunist Geh bekam 23 Stimmen, der Kandidat Schmude eine Stimme.

Nach Erledigung einer größeren Anzahl Vorlagen und Anträge kam in vorgerückter Stunde ein Antrag der Kommunisten zur Verhandlung, der durch die Ereignisse überholt war. Es handelte sich in dem Antrag darum, daß der Magistrat beauftragt werden sollte, bei der Lohnbewegung des Verkehrs personals im Sinne der Forderungen des Personals auf die Direktoren einzuwirken. Der Arbeiterausschussvorsitzende bei der Hochbahn, Stadtverordneter Deter (Komm.), begründete den Antrag. Aus seinen Worten war nichts zur Begründung des Antrages zu entnehmen, was bei der inzwischen beendeten Lohnbewegung ja auch nicht weiter verwunderlich war. Er schimpfte ein bißchen auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten und trat dann ab. Genosse Klose stellte die gleichen Behauptungen Deters richtig; dem Urteil der Belegschaft über die Führung der Gewerkschaften und die Haltung des „Vorwärts“ läßen wir mit Ruhe entgegen. Wir wünschen nur gerade Herrn Deter dabei viel Glück! Am Schlusse der Sitzung wurde noch ein Antrag zugunsten der Krankenversicherung der Erwerbslosen mit großer Mehrheit angenommen.

Das Programm des neuen Kämmerers.

Der neue Kämmerer hat noch am Abend seiner Wahl eine durch das Nachrichtenamt des Magistrats verbreitete Versicherung über seine Pläne zur Berliner Finanz- und Steuerpolitik an die Zeitungen gelangen lassen. Er beklagt die für Berlin so überaus ungünstige Regelung des Finanzausgleichs und die Schädigung Berlins bei der Beteiligung an den Reichs- und Landessteuern. Eine erhebliche Senkung der Steuern Berlins wäre ohne weiteres möglich, wenn wir nicht in unseren An-

teilen an den Ueberweisungssteuern, z. B. an der Hauszinssteuer, verürzt worden wären. Der gesunde Gedanke eines Ausgleichs zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Gemeinden sei bei der jetzigen Regelung weit überspannt. Die Bürgerchaft Berlins müsse einsehen, daß die Frage des Finanzausgleichs jeden einzelnen angehe und daß z. B. die Verringerung des Verteilungsschlüssels mindestens ebenso wichtig und in ihrer Auswirkung auf unsere Berliner Steuerzahler ebenso schwerwiegend sei wie irgend welche Änderungen des Gewerbesteuergesetzes oder anderer Steuerordnungen. Lange betont, die Berliner Bevölkerung und die Berliner Wirtschaft habe einen Anspruch darauf, daß auch künftig unsere Steuern hinter dem Durchschnitt der übrigen Gemeinden zurückbleiben. Der Steuerdruck dürfe nicht überspannt, sondern müsse möglichst gemildert werden. Der neue Kämmerer meint, neben der erstrebten Besserung des Finanzausgleichs könne hier nur das immer wiederholte Gebot der Sparsamkeit helfen. Die Durchführung sei sicherlich schwer, da zwei Drittel der laufenden Gemeindeausgaben durch die Befehgebung zwangsläufig seien. Auch von den übrigen Aufwendungen sei ein erheblicher Teil sozialer Art, und die bestehende große Not dränge eher zu einer Erweiterung als zu einer Einschränkung. Eine der wichtigsten Aufgaben sei, durch Vereinfachung und zweckmäßige Ausgestaltung der Verwaltung und durch Vermeidung aller nicht notwendigen Ausgaben den Bedarf möglichst einzuschränken. Einmalige Ausgaben, die bei ordnungsmäßiger Finanzwirtschaft durch Anleihen zu decken seien, dürfen nicht mehr aus laufenden Einnahmen gedeckt werden und seien auf das Maß zu beschränken, in dem Anleihen tatsächlich beschafft werden können. Andererseits dürfe man die Notwendigkeiten der voraussichtlichen Entwicklung nicht aus dem Auge lassen, da Unterlassungen für Gemeinde und Wirtschaft schwersten Schaden bringen können. So verhängnisvoll eine uferlose Anleihepolitik für die zukünftige Finanzwirtschaft werden könnte, so falsch wäre andererseits zu große Engstirnigkeit auf diesem Gebiet.

Der neugewählte Kämmerer Hauptsteuerdirektor Lange wurde am 15. August 1883 in Schladau-Freistadt in Niederschlesien geboren. Er besuchte das Gymnasium in Liegnitz und studierte Rechtswissenschaft in München und Breslau. Nach Ablegung der Referendar- und Kellnerprüfungen trat er 1912 in den Dienst von Berlin-Wilmersdorf und begann hiermit seine Kommunalverwaltung. 1913 ging er nach Berlin-Schöneberg als Magistratsassessor, und 1919 wurde er dort zum Stadtrat gewählt. Als Hauptsteuerdirektor wurde er 1921 in die Verwaltung der Einheitsgemeinde Berlin übernommen.

Wie Arbeiter sterben.

„Die Zeit drängt. — Betrieb darf nicht stillstehen.“

Das Raabiter Kriminalgericht bemerkt sich, festzustellen, was an dem Unglück in der Berlin-Anhaltinischen Maschinenfabrik A. G. im vergangenen Juni schuld gewesen ist.

In einem Kran in der Reflektierhalle ist das Seil gerissen und ein Reflektierloch im Gewicht von 600 Kilogramm herabgefallen. Es stand niemand darunter. Aber das Reflektierloch schlug auf ein anderes auf, das am Boden lag, rutschte von diesem seitwärts ab, erschlug dabei einen Arbeiter auf der Stelle und verletzte zwei andere schwer. Der Kran war fehlerhaft gewesen. Der Endhalter, der automatisch das Höherziehen der Last verhindert, wenn die gewünschte Höhe erreicht ist, und den Strom ausschaltet, fehlte an der Maschine. Nur so war das Weiterwirken des Stroms möglich gewesen. Der Kranführer hatte dem Werkmeister gemeldet, daß dieser Endhalter entzwei war. Daraufhin wurde von diesem ein Reparaturzettel ausgeschrieben und der schadhafte Maschinenteil in die Reparaturwerkstätte geschickt worden. Zu seiner Entlastung gibt der Kranführer an, er habe den Werkmeister zweimal gefragt, ob er trotzdem fahren solle, habe darauf keine Antwort bekommen und das Stillschweigen als Zustimmung ausgelegt.

Unglücklicherweise ist der Werkmeister beinahe taub, so schwerhörig jedenfalls, daß er nur mit Mühe der Verhandlung folgen konnte. Er will die Fragen überhaupt nicht gehört haben. Aber selbst wenn er sie gehört hätte, hätte das dem Kranführer auch

Die Wunder der Klara van Haag.

5) Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

„Na, Gottseidank. Ja, ja, ich urteile auch nicht zu hart über sie wegen der paar überhöhten Ruppigkeiten, mit denen sie den alten Boulsen überschüttete, als er so hübsch in seinen Manschetten da stand und sie auf der Zollamtsstreppe empfing.“ Hedwig runzelte die Brauen und bedachte sich.

„Neht hast du wieder mit Madam Hermansen geklatscht,“ sagte sie ärgerlich.

Die Mutter duckte sich über die Kaffeekanne und sagte still: „Herrgott, wir Frauen sind nun einmal geschaffen, von uns zu geben, was wir in uns bekommen. Ich dachte übrigens schon, daß es läge wäre, daß die Jütkerin von einem Zollhaus mit dem Namenszug des Königs über der Tür gesagt haben soll, das wäre das schlimmste Wort auf der Welt.“

Hedwig verlor die Lust, mehr auf die Sache einzugehen. Wie erklären, daß es wohl wahr sein mochte, daß die Onädige aber doch so fein wie keine andere war. Sie fragte:

„Wie kommt es, daß Sivert drinnen sitzt und grinst?“

„Dein Vater hat ihn selbst hineingerufen, und wenn er grinst, der freche Bengel, ist es wohl, weil der den Kaffee riechen kann.“

„Riegt er denn Kaffee drinnen?“

„Ja, dein Vater hat selbst gesagt.“

„Jetzt steht die Welt still! Wozu soll er denn gebraucht werden?“

„Gebraucht werden,“ sagte die Mutter und tat erstaunt, aber Hedwig hörte mit Beigehigkeit das Ausweichen in ihrer Stimme. Er hat sich erboten, einen Brunnen zu graben, und das hat Vater ihm mit Begeisterung erlaubt.“

„Ach, die alte Geschichte mit dem Brunnen. Du willst mir doch nicht weismachen, daß Vater ihn deswegen in die Stube geholt hat?“

„Ja, ja, dann ist es vielleicht auch noch etwas mit einer Liebchaft,“ sagte die Mutter, und wandte ihr ganz den Rücken zu — „aber das ist etwas, womit ich nichts zu tun habe. Darüber mußt du mit deinem Vater und Sivert sprechen.“

Damit ordnete sie mit gewohnter Fingerfertigkeit die Kaffeetassen zwischen ihrem linken Unterarm und ihrer Brust, nahm die Kaffeekanne am Hentel und ging schnell in die Stube.

Hedwig folgte ihr. Sie legte Hut und Jacke ab und ließ sich bei den Brüdern nieder. Der Vater erhielt seine Tasse Kaffee an seinem eigenen Tisch.

Sivert schweigte in dem Stühlen und dem braunen Getränk.

„Ich denke darüber nach,“ sagte er, „ob in so was auch Nährwert ist für einen Mann, der in die Erde muß. Ja, du hast vielleicht noch nichts von dem großen Brunnen gehört, an den ich mich morgen machen will.“

„Ja, es ist ganz richtig,“ bestätigte der Vater wohlwollend, „er soll uns einen Brunnen graben. Zu einem Palast wie diesem gehört ein Brunnen. Das ist klar.“

„Was verheißt du davon,“ fragte Hedwig.

Sivert mußte die Tasse niederlegen und sich auf der Ruhebank hintenüber wälzen, um seiner Verachtung Luft zu machen.

„Sagt die Obre, daß ich nichts von Brunnengraben verstehe! Ich habe welche gegraben, die eine gute halbe Meile tief waren. Und da hielt ich auch nur auf, weil mir in der großen Tiefe die Füße warm zu werden begannen. Müde war ich nicht oder sonst was. — Ich kann überhaupt eine Rasse tun. Während ich mit dem Brunnengraben beginne, habe ich mich gleichzeitig in ein Liebesverhältnis verwickelt. Keines von diesen tut mir etwas.“

„Nun hör mal, Sivert,“ sagte Hedwig, „daß du einen Brunnen graben kannst, schön, aber rede mir nicht vor, daß ein Mädchen was von dir wissen will. Rein, weißt du was?“

Der Vater wandte sich um und sagte: „Doch, ja, ja, das betreffende Mädchen will ihn lieber als gern!“

„Wer ist das Mädchen?“

Sivert blinzelte geheimnisvoll und schwieg. Aber der Vater räusperte sich und sprach: „Ja, er weiß selbst noch nicht, wer sie ist. hm, ich habe es ihm nicht gesagt, denn es ist ja nicht. Aber ich kann es übrigens gern sagen, es ist ein nettes Mädchen; Sivert in jeder Beziehung würdig — und noch etwas dazu. Es ist die Tochter vom verstorbenen Bifferup. Ich weiß ihren Namen nicht mehr.“

Sehr selten klang ein freies frohes Lachen in Egholms Stube; aber in demselben Augenblick, als der Vater den Namen Bifferup nannte, sahen sie alle vor sich die lächerlichste Figur der Stadt, den alten, haarigen, blinden und schäbigen Mann, dessen Hosen hinten in einem großen schlaffen Beutel bis zu den Kniekehlen herunterhingen. Und im nächsten

Augenblick sahen sie die Tochter Petrea in kurzen Röcken und unförmigen Filzschuhen vor sich. Sie war es, die ihn überall hinzog, wo in Knarreby etwas geschah. Bifferup war ein sehr neugieriger Mann gewesen. Alle wie einer, die Mutter, Hedwig, Sivert und Emanuel brachen in Lachen aus und konnten die ersten Minuten nicht aufhören.

Der Vater suchte sie zu beschwichtigen.

„Ja, es ist nun gleichgültig, was ihr sagt. — Sivert und sie sollen sich haben!“

Sivert fand den Spaß grobhartig. Er sagte mit drohigem Ernst: „Ich freute mich gerade darauf, daß sie es sein sollte! An sie läßt sich so gut denken, wenn ich tief in meinen Liebesbrunnen komme.“

Aber Hedwig verlor plötzlich die gute Laune. Ihr Gesicht, das vom Lachen rot war, entfärbte sich. Die Kaffeetasse klirrte in ihrer Hand, als sie mit einer Stimme, die beherrscht klingen sollte, sagte: „Du willst doch wohl nicht, daß wir jetzt einen Bürstenbinder in die Familie bekommen sollen?“

„Du denkst vielleicht im Augenblick nicht daran, daß Bifferup tot und begraben ist?“

„Selbst wenn er tot ist, wird man sich noch nach hundert Jahren in der Stadt erinnern, wie er herumgelaufen ist und sich überall lächerlich gemacht hat, vor Dreck und Armut stank und den Fehen von Petreas Rod in seinen großen unförmigen Lachen hielt.“

„Wir sollen ja nicht die Sünden der Väter an den Kindern strafen.“

Petrea selbst ist, wenn möglich, noch lächerlicher als ihr Vater. Ganz richtig ist sie doch nicht. Und ...“

„Ach, was glaubst du, wieviele das sind, wenn wir der Sache einmal auf den Grund gehen wollten. Und so etwas steht man den Leuten ja jedenfalls nicht von außen an!“

„Aber vielleicht sieht man ihr von außen an, daß sie einen schiefen Hals hat?“

„Herrgott, doch nur nach der einen Seite.“

„Wie habe ich schon früher gehört, auch schon bessere. Berrückte habe ich auch schon aus der Nähe gesehen, aber noch nie eine so dumme wie diese.“

Hedwig war jetzt ganz weiß im Gesicht. Sie hatte sich erhoben. Die Mutter zog sie hinten am Rock.

„Was bildest du dir ein, Wädel!“ sagte der Vater drohend, aber nicht mit besonders fester Stimme.

(Fortsetzung folgt.)

nichts genügt. Der Werkmeister ist Kesselschmied und versteht nichts von Elektrotechnik. Der einzige, der zuständig gewesen wäre, der Betriebsleiter, war nicht zu erreichen. Gegen der Arbeitsteilung! Der Mann, der den Unglücksstrahl bedient hat, macht einen ganz unglückseligen Eindruck. Er versteht von seiner Maschine nichts als die paar Handgriffe, die man immer wieder von ihm verlangt. Er ist ungelerner Arbeiter. Befragt, weshalb er sich denn nicht geweigert habe, die unvollständige Maschine in Gang zu setzen, gibt er eine sehr bezeichnende Antwort: „Dann wäre ich herausgelassen und hätte auf der Straße gelegen. Wie das heute alles so ist, Herr Rat!“ Die Zeit drängt, der Betrieb darf nicht stillstehen. Niemand ist da, der dem armen Manne raten kann. Hätte er etwas von Mechanik verstanden, er hätte den Strom auch ohne die Sicherheitsvorrichtung im rechten Moment ausschalten können. Aber die Fabrikleitung beschäftigt nun einmal lieber Ungelernte. Die sind billiger. So arbeitet der Mann mechanisch weiter wie eine fehlerhafte Maschine. Ein paar Augenblicke später wälzen sich zwei Menschen in ihrem Blute. Einer liegt zerquetscht am Boden.

Der Werkmeister, der von Natur fast taub ist und in dem Lärm der Kesselschmiede die Fragen wohl überhört haben kann, ist nicht schuldig. Der Richter hätte ihn ruhig freisprechen können. Aber auf Antrag des Staatsanwalts wird die Verhandlung vertagt. Es soll nämlich festgestellt werden, ob in dem Wert Betriebsvorschriften bestanden haben, die verletzt worden sind. Es gibt zwar Unfallverhütungsvorschriften für das Reich vom 1. Januar 1923. Aber die hat der Kranführer niemals zu sehen bekommen. Auch der angeklagte Werkmeister nie. Auch dessen Kollege nicht, der als Zeuge geladen ist und einen durchaus intelligenten Eindruck macht. In den zwanzig Jahren, die er in der Anhaltinischen Maschinenfabrik arbeitet, hat er nie etwas von Betriebsvorschriften gehört oder gelesen. Als das Unglück geschehen war, hatte man es mit der Angst gekriegt und ein Rundschreiben erlassen, das zur Vorsicht mahnte und künftigen Unfällen vorbeugen sollte. Der Brummen wird immer erst dann zugedeckt, wenn das Kind schon hineingefallen ist.

Ausstellung Berlin 1930.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat zu dem Projekt einer großen Ausstellung für Baukunst, Bauwirtschaft, Kunst und Kunstgewerbe in Berlin 1930 nachstehende Entscheidung gefaßt:

Der Magistrat billigt das Vorgehen des Oberbürgermeisters bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bauwirtschaft, dem Werkbund und anderen Vertretern der Wirtschaft und Kunstschaffenden und ersucht ihn, die Verhandlungen weiterzuführen und zur Durchführung zu bringen. Der Magistrat erklärt sich seinerseits vorbehaltlich der Stadtverordnetenversammlung bereit, das Zustandekommen der Ausstellung durch weitestgehende Unterstützung durch die Stadt zu sichern. In den Sitzungen der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung entscheidet sich gleichfalls nahezu einstimmig, die Arbeiten des Oberbürgermeisters nach jeder Richtung hin zu unterstützen. Im Gegensatz zu der hier und da noch immer bestehenden Auffassung, als handelte es sich bei dem Berliner Ausstellungsplan 1930 um eine Weltausstellung oder weltausstellungsähnliche Veranstaltung, sei hier noch einmal mit allem Nachdruck auf die Rede des Oberbürgermeisters vom 28. Oktober verwiesen, in der er kurz und klar feststellte, daß von einem derartigen Plan natürlich gar keine Rede sein kann. Berlin widme sich lediglich einer großen internationalen Spezialausstellung mit dem einwangs erwähnten Inhalt. Es besteht keine Absicht, anzunehmen, daß alle bei einer solchen Ausstellung beteiligten Faktoren ihre Mithilfe nicht versagen werden. Die Vorarbeiten zur Durchführung der Ausstellung nehmen trotz anders lautender Zeitungsmeldungen ihren Fortgang.

Raubüberfall in der Wuhlheide.

Die Unsicherheit in der Umgebung Berlins.

Von zwei Wegelagerern überfallen und beraubt wurde gestern abend gegen 9 1/2 Uhr der 35 Jahre alte Kaufmann Erich Reihner aus der Wartstraße 87 zu Lichtberg. Reihner kehrte um diese Zeit mit seinem Fuhrwerk von einer Kundenfahrt zurück. In der Wuhlheide ist die Straße, die von Kopenick und Oberhohenschönweide her nach Treptow führt und in die Treptower Chaussee mündet, auf der einen Seite von Wald begrenzt. Die andere Seite ist auch erst wenig bebaut. Nicht weit von der Gastwirtschaft „Zum Mittelpunkt der Erde“ entfernt, kamen plötzlich aus der Heide zwei Männer herausgesprungen und hielten das Fuhrwerk an. Der größere von ihnen zwang Reihner mit vorgehaltener Pistole, abzusteigen. Währenddem begann der andere, ein kleinerer, ihm die Taschen zu durchsuchen. Nachdem er 40 M. herausgeholt hatte, blühte plötzlich auf der Chaussee der Scheinwerfer eines Autos auf. Als die Räuber das sahen, begnügten sie sich mit den 40 M., ließen von ihrem Opfer ab und entflohen in die Wuhlheide hinein. Reihner fuhr nach Hause und machte auf dem Polizeirevier Anzeige. Eine Streife blieb erfolglos. Wegen der Dunkelheit hat Reihner die Räuber nicht genau gesehen, daß er sie näher beschreiben könnte. Er weiß nur, daß der größere, ein Mann von etwa 1,70 Meter, einen dunklen Paletot und einen Schlapphut trug. Der kleinere war mit einem dunklen Jacketanzug und einer Schiebermütze bekleidet.

Im Laboratorium getötet.

Ein folgenschweres Explosionsunglück, bei dem ein 27-jähriger Laborant tödlich verletzt wurde, ereignete sich gestern nachmittags gegen 2 Uhr in der chemischen Fabrik von Hennig in der Komturstraße 19/20 zu Tempelhof. Im Laboratoriumsraum war der Laborant Karl Jäger aus der Annenstraße 82 mit Arbeiten an einem Trodenofen beschäftigt. Plötzlich erfolgte unter lauter Detonation eine Explosion. J. wurde am Kopf schwer verletzt und sank bewußtlos zu Boden. J. wurde durch einen Bogen des Städtischen Rettungsdienstes in das Neuköllner Krankenhaus geschafft. Es bestand von vornherein wenig Aussicht, den Verunglückten am Leben zu erhalten. Gegen 4 Uhr nachmittags trat der Tod ein. Die Entstehungsurache konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden. Es besteht aber die Vermutung, daß die Explosion durch irgendeine falsche Handhabung verursacht wurde. Die polizeiliche Untersuchung ist noch nicht endgültig abgeschlossen. Durch den gewaltigen Druck der Explosion gingen die Fenster Scheiben in Trümmer. Ein Feuer, das sich auszubreiten drohte, konnte im Keime erstickt werden.

Bekleidungschikanen in der Schupo.

Vom freigewerkschaftlichen Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverband werden uns mehrere Fälle von schikanöser Behandlung Berliner Schupolizeibeamter durch ihre Offiziere gemeldet, vor allem auf dem Gebiete der „Bekleidungsappelle“. Jene Beschwerden richten sich vor allem gegen folgende Offiziere: Polizeihauptmann Seelig, Vorsteher des 103. Polizeireviers, Polizeileutnant Meißke von der 2. Bereitschaft Prenzlauer Berg, Polizeimajor Limberger, Leiter der Polizeinspek-

Der Leichenfund auf Pehow.

Herr v. Röhne erklärt die Herkunft der Skelette. — Ein Oberlandjäger, der nur den „Lokal-Anzeiger“ informiert.

Schon lange vor Beginn des gestern nachmittags um 3 Uhr anberaumten Lokaltermines an der Fundstelle der drei Skelette auf dem Rittergut des Herrn von Röhne hatten sich vor dem Eingang von Pehow viele Neugierige eingefunden. Von der Fundstelle, die rechts vom Südeingang des Schloßparkes liegt, und zwar nicht an der Wasserseite, sondern an einem Bergabhang auf dem Felde, ist von der Straße aus zuerst nichts zu sehen. Neben der Fundstelle steht eine Obsthütte und ringsumher liegen große Düngerhaufen. Im weiten Umkreis ist das Terrain abgepflert. Pächter des Landes ist ein gewisser Vietzsch aus Werder a. d. Havel, der bereits seit mehreren Jahren den Boden gepflügt und bestellt hat.

Gegen 1 Uhr nachmittags traf Herr von Röhne jun. an der Fundstelle ein. Auf die Frage, wie der Schloßbesitzer sich die Herkunft der Skelette denkt, meinte Herr von Röhne: Die stammen sicherlich aus dem dreißigjährigen Krieg. Die Untersuchung ist dadurch sehr erschwert worden, daß die Landjäger erst sehr spät den zuständigen Stellen von dem Auffinden der Skelette Mitteilung gemacht hat. Vor 14 Tagen fand der Pächter Vietzsch das erste Skelett. Gestern früh 20 Meter weiter zwei weitere Skelette. Erst heute früh hat die Staatsanwaltschaft von diesen Funden Nachricht erhalten. So blieb die Stelle 24 Stunden ohne Aufsicht. Um 3 Uhr erschien Amtsgerichtsrat Eifeltraut aus Werder a. d. Havel mit einem Protokollführer. Mit ihm erschien auch Herr von Röhne sen. Die Pressevertreter, Herr von Röhne sen., der Amtsgerichtsrat und die Oberlandjäger gingen nun zu der Fundstelle, und da ereignete sich folgendes: Herr von Röhne hob seinen Stock hoch und erklärte feierlich: Die Skelette haben die Knoblauchjuden aus Berlin hierher gelegt, damit sie wieder mit der Schreibererei etwas verdienen können. Hoffentlich haben sie auch den Knoblauch mit hineingelegt. Diese Redensarten nahm der Amtsgerichtsrat, der ein sehr guter Freund des Herrn

von Röhne ist, ohne Widerspruch hin. Darauf wurde zuerst die Stelle des zuerst gefundenen Skeletts ausgegraben. Etwa fünf Meter unter der Erde lag ein Skelett in gebückter Stellung. Der Schädel wies vorne an der Stirn eine Stichwunde, Schießöffnung auf. Ein Einschlag wurde nicht vorgefunden. Etwa ein Meter weiter wurde noch ein Skelett ausgegraben. Die Zähne und der Schädel waren sehr gut erhalten. Etwa 20 Schritt weiter wurden ein Kinder Schädel und Kinderknochen gefunden. Um 1/4 Uhr erschien der Oberstaatsanwalt Pfaffe aus Potsdam mit dem Kreismedizinalrat Dr. Manthey aus Belsig und Dr. Palm aus Glinow. Die Sachverständigen sind nach einer nur flüchtigen Untersuchung der Knochenreste der Meinung, daß die Skelette 20 bis 30 Jahre in der Erde liegen können. Es ist dies aber nur eine Mutmaßung. Das Skelett mit dem Einschlag am Kopf rührt von einem jüngeren Mann her, das Kind kann etwa 10 bis 12 Jahre alt sein. Auf Anordnung des Oberstaatsanwalts werden die Schädel und sämtliche Knochen dem Institut der Staatsarzneikunde in Berlin überwiesen werden. Es muß dann vor allem noch folgendes mitgeteilt werden: Einige Berliner Zeitungen hatten Vertreter entsandt. Bevor der Oberstaatsanwalt und der Amtsrichter eingetroffen waren, war der zuständige Oberlandjäger Klein aus Werder erschienen. Die Pressevertreter wollten von ihm etwas erfahren. Da meinte der Oberlandjäger: Wer ist vom „Lokal-Anzeiger“ hier? Darauf meldete sich ein Herr und nur dieser erhielt von dem Oberlandjäger Informationen.

Also, der Herr Oberlandjäger Klein, der die Fluren des Herrn von Röhne auf Pehow zu betreten hat, vergibt offenbar nur Nachrichten an jene Blätter, die seiner politischen Einstellung und der des Herrn von Röhne genehm sind. Es scheinen sich ja reizende Polizeidiplomaten in jener Gegend entwickelt zu haben, und wir halten es für dringend notwendig, daß das Landespolizeiamt auch dort einmal nach dem Rechten sieht.

tion Stegloff, sowie gegen die Bekleidungskommission des Polizeipräsidiums. Die Angaben des Verbandes werden in jedem einzelnen Falle genau präzisiert und lediglich der Raummangel hindert uns daran, die Schikanen im einzelnen zu schildern, denen die Beamten durch diese Offiziere ausgesetzt werden. Es ergibt sich daraus jedenfalls das unerfreuliche Bild einer vorkriegszeitlichen Rekrutenbehandlung, die sicher nicht den Intentionen der vorantimoralischen Leiter der preußischen Schutzpolizei entspricht. Deren Aufgabe wird es nun sein, diesen Beschwerden nachzugehen und Abhilfe zu schaffen.

Zwei Blumentöpfe.

Ja, wenn Frau L. das vorher gewußt hätte...! Sicherlich würde sie sich mit dem Strafmandat von 5 M. beruhigt haben und wäre nicht bis zum Einzelrichter gegangen. Nun war es zu spät. Frau L. ist, bezogen gesagt, eine cholertische Natur. Ihr Temperamentsüberschuss verleitet sie häufiger als lieb ist mit der Außenwelt in Berührung zu kommen. Einmal traf sie die L. mit dem Hauswirt, ein andermal verprügelt sie ihren Mann mit solchem Geräusch, daß das ganze Haus die Prügel miterlebt. Vor einigen Wochen geriet die Amazone aus Gott weiß welcher Ursache wieder einmal in Zorn. Der innere Grimm muß einen Auspuff haben und so warf die gute Frau halberdiepolder zwei Blumentöpfe auf die Straße, deren einer dem Unbeteiligten Herrn K. auf den Kopf fiel. Glücklichweise ohne ernstliche Folgen. Immerhin war K. von dem unerwarteten Geschenk des Himmels keineswegs erbaut. Er lief zur nächsten Polizeiwache und die Frau L. erhielt ein Strafmandat. Nun geriet die Älterenin außer sich. Natürlich fühlte sie sich ungeschuldig. Bolkommen unschuldig. „Und wenn ich bis zum Reichsgericht gehe...“ So kam die Sache vor den Einzelrichter. Der war auf solches Temperament keineswegs gefaßt. Ueberflüssig zu sagen, daß Frau L. den Zeugen K. und den Polizisten, der die Anzeige erstattete, nicht zu Worte kommen ließ. Als der Staatsanwalt eine Bemerkung machte, fuhr die L. auf ihn los. Die Szene wird zum Tribunal. Der Richter schreit, die Angeklagte schreit, der Staatsanwalt bebzt vor Empörung. Komödie um zwei Blumentöpfe. Das Ende? Man nimmt die L. in eine Ordnungstrafe von 10 M. Die Blumentopffare dagegen verbilligt sich um 2 M. In summa sumarum: 13 M. Frau L. ist zur Salzsaule erklärt. Hörbar schnappt sie nach Luft. Aber schon lächelt der Richter. Die nächste Sache, bitte...

Hagenbeck-Gastspiel im Zirkus Busch. Für alle Zirkus- und Tierfreunde sind die Darbietungen des Hagenbeck'schen Unternehmens eine helle Freude und eine angenehme Ueberraschung, weil endlich einmal ein reines Zirkusprogramm zur Abwicklung kommt. Die verstorbenen Brüder Karl und Wilhelm Hagenbeck haben Tierhaltung und Tierdressur auf eine andere Stufe gestellt. So führt der junge Alfred Raden acht bengalische Königstiger in selbstverständlicher Ruhe vor, Richard List zeigt in einer Nummer Eisbären und die ulkigen, aber durchaus nicht ungefährlichen Kragenbären, Gustav Hundrieser arbeitet mit den Elefanten leicht und elegant, ohne daß er den bewussten Haken, der sonst immer zur Elefantendressur benutzt wird, in der Hand hat, und Charles Bradburg, der sich gern mit etwas absonderlichen Tieren beschäftigt, präsentiert die bissigen und störrischen Zebras, die viel Mühe machen, Zebus, einen indischen Wasserbüffel, ein südamerikanisches Guanaco und die scheue Elen-Antilope, die bei ihren langsamen sicheren Sprüngen über zwei Zebus die vorzüglichsten Bewegungstudien ermöglicht. Das Pferdmaterial ist erstklassig, und die Namen Karl Hackanson Petoletti, Fred Petoletti und Königsd sind der Beweis für die Pflege allerbesten Uebersetzung auf dem Gebiete der hohen Schule, der Freiheitsdressur und der Stehendreiterei. Ferner vervollständigen Artisten und Clowns von internationalem Ruf das Programm.

Eine neue Hippo-Revue. Es geht also auch ohne Katedeichen, fastigen Böden und Kalauern des Alltags. Zwölf lustige Bilder unter dem Titel „Die bunte Lüte“, von Archan mit erquickendem Humor untermalen, führen uns vom ältesten Berlin durch die ganze Welt. Volkstümlicher Humor, geschmückt mit ein wenig Sentimentalität gepaart; dazwischen spielt eine nette kleine Liebesgeschichte im internationalen Milieu, Berlin, Tokio, Wien, von Herta Loewe reiz- und talentvoll interpretiert. Keine Berliner Wackeltänze, flusse, liebe Beane G'stanztin und liebliche Walzer, trippelnde Gesshas und ein wichtiges, Warenproben verstellendes, sehr kostümiertes Hausballett befruchten den choreographischen Teil des Abends. Walter René streute aus der „Bunten Lüte“ allerhand geistvoll-witzige Sätzchen ins Publikum. Die Musik beschränkte

sich auf einen einzigen, dafür recht hoffnungsvollen Schläger und verlor in den übrigen Musik und Rhythmus zu einem gut abgetänztet Aktord. Als Aufstakt gab es einen Einakter mit Alwin Reuß' „Beregigt“, eine etwas vormärzliche Angelegenheit mit Spionage, Abmurrerei und ähnlichen politerriden Effekten. Das Tattano-Trio trompetete meisterhaft auf Horn und Saxophon.

Genosse Joachim Feldmann, Neukölln, Reuterstr. 68/69, bittet um, mitzuteilen, daß er mit dem im Fememordprozeß in Landsberg a. d. B. erwähnten Joachim Feldmann weder identisch noch verwandt ist.

Die Aburteilung des Binzer Junfermanns, bei dem ebenfalls einem in Binz weilenden Berliner Schriftsteller wertvolle Schmuckgegenstände entwendet wurden, ist nach Berlin überwiesen worden und wird am 13. Dezember vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte durch den Einzelrichter erfolgen.

Sport.

Beginn des 17. Berliner Sechstagerrennens

Größt leuchtet das mächtigste Transportmittel an der Straßenfront der klassischen Winterabsporrstätte des Sportpalastes die Anfründigung des Sechstagerrennens in den Spätabend hinaus. Noch herrscht hier ruhiger Verkehr. Auch in der großen Halle selbst herrscht verhältnismäßig noch ruhiges Leben. Während sich die Amateure zu dem vorhergehenden 50-Kilometer-Mannschaftsrennen vorbereiten, legen die Mitglieder der Sechstagermannschaften letzte Hand an Material und Schlafstätten ihrer zu Betreuenden an. Inzwischen füllen sich Innenraum, Parkett und Ränge. Und oben, ganz oben, auf dem hohen Olymp wird allmählich Platz auf Platz besetzt. Die Glocke ertönt. Nach einer Vorstellungsrunde treten die Amateure die 50-Kilometer-Fahrt an und entwickeln nur allzu schnell ein wildes Tempo. Bald sind Mannschaften überhand und weiter rast das Feld. Ein kurzer Schlussskampf und die Mannschaft Nickel-Siegel kann die Ehrenrunde als Sieger absolvieren. Die Uhr zeigt 10. Freide kommt als erster der Sechstagermänner auf den Lattenbelag. Nach und nach erscheinen fast alle Fahrer auf der Bahn, mehr oder minder lebhaft begrüßt. Der Zeitpunkt des Starts rückt näher. Man scheidet die Mannschaften auf die Vorstellungsrunde, während die Musik die Nationalhymne der jeweiligen Mannschaft intoniert. Gegen 10 Uhr hat auch dieser Akt seine Erledigung gefunden und nachdem die Photographen noch einmal das Blickfeld haben aufklammern lassen, kann Charles Mills mit dem Startschuß das Feld auf die lange Reise schicken. Die Führung übernimmt zunächst der Amerikaner Horan. Husche, verleben mit einer Fliegersturmschuppe, löst als erster seinen Partner Gölke ab, während das Feld in flottem Tempo die Bahn umkreist. — Ueber die ersten Wertungen werden wir im heutigen Abendblatt berichten.

Rennen zu Strausberg am Donnerstag, den 4. November.

1. Rennen. 1. Rundschent (v. Borcke), 2. Frigga II (Schäfer), 3. Diamant (Ramelsh). Toto: 22 : 10. Wagh: 11, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Lurball, Hans v. Herz, Spero, gel. Lauf.
2. Rennen. 1. Prinzess Arabinn (Wate), 2. Lando (Walter Heuer), 3. Merita (v. Rejsch). Toto: 94 : 10. Wagh: 26, 18, 18 : 10. Ferner liefen: Grise, Treubers, Gustl, Arleber, Duffelp, Rabensteinin, Koenig, Alkana, Christinn, angeb. Theano, Kettelber, Silapiana.
3. Rennen. 1. Abteilung: 1. Rana (Bismark), 2. Doktor (Ziel), 3. Varioli (Klole). Toto: 42 : 10. Wagh: 16, 27, 46 : 10. Ferner liefen: Holzst, Wollschleber, Hegenweiller, Umbino, Schaumlidjäger, La Bourree, Teik. — 2. Abteilung: 1. Blücher (Dauer), 2. Hajard (Rannsch), 3. Wones (Kuhlies). Toto: 17 : 10. Wagh: 15, 77, 25 : 10. Ferner liefen: Bennenbüchsen, Alexander der Große, Schwertlitz, Countryride, Uebela, gel. Blaulische, Ubin-Ubin, Sula.
4. Rennen. 1. Baruk (Schäfer), 2. De Marborce (Leut. Viehig), 3. Pönn II (v. Rejsch). Toto: 18 : 10. Wagh: 12, 17, 17 : 10. Ferner liefen: Alice, Ideos, Ivo, Darsreife, Jekust.
5. Rennen. 1. Blüchertunde (Kuhlies), 2. Jechterin (Verlet), 3. Florina (Kauer). Toto: 22 : 10. Wagh: 13, 12, 17 : 10. Ferner liefen: Rih me quid, Rosenlönig, Giperl, gel. Francoise.
6. Rennen. 1. Alfaberga (Jaele), 2. Arasquilla (Staubinger), 3. Luulus (Kugennin). Toto: 56 : 10. Wagh: 17, 12, 18 : 10. Ferner liefen: Kronprinz, Kafe, Campanula, Strengel, Uvonia, Signol.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung. (Kahdr. verb.) Girdgenteris bemittelt bis trübe, später Neigung zu Niederschlägen; etwas milder. — Für Deutschland: Von Westen nach Osten fortschreitende Neigung zu Regenfällen, Temperaturen etwas ansteigend.

Fordern Sie nicht einfach Zahnpasta.

verlangen Sie ausdrücklich:

Grosse Tube 80 S kleine Tube 50 S

Kaliklora

Berlins Wasserverkehr.

6 $\frac{3}{4}$ Millionen Tonnen. — Ein Wendepunkt in der Geschichte der Berliner Häfen.

Im Jahre 1924 betrug die Güterbewegung zu Wasser in Groß-Berlin im ganzen 5397000 Tonnen; davon wurden in den Berliner Häfen fast genau ein Fünftel, nämlich 1094926 Tonnen, umgeschlagen; die übrigen 80 Proz. wurden an eigenen Umschlagplätzen der Industrie, an privaten Speichern und an anderen Ladestellen behandelt. Im Jahre 1925 war der Anteil der Häfen am Gesamtwasserverkehr, der 6746000 Tonnen betrug, 18 Proz. Auf Güterwagen gingen in Groß-Berlin im Jahre 1924/1925 rund je 15 Millionen Tonnen ein, davon in den Häfen 1,1 Proz. Am Waggonausgang waren die Häfen im Jahre 1924 mit 3,7 Proz. und 1925 mit 3,5 Proz. beteiligt.

Die Ausfuhr auf dem Wasserwege bleibt hinter der Einfuhr weit zurück. Dies hat seinen Grund hauptsächlich in dem starken Verbrauch der Stadt an Massengütern, insbesondere an Brenn- und Baustoffen, denen in der Ausfuhr keine entsprechenden Massen gegenüberstehen. In Erkenntnis der Wichtigkeit des Wasserverkehrs wurde der im Jahre 1923 fertiggestellte größte und modernste aller Berliner Häfen, der Westhafen, alsbald beträchtlich erweitert. Ein neues drittes Hafenbecken und neue Ladeufer barren nun neben neuen Eisenbahnanlagen der Ausfuhr. Die erforderlichen Lagerhallen und Kräne können in kurzer Zeit aufgestellt werden. Der nächstliegende Gedanke ist, den erweiterten Westhafen in erster Linie zur Aufnahme des lebhaften Güterverkehrs zu verwenden, der sich zurzeit noch in ziemlich primitiver und sehr beengter Weise im Humboldthafen und am Kronprinzenufer abspielt. In dieser Hinsicht stehen ausichtsreiche Verhandlungen zwischen der Berliner Hafenerwaltung und den beteiligten Schiffahrtsgesellschaften vor dem Abschluss. Die in Frage

kommenden Schiffahrtsgesellschaften haben sich bereit erklärt, ihren Verkehr aus dem Zentrum zum Westhafen zu verlegen, und zwar ab April 1927. Diese Regelung bedarf nur noch, insbesondere wegen einer Sonderabmachung, der Zustimmung des Berliner Polizeipräsidenten. Wird sie erteilt, so tritt damit ein Wendepunkt in der Geschichte der Berliner Häfen ein insofern, als eine Ausnutzung der umfangreichen Westhafenanlagen gesichert ist. Für die aus dem Osten Berlins stammenden oder ihn aufsuchenden Güter kommt an Stelle der veralteten Anlagen im Zentrum der günstig gelegene große Osthafen an der Oberbaumbrücke in Betracht.

Ein weitere Verbesserung der Wasserstraßen Berlins

wird angestrebt durch die Schaffung eines Durchstiches zwischen Siemensstadt und dem sogenannten Verbindungskanal. Dadurch soll der untere Teil der Spree in Berlin vom Verkehr entlastet und eine kürzere Verbindung zwischen Siemensstadt, dem Westhafen, Ardenhofen und Humboldthafen geschaffen werden.

Weiter schweben zurzeit lebhaft Verhandlungen, die dahin zielen, den Spandauer Südhafen zu einem Zentralplatz für den Verkehr mit Raphthaprodukten zu machen. Der Bedarf Berlins an diesen Erzeugnissen steigt schnell und stetig. Ihr billiger Massentransport zu Wasser ist daher eine der wichtigsten Wasserverkehrsforderungen. Da aber der Umschlag und die Lagerung großer Mengen von Benzin usw. sehr strenge polizeiliche Bestimmungen unterworfen sind, ist die Auswahl geeigneter Plätze, die doch möglichst nahe an der Stadt liegen müssen, nicht groß. In Spandau wären alle Voraussetzungen gegeben.

Aus den Bezirken.

3. Bezirk — Wedding.

Die Bezirksverordneten-Versammlung des 3. Kreises beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Bau eines Verwaltungsgebäudes für den Bezirk Wedding. Gen. Krause, der Fraktionsredner der SPD, bemängelte das vorliegende Projekt, das den Bedürfnissen des Verwaltungsbezirks nicht gerecht werde. Wir fordern die Wiederherstellung des früheren Projekts, auch im Hinblick auf die herrschende Wohnungsnot; denn nicht weniger als 60 Mietwohnungen werden dadurch frei. Zudem ist die Räumung des Jüdischen Krankenhauses, das jetzt vom Bezirksamt für seine Verwaltungsweiche in Anspruch genommen wird, eine Notwendigkeit. Annähernd 200 000 M. muß das Bezirksamt jährlich an Miete für die in Anspruch genommenen Räume zahlen. — Bürgermeister Gen. Feldmann teilt den Ausführungen zu, aber das Bezirksamt befindet sich in einer Ratlose. Der Bau des Verwaltungsgebäudes dürfe nicht mehr als 1 600 000 M. kosten. Besonders bedauere er den Wegfall des Volksbildungsraumes in dem an Bildungsmöglichkeiten so armen Bezirk Wedding. Zu dem Antrag auf Asphaltierung der Putzburger Straße führte Gen. Reiter Henning aus: Dieser Antrag sei seit dem Bestehen der Schule von dem Lehrerkollegium, der Elternschaft und dem Schularat schon oft gestellt worden. Achtehn große Unterrichtsräume der von über 700 Arbeitern besuchten Schule liegen nach der Straße zu. Der Verkehrslärm sei aber derart, daß auch im Sommer nur bei geschlossenen Fenstern unterrichtet werden könnte. Die Bezirksverordnetenversammlung stimmte dem Antrage zu. Die Forderungen der SPD bezüglich der Erwerbslosen und der Jugendheime wurden durch die Gen. Ulrich und die Stadträte Fabianke und Kulisch ins rechte Licht gesetzt. Die Jugendheime für Erwerbslose dürften nicht Tummelplätze unreifer Elemente werden.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die letzte außerordentliche Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain war ganz mit der Beratung des Haushalts ausgefüllt. Einige Anträge, die Anschaffungen nur durch das Anschaffungsamt zu besorgen, das Brennstoffquantum zu verdoppeln und Lehrwerkstätten einzurichten, fanden Annahme. Genosse Gutekunst befürwortete sodann die Berücksichtigung eines Schreibens des Elternrats der SS. Gemeindefchule

aus Alt-Stralau, in dem dringend die Modernisierung der Abortverhältnisse, der Einbau einer Schulaula und die Bereitstellung eines Spielplatzes gewünscht wurde. Oberbaurot Dr. Reurer wies als Vertreter des Bezirksamts darauf hin, daß dementsprechende Vorschläge der Schuldeputation bereits unterbreitet wurden. Bei den Wohnungsangelegenheiten stellte der Kommunist Ostrowski wiederum eine Reihe von Anträgen, deren Begründung er wie üblich mit Angriffen gegen die sozialdemokratischen Bezirksamtsmitglieder begleitete. Bürgermeister Genosse Riessli wies insbesondere darauf hin, daß es bei der schon jetzt vorhandenen Bevölkerungsstärke im Bezirk unmöglich sei, noch die letzten freien Plätze, an denen der Bezirk ohnehin schon sehr arm ist, zu bebauen. Der Volksparteiler Fuhrmann glaubte gegen die angeblich drohende Sozialisierung des Wohnungswesens eine Attacke reiten zu müssen, für die die Zwangswirtschaft eine Grundlage bot. Er mußte sich von unseren Genossen Gutekunst und Klingler und dem Stadtr. Schmidt (Str.) lassen lassen, daß ein Abbau der Zwangswirtschaft katastrophale Folgen für die arbeitende Bevölkerung nach sich ziehen müsse. Die Anträge auf Feststellung noch vorhandener Bauflächen, auf Festsetzung der Mieten in neuen Bauten nach dem Reichsmietengesetz und der Verwendung der Gesamteinnahme der Hausgrundsteuer zu Kleinwohnungsbauten unter Verwaltung der Gemeinden, der Länder und des Reiches wurden angenommen. Weitere Etatkapitel für das Gesundheitswesen fanden nach kurzer Debatte unter Ablehnung kommunistischer Demonstrationen Annahme. Zur Projektberatung für den Neubau eines zweiten Stadtbads im Bezirk wurden 10 000 M. bewilligt. Beim Punkt Parkverwaltung konnte Stadtrat Genosse Rosin mitteilen, daß es dem besonderen Bemühen des Bürgermeisters, Genossen Riessli, nunmehr gelungen sei, dem Magistrat zur Bewilligung von Mitteln für die gärtnerische und künstlerische Ausgestaltung der Weidewiese zu bewegen. Ein künstlerisch ausgeführter Brunnen mit den entsprechenden Anlagen soll dort zur Aufstellung gelangen, so daß der Platz dadurch ein vollkommen neues Gesicht erhält. Auf Antrag unserer Fraktion wurden 27 000 M. für diese Zwecke eingesetzt. Die Frage des Krematoriums in der Diestelmeyerstraße, das noch immer der Fertigstellung harret, gab den Kommunisten Anlaß zu Kritik. Genosse Stadtrat Mann wies die Vorwürfe treffend zurück. Zum Schluß hielten die Kommunisten noch einmal zu einem großen Coup aus, um die Annahme des Etats zu verhindern. Der Kommunist Bary verlas eine längst vorbereitete Erklärung gegen die Etatgestaltung, die den Genossen

Bürgermeister Riessli veranlaßte, das unverantwortliche und unproduktive Verhalten der Kommunisten bei jeder praktischen Arbeit zu brandmarken. Auch der Stadtr. Schmidt und der Genosse Klingler lehnten mit aller Entschiedenheit solches Treiben ab. Hierbei kam es zu tumultuarischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und den übrigen Mitgliedern der Bezirksversammlung. Nur der Ruhe unserer Genossen und der Umsicht des Vorstehers, Gen. Kayser, war es zu danken, daß die Sitzung nicht in ein Handgemenge ausartete. Unter großer Unruhe gelangte der Gesamtetat in der beschlossenen Form zur Annahme.

14. Bezirk — Neukölln.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung der letzten Bezirksversammlung war eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, die geplante Bebauung des Hermannplatzes betreffend. Hierdurch bot sich für die Bezirksversammlung und für das Bezirksamt Gelegenheit, zu dem Gesamtprojekt — Umgestaltung des Hermannplatzes — Stellung zu nehmen. Von dem Redner der sozialdemokratischen Bezirksverordnetenfraktion wurde kritisiert, daß die Offenheit ganz überraschend mit einem Umgestaltungs- und Bebauungsplan des Hermannplatzes „beglückt“ worden sei, ohne daß vorher die daran interessierten Verwaltungsbezirke Kreuzberg und Neukölln gehört worden seien. Es sei doch wohl nicht engnützig, so ohne Rücksichtnahme mit den Körperkulturen der beiden Verwaltungsbezirke die Umgestaltung eines wichtigen Verkehrsnotenpunktes festzulegen. Die Verbreiterung des Hermannplatzes um mindestens 6 Meter wurde verlangt. In der neuprojektierten Breite von 52 Meter sei der Platz in Zukunft nicht in der Lage, allen Anforderungen der noch weiter zu erwartenden Verkehrssteigerung zu genügen. Darum muß ein Streifen von mindestens 6 Meter von der Firma Karstadt zurückgewonnen werden. Bürgermeister Gen. Scholz betonte, daß es ganz unmöglich sei, unter Umgehung der für die Umgestaltung und Neubebauung des Hermannplatzes in Betracht kommenden Verwaltungen bzw. Behörden Verträge abzuschließen, und große städtebauliche Probleme zu lösen. Das sei nicht Sache einer nur für bestimmte Zwecke geschaffenen städtischen Gesellschaft. Es könne nicht erst alles zum Abschluß gebracht werden, und dann unterbreite man der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Kenntnisnahme. Genosse Scholz hat die Stadtverordneten sich dafür einzusetzen, daß die notwendige Verbreiterung des Hermannplatzes um mindestens 6 Meter durchgeführt werde. Redner der übrigen Fraktionen unterstrichen die Ausführungen des Bürgermeisters. — Nach einer Reihe unwesentlicher Punkte wurde einer der bekanntesten Kundreifeanträge der SPD betr. „Maßnahmen zur Verhinderung des Verschusses des Preussischen Landtages über die Fürstenabfindung“ vorgelegt. Unsere Fraktion gab nachstehende Erklärung ab: „Die SPD-Fraktion der Bezirksversammlung Neukölln vermag nicht zu erkennen, daß der Beschluß dieser Körperkulturen irgendeine Einwirkung auf die Erledigung der Frage der Fürstenabfindung durch das Reich haben könnte. Wir sind überzeugt, daß nur Agitationsbedürfnis der Kommunisten die Triebfeder bei Einbringung dieses Antrages gewesen ist. Wenn die kommunistische Fraktion im Vertrauen auf Reichsregierung und Reichstag hofft, daß diese Stellen dazu beitragen würden, die Vermögen der Hohensollern zu vermindern, so können wir diese Hoffnung nicht teilen. Da wir diesen Versuch nicht hindern wollen, der Antrag selbst auch durchaus von dem Gedanken getragen ist, der die Haltung unserer Partei zur Fürstenabfindung bestimmte, so werden wir diesem Antrag zustimmen.“

16. Bezirk — Köpenick.

Da die Kommunisten und ihr hinterbundierter Anhang in fastam bekannter und überall geübter Weise die letzte Bezirksverordnetenversammlung gesprengt hatten, mußte sich die zu Mittwoch, den 3. November, anberaumte Sitzung mit den Rückständen der letzten Tagesordnung befassen. Es waren nicht weniger als 5 Anträge der kommunistischen Fraktion, die sie agitatorisch in allen Bezirken aufs Tapet gebracht hatten: 46-Stunden-Woche, Kongreß der Erwerbstätigen, Durchführung von Notstandsmassnahmen u. a. Besonders die Beschließung des Erwerbstätigen-Kongresses, die seitens unserer Fraktion Ablehnung fand, gab den Kommunisten Anlaß, eine einseitige Rede zum Fenster hinaus zu halten, leider ohne Nelsonan, da Vorsorge getroffen war, daß die radikalsten Elemente, die die Kommunisten in der letzten Sitzung aufgeboden hatten, keinen Zutritt gefunden hätten. Abgesehen von dem vorgelegten kommunistischen Speiserezept, wurde die Vorlage des Bezirksamts betr. Durchführung von Spornmassnahmen im Haushalt 1926, die eine eingesparte Summe von 119 513 M. auswies, zur Kenntnis genommen. Der interessanteste Teil der



Ein Wort zur Massary-Premiere „Die Königin“
I
Das ist es: Kunst wird hier zum gewaltigen Erlebnis.
Man atmet beglückt dieses leicht Sprühende-dieses mild
Glühende. Passe jeder Zoll. Edle Pässe und Charakter.
II
Und Charakter. Note. Fall für sich. Nicht eine von
den vielen. Wir verspüren es gleich: Wir können uns
wieder begeistern — denn sie ist wieder die Unsere!
Bleibt die Unvergleichliche — ist edel wie der Name-
höchster Leistung Inbegriff — ist: — — —
eine Zigarette von Rang.
III
Die gute MASSARY!
Frägt die Zigarette mit Recht den Namen der
großen Künstlerin? Das müssen Sie selbst erleben!
Nicht eine Minute zögern: —
Urteilen Sie selbst!



Sitzung war die Rede, die bei der Vorlage der Bedarfsnachweisung für 1927 der Bezirksbürgermeister Genosse Kahl zur Begründung der Vorlage hielt. In einstündigen Ausführungen gab er einen Überblick über den Bedarf und die Deckung der Bedürfnisse des Bezirks, wobei er die Zahlen des vergangenen Jahres und die Entwicklung des Bezirks besonders betonte. Als Kuriosum sei vermerkt, daß die Deutschenationalen und der völkische Bezirksverordneter bei der Rede des Bürgermeisters den Saal verließen, dabei zum Ausdruck bringend, daß sie kommunalpolitische Rindstöpfe sind.

17. Bezirk — Eichenberg.

In der Bezirksversammlung am 27. Oktober teilte der Vorsitzende mit, daß der Magistrat dem Beschluß der Bezirksversammlung, in den städtischen Betrieben die 46-Stunden-Woche einzuführen, nicht zugestimmt habe. Vorher wurde Bezirksverordneter Greusing (KPD) als Ersatz für den befristeten Stadtrat Rowalle eingeführt und verpflichtet. In rascher Folge erledigte die Versammlung einige Schiedsmannwahlen, die Ersatzwahlen für einige Kommissionen und Deputationen sowie einige Petitionen. Der Errichtung einer Logestrippe in der Simpsonstraße wurde zugestimmt. 2000 M. aus Vorbehaltsmitteln bewilligt, um die Wege und Gräben in Biesdorf, Kautsdorf, Mahldorf von Müll zu befreien. Der kommunalpolitische Antrag, das Abhalten von Andachten in den gemeinsamen Aufenthaltsräumen des Krankenhauses zu verbieten, wurde angenommen. Zu einem Antrag, Gasabsperrtüre vor jedem Haus einzubauen, sprach Stadtrat Genosse Stimming. Die Befürchtungen wegen verstärkter Explosionsgefahr beim Fehlen der Absperrtüre seien grundlos. Ein Antrag, den Schülern, die am Gartenbauunterricht auf dem ehemaligen Flugplatz Biesdorf teilnehmen, freie Fahrt zu gewähren, wurde der Schuldeputation überwiesen. Die Rechte brachte einen Antrag auf Errichtung einer Säuglingsfürsorge in Biesdorf-Süd ein. Genosse Stadtrat Thurm betonte, daß die Errichtung von Fürsorgestellen in den Außenbezirken von dem zuständigen Ausschuß einstimmig beschlossen sei. Nicht zu verstehen sei der Wunsch, die Säuglingsfürsorge in ein Hotel zu verlegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Wahl des Stadtbaurates wurde vertagt. Eine lange Debatte lief ein Antrag der KPD hervor, einen Ausschuß der rechtl. Ansprüche von Gläubigern der Friedrichsberger Bank zu bilden. Genosse (KPD) begründete den Antrag. Die Stadt hätte die moralische Verpflichtung, sich der „kleinen Sparer“ anzunehmen, weil bekannte Personen des damaligen Magistrats beteiligt gewesen wären. Genosse Arnst bezweifelt den Erfolg einer solchen Aktion. Die Stadt sei in keiner Weise beteiligt gewesen. Dr. Karchli war als Privatperson, nicht als städtischer Beamter bei der Verwaltung der Bank tätig. Genosse Bichte erklärte, daß der Ausschuß sich sicherlich machen könnte, da er keinerlei Rechtsmittel habe, von der Privatbank die nötigen Unterlagen zu bekommen. Leeb (KPD) glaubt das Material von den Gläubigern zu erhalten. Genosse Elias spricht ebenfalls gegen den Antrag, der dann auch abgelehnt wurde. Unter lebhafter Unruhe werden die letzten Vorlagen erledigt. Von der Tribüne wurde geschimpft und — gespuckt. Jedenfalls etwas Neues und ein Beweis für die politische Erziehung der Massen durch die Kommunisten.

18. Bezirk — Weihensee.

Die Bezirksverordnetenversammlung am 27. Oktober d. J. stand unter dem Zeichen einer großen Anzahl kommunistischer Kundreiseanträge, die angeblich dazu dienen sollten, den Erwerbslosen zu helfen. Allein schon das harmonische Zusammenwirken zwischen der kommunistischen Fraktion und der Tribüne ließ erkennen, daß es der KPD, nur wieder einmal darauf ankam, über die SPD, herzufallen. Es ergab sich also über unsere Genossen und die „unfähigen“ Gewerkschaften ein Strom von Schimpfwörtern. Unsere Genossen taten das einzig Richtige, die Kommunisten ruhig

lassen zu lassen. Die Sprecher unserer Fraktion konnten mit Recht darauf hinweisen, daß wir in ruhiger und zäher Arbeit versuchen, die zweifellos schweren Sorgen der Erwerbslosen zu lindern. Die in besonders bedrängter Lage befindlichen Arbeitslosen haben stets den Weg zu unseren Bezirksamtsmitgliedern gefunden, ohne enttäuscht worden zu sein. Nach stundenlangen nutzlosen Debatten konnte endlich mit der praktischen Arbeit begonnen werden. Gemäß einer Vorlage des Bezirksamtes wurden 2000 M. zur Herrichtung einer Wärmehalle für Erwerbslose in der Greifswalder Straße Ecke Behderstraße bewilligt. Sodann wurde über eine Dringlichkeitsvorlage des Bezirksamtes betreffend Neubau einer Volksschule und Erweiterungsbau anderer Volksschulen verhandelt. Die im 18. Bezirk vorhandenen Volksschulen reichen mit ihren Baulichkeiten entfernt nicht mehr aus. Seit Jahren sind Klassen in Baracken untergebracht, 5 Schulen zusammen haben stiegende Klassen; von 4 Schulen sind 11 Klassen in anderen, zum Teil weit entfernt liegenden Schulen untergebracht. Nur 3 Schulen besitzen eine Aula; Rechenfächer, Physik- und Chemieunterrichtsräume sind an keiner Schule vorhanden. Die 8 Gemeindegemeinschaften sind in zwei weit voneinander entfernten Schulen untergebracht. Ein reibungsloser, ordnungsgemäßer Schulbetrieb ist unter diesen Umständen natürlich so gut wie ausgeschlossen. Hier treten die Fehler des alten Systems, in dem die Volksschulen stiefmütterlich behandelt worden sind, kraft zutage. Der Vorlage des Bezirksamtes, ein neues Schulgebäude zu erbauen, Erweiterungsbauten in der 3. und 5. Schule vorzunehmen und die Turnhallen in der Wärfstraße und in der Goethestraße aufzustocken, wurde zugestimmt. Die Berufs- und Handelsschule hat überhaupt kein eigenes Gebäude, sondern ist behelfsmäßig im Realgymnasium untergebracht. Da nur einige Räume zur Verfügung stehen, sind die Zustände unerträglich. Die Bezirksversammlung beschloß daher einstimmig, von der Zentralstelle den Neubau einer Berufs- und Handelsschule zu erlangen. Da der 18. Bezirk im Aufstiegen begriffen ist, kann den Umständen im Schulwesen nur durch Neubau abgeholfen werden. Eine Anfrage wegen der Erweiterung des südlichen Friedhofs wurde vom Bezirksamt dahingehend beantwortet, daß die jüdische Gemeinde mit den Zentralstellen wegen der Erweiterung des Friedhofs auf Bethenfeer und Prenzlauer-Berg-Gebiet verhandelt.

19. Bezirk — Pantow.

Die Beratung des Haushaltes erfolgte in Pantow unter recht eigenartigen Umständen. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Antrag der KPD, wegen der Fürstenabfindung. Der Vorsitzende der Versammlung hatte bereits dem Redner das Wort erteilt, als sich der Führer der Deutschenationalen Volkspartei zur Geschäftsordnung meldete. Er konnte natürlich das Wort nicht erhalten und nur verfluchte Deutschenationale und Volksparteiler unter lebhaften Zurufen der Kommunisten den Saal. Dann kam es zur Beratung des Haushaltes. Der Bürgermeister sprach eingehend über den Etat. Durch Zuruf wurde festgestellt, daß er nicht einmal mehr das Vertrauen seiner eigenen Fraktion habe, da diese auch jetzt nicht wieder im Saal erschienen war. Dann sprach unser Redner zum Etat. Er behandelte zunächst den Angriff des Oberbürgermeisters gegen die Bezirksversammlung und erklärte, daß die SPD, derselben Auffassung sei, die der Berliner Oberbürgermeister noch im Oktober 1923 in einer Schrift an den Landtag niedergelegt hat. Damals schrieb er: „Die Bezirksverwaltung steht den Verhältnissen näher als die Zentrale und kann daher den örtlichen Besonderheiten besser Rechnung tragen. Aus diesen Gründen ist den Bezirken ein Wirkungskreis zuzuerkennen, wie er dem Gemeinschaftsinteresse wie auch der Förderung des kommunalen Fortschritts entspricht.“ Unser Redner kam dann auf den Abbau der Steuern zu sprechen. Der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer ist ständig zurückge-

gangen. Von 47 Proz. im Jahre 1914 auf 20 Proz. im Jahre 1926. Der Städtetag hat festgestellt, daß die großen Städte mehr und mehr auf die Erträge aus den Werken angewiesen sind. Wenn auch der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen der Steuer von 90 Proz. in der Inflationszeit auf unter 50 Proz. im Jahre 1926 gesunken ist, so ist die Belastung der unteren Schichten der Bevölkerung aus Zölle und Verbrauchssteuern so im Steigen begriffen, daß die alte Belastung bald wieder erreicht sein dürfte. Endlich kritisierte unser Redner die unterschiedliche Behandlung der Bezirke durch die Zentrale. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokratie, allen Widerständen zum Trotz, an dem Aufblühen des großen Gemeinwehens Berlin arbeiten werde.

20. Bezirk — Reinickendorf.

In der Sitzung am 27. Oktober gab der Vorsitzende der Bezirksversammlung ein Beschwerdeschreiben der Kleingartenliebhaber auf einem vorgeschlagenen Grundstück gegen die Maßnahmen des Besitzers bekannt. Die Anforderungen von Lehrstellen an die Mittelschule in Borsigwalde wurden bewilligt. Dann trat die Bezirksversammlung in die Etatberatung ein. Da die einmaligen Anforderungen bereits in einer früheren Sitzung erledigt waren, fand der Vortrag des Bezirksverordnetenvorstehers, auf eine Einzelberatung zu verzichten, einstimmige Annahme. Der Bezirksbürgermeister wies darauf hin, daß der vorgelegte Etat mit einer Einnahme von 2339500 M. und einer Ausgabe von 16504560 M. abschließt. In den Ausgaben stecken aber die einmaligen Ausgaben von circa 6000000 M., so daß der ordentliche Etat etwa 1 Million M. mehr fordert als der im Vorjahr bewilligte. Diese Mehrausgabe ist zum größten Teil auf die erhöhten Anforderungen in der Wohlfahrtspflege und die Straßenbeleuchtung zurückzuführen. Auch ist die Bevölkerung des Bezirks in den Jahren nach der letzten Volkszählung um circa 7000 auf etwa 112000 Köpfe angewachsen. Unser Genosse Wollschläger wies besonders auf das nötige Verantwortungsgefühl bei der Etatberatung hin und forderte eine bessere Ausstattung der Büroräume. Für die Volksschüler werde noch immer nicht ausreichend gesorgt. Die Gebäude des Luftparkplatzes könnten viel besser ausgenutzt werden, wenn der Bezirk sie in Verwaltung hätte. Seit vielen Jahren lagert in dem geräumigen Saal des ehemaligen Offizierskasinos Gerümpel, während es an den nötigen Jugendheimräumen fehlt. Die Einrichtungen des Krankenhauses müssen modernisiert werden. Die Anlagen für Warmbäder im Bezirk reichen bei weitem nicht aus. Tegel und Borsigwalde müssen endlich durch eine befestigte Straße verbunden werden. Eine freiwillige Feuerwehr dürfte nur noch in den schlecht erreichbaren Ortsteilen bestehen bleiben.

Die Genossen Kreutzlein und Schäfer wiesen die üblichen unberechtigten Angriffe der Kommunisten zurück. Der Vertreter der Bürgerlichen kritisierte die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren für einige höher eingestufte Straßen und fragt an, woher die Hausbesitzer die Mittel nehmen sollen. Während sich unsere Genossen auf den Standpunkt stellen, an den Grundbesitzern des bestehenden Gesetzes über Groß-Berlin festzuhalten, da durch die Inflation und die folgende Krisenzeit noch keine klare Auswirkung erfolgen konnte, wiesen die Bürgerlichen auf eine Erweiterung der Bezirksrechte hin und forderten die Eindämmung eines Budgetrechts. Die Kommunisten erklärten die Bezirksversammlung für überflüssig, weil die zurzeit bestehende für ihre Anträge nicht zu haben gewesen wäre. Nachdem vom Bürgermeister und verschiedenen Bezirksamtsmitgliedern darauf hingewiesen wurde, daß bestehende Mängel nach Kräften behoben werden sollen, wurde der Etat gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Darauf wurde noch ein Antrag, der die Beschleunigung des Neubaus einer Volksschule in Wittenau verlangt, einstimmig angenommen. Der Straßenaustauschvertrag mit dem Dominikusstift in Hermsdorf wurde ebenfalls angenommen.

Wer bei JANDORF kauft, spart Geld!

Jandorf Jandorf!

Damenwäsche		Korsetten		Wirkwaren	
Damen-Hemd aus gutem Wäschestoff, mit Sticker-Garnierung	1.25	Büstenhalter aus Trikot mit Spitze	0.50	Schlupfhosen für Damen farbig mit angerandtem Puffer	1.45
Damen-Hemd aus Renforcé, mit breiter Schapel und breiter Sticker	1.85	Strumpfhalter-Gürtel aus farbigem Dreil mit 4 Haltern	0.98	Schlupfhosen für Damen Kunstseide in vielen Farben	1.95
Hemdhose aus gutem Renforcé, mit Sticker- und Hobianz-Garnierung	1.45	Hüfthalter aus farbig, Dreil mit Gummi u. Haltern	1.25	Hemdosen für Damen weiß, patentgepumpt mit Überschlag	1.95
Nachtjacke aus gutem Körper-Barbent, mit Besatz	2.45	Hüfthalter aus rosa Jacquardstoff mit Gummi und Haltern	1.65	Herrenhemden wollgemischt mit Doppelbrust, 3 Größen	2.45
Nachthemd Schlupfform, aus gutem Wäschestoff, mit Sticker-Garnierung	2.75	Gummi-Schlüpfer gute Qualität, mit Haltern	2.95	Herrenhosen normalfarbig 3 Größen	1.45
Blumen-Seife hochfein, 3 Stück im Karton	50 Pf.	Kernseife gerarbt, rein und hell, Regel 3 teilig	25 Pf.	Schmierseife gerarbt, rein, 1 1/2 Pf.-Dose	50 Pf.
				Nagelpflegeteils in guter Ausführung	1 10
Herrenartikel		Strümpfe		Berufskleidung	
Oberhemden durchgehend Zephr, geflirt, Faltenbusch, 1 weicher, 1 steifer Kragen	6.90	Damen-Strümpfe farbig und schwarz, Pessa und Spitze verstärkt	0.48	Malerkittel Robbaest, gute Qualität	2.85
Taghemden aus kräftigen Hemdentuch mit Falten	2.90	Damen-Strümpfe gute Mako-Qualität, farbig und schwarz	0.95	Mechanikerkittel aus festem grauen Nova	3.90
Herren-Hüte moderner Plachrand, in neuen Farben	3.90	Damen-Strümpfe prima Seidenstoff, farbig und schwarz, mit Doppelschleife und Hochfesse	1.25	Herren-Staubmäntel aus festem farbigem Neand	4.95
Selbstbinder schwere Qualität, viele Muster	1.75	Damen-Strümpfe reine Seide, farbig und schwarz, mit Doppelschleife und Hochfesse	1.95	Damen-Berufsmäntel schöne Verarbeitung, verschied. Farben	5.25
Regenschirme für Damen, moderne Topform, 12 teilig, mit kleinen Fehlern	3 50	Damen-Strümpfe reine Wolle, farbig und schwarz, mit Doppelschleife und Hochfesse	2.45	Frottierhandtuch aus gutem Krakenstoff, ca. 28x100 cm	1 18
Regenschirme für Damen, Halbseide, moderne Topform, 12 teilig, mit kleinen Fehlern	5 50	Kinder-Strümpfe reine Wolle Größe 1 (jede weitere Größe 20 Pf. mehr.)	0.95	Kaffee-Gedek weiß Damast, mit farbiger Kante, ca. 130x130 cm, mit 6 Borvletton	3 95

Die Exportkredite für Rußland.

Ein Kapitel „wirtschaftsfördernder“ Bankpolitik.

Ueber den Stand der deutschen Lieferungen nach Rußland auf Grund des sogenannten 300-Millionen-Kredits sind in der letzten Zeit zahlreiche Meldungen an die Öffentlichkeit gekommen. Im folgenden wollen wir versuchen, eine Uebersicht über den wirklichen Stand der Rußengeschäfte zu gewinnen.

Ende Februar d. J. erklärte sich das Reich bereit, bei Lieferungen nach Rußland eine Garantie langfristiger Kredite bis zur Höhe von 105 Millionen, d. h. 35 Proz., da man 300 Millionen in Aussicht nahm, zu leisten. Die Länder ihrerseits erklärten sich zur Garantieübernahme für weitere 75 Millionen Mark bereit. Für 180 Millionen Mark = 60 Proz. von 300 Millionen Mark wollten also Länder und Reich eine Garantie übernehmen, die den Kredit des russischen Staates gegenüber den deutschen Lieferfirmen und Bankiers verbessern sollten. Vier Monate lang dauerte es, bis die Banken sich bereit erklärten, für die Finanzierung des Rußengeschäftes einen Kredit von ganzen 120 Millionen bereitzustellen, von dem also 72 Millionen durch das Reich und die Länder garantiert waren; bei den restlichen als im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Lieferanten Verluste der Banken in Frage kamen. Für die ersten 72 Millionen hielten den Banken also der russische Staat, das Deutsche Reich und die deutschen Länder, für die übrigen 48 Millionen der russische Staat und die deutschen Lieferfirmen.

In den vier Monaten März bis Juni stritt man sich über die Höhe der von den Russen zu vergütenden Zinsen. Schließlich einigte man sich auf einen Satz von 9,4 Proz., der durch die inzwischen erfolgte Ermäßigung des Reichsbankdiskonts automatisch auf 8,9 Proz. herunterging. In diesen vier Monaten, in denen sich die Banken nicht entschließen konnten, einen Kredit von 120 Millionen Mark zu übernehmen, der Tausenden von deutschen Arbeitern Beschäftigung mitten in der schwersten Wirtschaftskrise hätte geben können, erhöhten 6 Berliner Großbanken die Kredite, die sie der Börsenspekulation zur Verfügung stellen, um 127,3 Millionen Mark. Diese Börsenkredite trugen zu einem Teil niedrigeren Zins, als die Rußlandkredite gebracht hätten. Erst nach der formellen Erklärung der Bereitstellung von 120 Millionen Mark Bankkrediten konnte das Rußengeschäft überhaupt in Gang kommen.

Die Höhe der Lieferkredite.

Etwa in der folgenden Höhe wurden in den einzelnen Monaten Lieferungsverträge zwischen den Russen und deutschen Industrie-firmen abgeschlossen:

Juli	zirka	30	Millionen Mark
August	35		
September	15		
Oktober	20		

Insgesamt also zirka 100 Millionen Mark

Die Garantie des Reiches und der Länder wurde in dieser Zeit für etwa 80 Proz. der abgeschlossenen Aufträge gewährt, und zwar:

In den Monaten Juli und August zirka	40	Millionen Mark
Im September	25	
Im Oktober	15	

Insgesamt zirka 80 Millionen Mark

Die 6 Berliner Großbanken, die sämtlich Mitglieder des Kon-sortiums sind, das die Finanzierung der Rußenkredite übernommen hat, erhöhten in der Zeit vom 30. Juni bis 31. August ihre Börsenkredite um weitere 160 Millionen Mark. Man kann annehmen, daß diese Kredite durchweg zu Zinsbedin-gungen gegeben wurden, die für die Banken weniger profitabel waren, als es die Rußenkredite geworden wären, man muß sagen: „geworden wären“; denn

bis Ende September haben die Banken praktisch überhaupt keine Finanzierungsarbeit geleistet.

Der Grund dafür lag in jener eigentümlichen Verwandlung, in der sich die deutschen Großbanken zurzeit befinden. Die deutschen Banken hören auf, Banken zu sein, d. h. Finanzierungsinstitute für Handel und Industrie, sondern sie verwandeln sich, um einen Bankdirektor zu zitieren, der diese eigentümliche Wandlung für seine Person und sein Institut nicht mitmacht, mit ziemlicher Ge-schwindigkeit in Leihhäuser. Mehr und mehr drängen die Banken darauf hin, daß Handel und Industrie zu ihnen kommen, wie der arme Schüler zum Leihhaus kommt, um seine Lombarthut zu verpfänden. Das Bankgeschäft läuft immer mehr darauf hinaus, ein Geschäft ohne Risiko zu werden, und ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Erfordernisse werden die Einlagen, die den Banken in ständig steigendem Umfange zuströmen, der Börse zugeführt, wenn Handel und Industrie nicht mehr in der Lage sind, den Banken die Sicherheiten zu geben, die die Leihhauspolitik verlangt. Da die Banken solide Leihhäuser sind, verlangen sie viel.

Sicherheiten im zwei- bis dreifachen Werte der gegebenen Kredite.

So daß ihre Kreditpolitik dahin wirkt, Handel und Industrie in zunehmendem Maße kreditunwürdig zu machen und das gesamte Kreditvolumen innerhalb der deutschen Wirtschaft zu ver-ringern. Wie diese Politik dazu geführt hat, innerhalb von noch nicht 1 1/2 Jahren über 400 Millionen Mark an die Börse zu leiten und so die beispiellose Hausse herbeizuführen, die seit Be-

ginn des Jahres das Aktienniveau auf mehr als das Doppelte gehoben hat, so hat sie auch dazu geführt, daß die Banken im Rußengeschäft außerordentlich zurückhaltend waren. Die Banken haben sich geweigert, sich mit den Sicherheiten zu be-gnügen, die ihnen die Organisation des Rußenkredits an sich bereits an Hand gibt, sondern sie haben von den Lieferfirmen neben ihrer Wechselunterschrift noch eine besondere Deckung in Form von bankmäßigen Sicherheiten für die 40 Proz. der russi-schen Aufträge verlangt, die nicht durch die Ausfallgarantie des Reiches und der Länder gedeckt waren. Bis Ende September kämpfte die Industrie mit den Banken um diese Forderung, die praktisch darauf hinausläuft, daß

die Industrie anstatt der Banken die Rußenkredite finanziert. Denn die Industrie muß Kreditmöglichkeiten preisgeben, die ihr die verpfändeten Sicherheiten sonst bieten würden, um die Banken zu befriedigen. Dies bedeutet, daß der Rußenkredit seine Aufgabe, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung zusätzliche Arbeit zu schaffen, nur zu 60 Proz. der tatsächlich erreichten Liefersumme erfüllen kann. Die lange Verschleppung der Gewährung von Bankkrediten hat denn auch dazu geführt, daß den 100 Millionen russischer Aufträge, den 80 Millionen vom Reich übernommenen Garantien bis Ende Ok-tober wohl höchstens 50 Millionen von den Banken gewährt Kredite gegenüberstanden.

Die oben gegebene Uebersicht zeigt, daß selbst bei großem Optimismus kaum Aussicht besteht, daß der Rußenkredit oder, richtiger gesagt, die vom Reich und den Ländern übernommene Garantie in vollem Umfange ausgenutzt wird. Zwar haben inzwischen die Banken weitere 60 Millionen Mark „zur Verfügung gestellt“ und weitere 50 Millionen ausländischer Mittel sich gesichert. Würden aber im November und Dezember selbst ebensoviele Auf-träge zustande kommen wie im August, so würden im ganzen nur etwa 180 Millionen Mark Aufträge wirklich abgeschlossen werden. Würden die Banken im November und Dezember die von ihnen gegebenen Kredite verdreifachen, so würde nur die Finanzierung von 150 Millionen sichergestellt sein. Es besteht also die begründete Befürchtung, daß

aus dem 300-Millionen-Kredit höchstens 200 Millionen wirklich vergeben werden.

ein Betrag, der tatsächlich nur für 120 Millionen neue Arbeit für die deutsche Arbeiterschaft schaffen kann. Schon Mitte Oktober hat man dem auch in russischen Kreisen nur noch mit einem 200-Millionen-Kredit gerechnet. Von Ende Februar bis Ende September, also in 7 Monaten der Gesamtzeit von 10 Monaten, die für das Zustandekommen der Rußlandgeschäfte zur Verfügung stand, hat die Tätigkeit der Banken darin bestanden, die geplante Aktion zu sabotieren. Die Reichsregierung hat sich diesen Sabotage-versuch bisher beinahe immer stillschweigend gefallen lassen. Ueber die Hemmungen, die die Banken dem Rußlandgeschäft von Juli bis September bereiteten, hat die Reichsregierung die Öffentlichkeit so gut wie überhaupt nicht informiert. Durch die Politik der Banken, durch die eigentümliche Zurückhaltung des Reichswirtschaftsministeriums ist die deutsche Arbeiterschaft unmittelbar geschädigt worden. Die Reichsregierung hat es tatlos mitangesehen, wie die Politik der Banken zu einer zügel-losen Börsenspekulation führte und gleichzeitig das Rußengeschäft aus schwerster Schädigte.

Zehn Jahre Deutscher Giroverband.

Die Banken entschuldigen sich. — Eine Rede Schachts.

Im Oktober waren 10 Jahre seit der Begründung der deutschen Kommunalgirorganisation vergangen. Ueber die Bedeutung dieses umfassenden Kapitalanlegungs- und Zahlungsausgleichs-systems ist heute kein Wort mehr zu verlieren. Sie ist das größte öffentliche Bankensystem in Deutschland. Wir sind keine Freunde von großen Jubiläumsesten. Aber der großzügige Festakt, den der Deutsche Sparkassen- und Giroverband anlässlich des Jubiläums im Berliner Rathaus veranstaltete, war eine Notwendig-keit. Denn die Organisation des deutschen Sparkassen- und Giro-verbandes muß in der deutschen Öffentlichkeit, trotz ihrer gewal-tigen Leistungen, um die Gleichberechtigung neben dem priort-capitalistischen Bankwesen noch kämpfen.

Die Zentralorganisation des deutschen Bank- und Bankier-gewerbes ließ sich entschuldigen. Wir wollen nicht sagen, daß wegen des Fernbleibens dieser Organisation kein Reichs-minister und kein Minister Preußens das Wort ergriffen hat. Die Wünsche des Reiches und Preußens überbrachten Dr. Zweigert und Dr. von Leyden. Aber wenn man feststellen muß, daß der Bankiertag durch die Anwesenheit von fünf Reichsministern und zwei preussischen Ministern geehrt wurde, so scheint es, daß im offiziellen Deutschland starke Unterschiede gelten zwischen minister-fähigen und nichtministerfähigen Verbänden, und daß zu den letzteren leider auch der deutsche Sparkassen- und Giroverband gehört. Aber weder die Abwesenheit des Zentral-verbandes, noch die Anspruchlosigkeit besonders des Reichskabinetts vermagte das stark fühlbare Selbstbewußtsein einer Organisation zu erschüttern, der der erfolgreiche Dienst am Gemeininteresse mehr bedeutet als repräsentative Ehrungen.

Bei Beachtung fand eine Glückwunschsrede des Reichsbank-präsidenten Schacht. Nicht ohne Witz begrüßte er die Giroorganisation zu ihrer Konfirmation, und für ihren Weg zur Mündigkeit versprach Schacht nachdrückliche Förderung durch die Reichsbank. Es war natürlich, daß Schacht dabei das volle,

fast übervolle Verständnis der zahlreich vertretenen Gemeinden, Sparkassen und Giroverbände fand, die seine Mitarbeit als Er-zieher in den letzten Jahren recht eindringlich süßten und beurteilen gelernt hatten. Nur durch eine Mahnung zum geschlossenen Zu-sammenarbeiten, darum aber nicht weniger eindrucksvoll, trat der Präsident des Giroverbandes sächsischer Gemeinden Dr. Eberle hervor, der nach den Worten des Verbandspräsidenten Dr. Kleiner das größte Verdienst an der deutschen Giroorganisation hat.

Im Verlauf des Abends wurde der Öffentlichkeit auch eine Denkschrift überreicht, die als Quellenwerk über die Geschichte und den Aufbau der deutschen Giroorganisation dauernde Bedeutung haben wird.

Die Reichsbank am Oktoberschluß.

Einrichtung des telegraphischen Giroverkehrs.

Daß der Oktoberultimo wieder sehr leicht war, ließ schon die Börse erkennen, auf der trotz des Monatschlusses die Effek-tenhausse ungestört ihren Fortgang nahm. Der Reichs-bankausweis zum 30. Oktober vermag diese Tatsache nur zu unter-streichen. Die auffallend geringe Steigerung der Lombarddar-lehen um 31,6 auf 42,8 Millionen ist das deutlichste Merkmal dafür im Reichsbankausweis. Die gesamte Kapitalanlage wuchs um 173,5 auf 1549,1 Millionen. Abgesehen von den Lombarddarlehen kamen davon auf neue Wechsel und Schecks (fast ausschließlich In-landswechsel) 141,9 Mill. M., so daß die Wechsel- und Scheckbestände auf 1415,0 Mill. anwuchsen. Die Kundengelder auf Girokonto zeigen die zum Monatschluß gewohnte Abnahme, sie sanken um 339,5 auf 532,6 Millionen. Der Umlauf an Reichsbanknoten stieg um 501,3 auf 3325,8 Mill., der an Rentenbankfcheinen um 92,7 auf 1317,6 Mill. Die Goldbestände wurden weiter um 36,8 auf 1716,1 Mill. erhöht; ebenso stiegen die deckungsfähigen Devisen um 1,3 auf 412,6 Millionen Mark.

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	Oktober
(in Millionen Mark)				
Noten und Schulden:				
Reichsb.-Notenumlauf	3 160	2 971	3 251	3 326
Giroeinlag. d. Wirtsch.	626	527	595	533
Kredite an die Wirtschaft:				
Lombardkredite	77	143	142	43
Wechselkredite	1 216	1 288	1 384	1 415
(Wetterbegeb. Wechsel) (418,5)	(0)	(0)	(0)	(0)
Notendeckung:				
durch Gold	1 491	1 492	1 598	1 716
durch Devisen	481	325	523	413
Zusammen	1 972	1 817	2 120	2 129
Deckungsverhältnis:				
Gold und Devisen zu:	64,4%	61,2%	65,2%	64,0%

Der Vergleich mit früheren Monatsabschlüssen, wie sie unsere Tabelle gibt, läßt für die Goldbestände und den Umlauf an Reichsbanknoten die vom Reichsbankpräsidenten meh-rfach erörterte Zunahme deutlich erkennen. Aber auch die Wechsel-bestände zeigen eine fortwährende Vermehrung; ein Zeichen, daß die verringerte Spanne zwischen den privaten Geldbögen und dem Reichsbankdiskont weiter ihre Wirkung getan hat. Für die Positionsstärkung der Reichsbank gegenüber den Privatbanken ist das natürlich noch kein Beweis, da die Banken bei der Einreichung von Wechseln offenbar nur leichter ihre Rechnung finden.

In die letzte Oktoberwoche fällt auch der Einbruch der Reichs-bank, für ihr Giroystem auch telegraphische Ueber-weisungen auf Kosten der Rundschau zuzulassen. Die Reue-rung wird aber wohl kaum vor dem 15. November in Kraft treten.

Niederlausitzer Braunkohlengewinne.

Zum Abschluß der Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. Berlin.

Die nach dem letzten Generalversammlungsbeschlusse auch offiziell „Subiag“ firmierende Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. Berlin versteht es ausgezeichnet, ihre Verhältnisse entweder der öffentlichen Beobachtung zu entziehen oder zur Förderung der „höheren Absichten“ der Verwaltung möglichst nur ungünstiges über ihre Lage zu verbreiten. Es geht der Gesellschaft, die ihre Haupt-gruben im Niederlausitzer Gebiet abteufen läßt, nämlich nur zu gut.

So hat nach dem Geschäftsbericht zum 30. Juni 1926 ihre Pro-duktion den höchsten Stand seit dem Bestehen erreicht. Die Förderung, Brikettierung und der Abfuhr der 9 Gruben mit ihren über 5 Duzend Brikettpressen hat gegen das Vorjahr um 11,5 bis 15,6 Prozent zugenommen. Die Steigerung wurde erzielt mit einer durchschnittlichen Belegschaft von 4226 Mann, die aber gegen das Vorjahr (4254 Mann) noch etwas niedriger ist. Die Produktivität der verwendeten Arbeitskraft ist also beträchtlich gestiegen. Der Bericht findet es aber sehr bedauerlich, daß die Reichsregierung die Lohn-, Sozial- und Arbeitszeiterforderungen der Arbeiterschaft nicht genügend bekämpft, und in der Generalversam-mlung verordnete die Verwaltung eine Erhöhung der Belegschaft um 40 Proz. (!) und eine Steigerung der Brikettpreise, falls wirklich das Dreifachsystem eingeführt würde. Natürlich sind beide Behauptungen auf eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit berechnet, denn mit der festgestellten großen Leistungssteigerung allein wider-legt die Verwaltung sich selbst; das wirklich glänzende Gewinnergeb-nis des vergangenen Jahres aber wurde mit einer Preissteigerung von 3 Proz. erzielt, wie der Bericht an jener Stelle verrät, wo er die Belastung durch achtprozentige Lohnsteigerung dem als Ver-dienst erscheinenden Preisabbaupoker der Gesellschaft gegenüberstellt. Herr Generaldirektor Bären wird also das aus der Schule plaudern seines Kollegen Dr. Silberberg sehr bedauern müssen, der in seiner Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation mit sehr viel höheren Löhnen und einer auf 9 Stunden ver-



Der führende Reifen!

72%

aller auf der Deutschen Automobil-Ausstellung, Berlin, befindlichen Fahrzeuge sind montiert mit

Continental - „Schwarz“

Arzten Arbeitszeit nur die allerbesten Erfahrungen gemacht hat. Aber auch die Bilanz enthält die Unaufrichtigkeit der Verwaltung. Obwohl Produktion und Absatz gewaltig gestiegen sind, obwohl in der Lausitz Kielesbestände aufgelagert sein sollen, die natürlich festgelegtes Geld sind, gibt die Bilanz folgende Verbesserungen: Rückgang der Betriebschulden von 3,14 auf 3,12 Mill., mehr als Verdoppelung der Bankguthaben von 0,77 auf 1,75 Millionen, Erhöhung der Forderungen von 3,19 auf 3,77 Mill. Alle Obligationsschulden wurden zurückgezahlt (0,83 gegen 1,06 Millionen). Neue Beteiligungen treten auf (von 3,17 auf 3,79 Mill. erhöht). Dazu wurden 874.000 M. zum Grundstücksankauf und zum Ausbau der Anlagen aus dem Betrieb genommen. Die Abschreibungen auf die leistungsfähiger gewordenen Betriebe wurden um 500.000 M. erhöht. Mindestens 2,42 Mill. sind besondere echte Gewinne, die in dem gegen das Vorjahr noch erhöhten ausgewiesenen Gewinn von 2,29 Mill. (2,18) nicht erscheinen. Der Gesamtgewinn beträgt infolgedessen nicht 2,29 Mill., sondern mindestens 4,71 Mill., also mehr als das Doppelte. Eine Dividende von 20 Proz. auszuschütten, wäre für die Pubag ein Spiel gewesen. Der Aktionär, der in der Generalversammlung eine höhere Dividende verlangte, hatte Recht, und die Antwort der Verwaltung, man müsse sich (im Jahre 1928) für den Ablauf des Syndikatsvertrags (bis März 1928 untüchtig) rüsten, ist eine leere Ausrede. Freilich, die Pubag weiß nur zu gut, was 20 Proz. Dividende in den Niederlausitzer Revieren für einen Eindruck machen müssen, und daß auch die Gelben, die in der Riederlausitz so sorglich gezüchtet werden, dann zu roten Arbeitern werden müßten.

Es ist bedauerlich, daß über die Verwaltung eines großen Unternehmens in solcher Weise geurteilt werden muß. Das ist umso bedauerlicher, als der verantwortliche Leiter der Pubag, Herr Generaldirektor Büren, bei Tarifverhandlungen führend das Arbeitsgebetum vertritt. Mit Worten Vertrauensbrücken zur Arbeiterschaft zu bauen, was das Unternehmensziel als seine Pflicht vorgibt, während die Zahlen alle Worte Lügen strafen, ist unmöglich.

Der amtliche Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 3. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 27. Oktober um 0,7 Proz. auf 131,5 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 0,8 Proz. auf 136,3, die Industriefstoffe um 0,3 Proz. auf 122,6 nachgegeben.

Im Durchschnitt Oktober ist die Gesamtindexziffer gegenüber dem Durchschnitt September um 2,7 Proz. auf 130,2 gestiegen. Die Gruppenindexziffer der Agrarerzeugnisse hat im Durchschnitt Oktober bei gestiegenen Getreide- und Kartoffelpreisen auf 133,9 angezogen, die Gruppenindexziffer der Industriefstoffe dagegen bei rückläufigen Preisen für Textilroh- und Halbfstoffe auf 123,3 nachgegeben.

Die teuren Zündhölzer. Vor einigen Tagen gaben wir unter dieser Überschrift eine Mitteilung über die Preisfestsetzung der Zündholz-Verkaufsgesellschaft. Der Preis einer Kiste zu 1000 Paketen beträgt demnach 205 M. Die amtlichen Stellen gingen davon aus, daß bei einem derartigen Preise die Zündhölzer dem Verbraucher 25 bis 30 Pf. kosten sollten. Wie uns nun aus Kreisen der Händler mitgeteilt wird, werden augenblicklich die Zündhölzer von Spezialgroßhandlungen zu einem Preise von 25 bis 34 Pf. je Paket an den Detailisten verkauft. Die vom Verbraucher geforderten bekannten Marken kosten nach der Zuschuß im Händlereinkaufspreis über 32 Pf. Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, trifft es zu, daß mancherorts im Handel Ueberpreise für Zündhölzer gefordert werden. Das liegt u. a. auch daran, daß eine große Zahl von Firmen immer noch an den verschiedensten Plätzen Vertretungen unterhält, die einen Sinn hatten, solange am Zündholzmarkt die freie Konkurrenz bestand. Der große Vertriebsapparat ist aber jetzt nach der einheitlichen Regelung vollkommen überflüssig geworden und belastet insbesondere den Großhandel mit enormen Kosten. Bei einem Grundpreis von 205 M. je Kiste bleibt für den gesamten Handel eine Verdienstsperre von 45 M., also über 25 Proz. Vor dem Kriege war diese Sperre wesentlich geringer. Gelangen die Zündhölzer mit 30 Pf. je Paket an den Verbraucher, so beträgt die Verdienstsperre, aus der selbstverständlich auch die Vertriebskosten zu bestreiten sind, sogar 95 M. oder über 50 Proz. Die einheitliche Regelung der Zündholzwirtschaft führt natürlich erst allmählich zu dem notwendigen Abbau des Vertriebsapparates im Handel. Bei der Preisfestsetzung durch den Zwischenhandel macht es sich außerdem noch nachteilig bemerkbar, daß die Fabriken nicht von vornherein den vom Verbraucher zu zahlenden Endverkaufspreis auf die Pakete aufbruden, so daß der Willkür der einzelnen Firmen ein weites Spielraum bleibt. Der Verbraucher kann sich gegen Ueberverteilung dadurch schützen, daß er sich der Konsumvereine bei der Deckung des Bedarfs bedient. Die Konsumgenossenschaft Berlin liefert ihren Mitgliedern das Paket Streichhölzer mit 25 Pf. Dem Kleinhändler bleibt vorläufig kein anderer Weg, als unter seinen Großhändler denjenigen ausfindig zu machen, die durch niedrige Bemessung ihres Preises sich auf die neuen Marktverhältnisse bereits eingestellt haben.

Die Golddiskont-Kredite für die Landwirtschaft. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind von dem Golddiskontbank-Zwischenkredit bisher 240 Millionen Mark durch die Realreditinstitute an die Landwirtschaft ausgeteilt worden. Der bewilligte Gesamtkredit macht aber 360 Millionen Mark aus. Er ist den einzelnen Kreditinstituten bereits zugewiesen. Man erwartet, daß die Landwirtschaft die restlichen 120 Millionen Mark in den nächsten Monaten in Anspruch nehmen wird, da bereits genügende Anforderungen bei den einzelnen Banken vorliegen.

Reichsgericht und KPD.

Justizdebatte im Reichstag.

Die gestrige Reichstagsitzung wurde um 2 1/2 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Für den Abg. Paepow (Soz.), der sein Mandat niedergelegt hat, ist der Abg. Biedermann (Soz.) in den Reichstag eingetreten.

An Stelle des Abg. Bell (Z.), der wegen der Ernennung zum Reichsjustizminister sein Amt niedergelegt hat, wird vom Zentrum Abg. Esser (Z.) zum Vizepräsidenten vorgeschlagen.

Die Abgg. Henning (völk.) und Torgler (Komm.) erheben bei dieser Gelegenheit darüber Beschwerde, daß ihre Fraktionen nicht ihrer Stärke entsprechend im Präsidium vertreten seien. Als der kommunistische Redner mittelst, daß seine Fraktion den Abg. Stöcker als Gegenkandidat aufstelle, erhebt sich laute Heiterkeit. Herr Torgler rücht sich dafür durch die geistreiche Bemerkung: Dieses Lachen beweist die unglaubliche Borniertheit und Blödsinnigkeit des Parlaments. Er erhält dafür einen Ordnungsruf. Der Redner erzielt einen neuen Heiterkeitserfolg, als er behauptet, der Abg. Esser leide in „Kommunistenpsychole“.

Die namentliche Abstimmung ergibt mit 321 gegen 24 Stimmen bei 27 Enthaltungen die Wahl des Abg. Esser zum Vizepräsidenten. 4 Stimmen sind unglücklich.

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, daß vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik schwebende Verfahren gegen den Abg. Stöcker und fünf andere kommunistische Abgeordnete für die Dauer der Sitzungsperiode einzustellen, wird vom

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) begründet. Der Reichstag habe sich stets seiner Mitgliedschaft angenommen, wenn sie aus politischen Gründen verfolgt worden seien. Das müsse auch in diesem Falle geschehen, zumal sich der Staatsgerichtshof unter der Führung des Reichsgerichtsrats Redner grober Willkürakte schuldig gemacht habe. Neuerdings habe man dort sogar

den kommunistischen Rechtsanwalt Obach von der Verteidigung ausgeschlossen.

weil er verdächtig sei, einen Zeugen beeinträchtigen zu können. Auf reichhaltiges Material gestützt, glaubt der Redner nachweisen zu können, daß der unter Leitung des Herrn Redner stehende Strafsenat des Reichsgerichts voreingenommen gegen kommunistische Angeklagte handle und damit das Recht beuge.

Reichsjustizminister Dr. Bell erklärt, daß er auf die Einzelheiten des von dem Abg. Rosenberg vorgelegten Materials bei der Beratung des Reichsjustizrats eingehen werde. Er erinnert an den Beschluß des Haushaltsausschusses, dem sich die Mehrheit des Reichstags angeschlossen habe, wonach die Immunität der sechs Abgeordneten aufzuheben sei. Es liege heute kein Anlaß vor, diese Stellungnahme zu ändern. Der Reichstag habe keine Untersuchungen anzustellen, sondern nur zu prüfen, ob begründeter Anlaß gegeben sei, die Immunität aufzuheben. Der Minister weist entrüstet den Vorwurf des kommunistischen Redners zurück, daß der Strafsenat unter Herrn Redner bewußt das Recht beuge. Für ihn sei es selbstverständlich, daß ein kommunistischer Abgeordneter mit derselben Gerechtigkeit behandelt werde wie jeder andere Angeklagte. Er müsse mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurückweisen, als ob von deutschen Gerichten und insbesondere vom Reichsgericht das Recht gebeugt werde. (Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Dittmann (Soz.)

bedauert diese Stellungnahme des Ministers, da der kommunistische Redner doch nicht nur allgemeine Ausführungen gemacht, sondern seine Vorwürfe mit genauem Material belegt habe. Demgegenüber könne doch nicht von einer Unparteilichkeit des Reichsgerichts gesprochen werden. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Darlegungen des kommunistischen Redners, die auf Dokumente gestützt sind, im Geschäftsordnungsausschuß sehr sorgfältig nachgeprüft werden müssen. Die sozialdemokratische Fraktion hat schon wiederholt bei früheren Gelegenheiten schwere Bedenken gegenüber der angeblichen Unparteilichkeit der deutschen Justiz geäußert. Am 22. November 1924 hat sich der völkische Abgeordnete Graefe gerührt, vor der Front der Faschisten in München marschiert zu sein. Ist gegen ihn Anklage erhoben worden oder etwa gegen Herrn Lubendorf, der dasselbe wie Herr Graefe getan hat? Dieses Wesen mit zweierlei Maß in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß gegen Kommunisten alle Feinheiten der Justiz angewendet werden, während man nach rechts die Gesehe unangewendet läßt. Der Reichstag darf nicht dazu beitragen, diesen Eindruck zu verschärfen.

Wenn der Reichstag für eine unparteiliche Justiz sorgen will, dann darf er seine Hand nicht dazu bieten, die sechs Abgeordneten unter Umständen auszuliefern.

Die sind von uns schon genügend gekennzeichnet worden. Uns kann niemand unterstellen, daß wir aus politischer Vorliebe für Herrn Stöcker und Genossen diese Stellung einnehmen. Denn niemand wird stärker politisch und persönlich von diesen Herren bekämpft als wir. Aber wir lehnen es ab, an der Auslieferung dieser Abgeordneten an die Justiz teilzunehmen. Wir werden im Ausschuß gewissenhaft prüfen, ob die Voraussetzungen vorliegen, daß die Auslieferung stattfinden kann. Ich appelliere auch an die anderen Parteien, die hier vorgetragene Gründe zu prüfen und sich nicht mit allgemeinen abweisenden Bemerkungen zu begnügen. Es geht hier darum, ob in Deutschland überhaupt noch eine objektive Justiz möglich ist oder nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird hierauf dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Gegen 4 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Erwerbslosenfürsorge; Rest der heutigen Tagesordnung.

Elendsquartiere als Seuchenherd

Abchluß der Typhusdebatte im Landtag.

Am Donnerstag wurde im Landtag zunächst ein Antrag der Rechtsparteien, die Gerichtsgebühren für große Streitobjekte herabzusetzen, von der Tagesordnung abgelegt und zurückgestellt, da die Sozialdemokraten und Kommunisten das Wort zur sachlichen Besprechung verlangten. Das Haus lehnte dann die Einsprüche kommunistischer Abgeordneter gegen ihren Ausschluß und erteilte Ordnungsrufe ab.

In der nun folgenden Fortsetzung der Aussprache über die Anträge der Parteien zur Typhusepidemie in Hannover wurde die Stadtverwaltung in Hannover besonders von den Abgg. Brand (Z.) und Bartel (Dem.) angegriffen. Beide Redner vertraten den Standpunkt, daß die Stadtverwaltung die Epidemie von Anfang an viel zu leicht genommen habe. An der Erregung der Bevölkerung und den sensationellen Gerüchten im Lande habe der Oberbürgermeister Menge, der dem Ordnungsbüro angehört, selbst schuld, da er es an rechtzeitigem Aufklärung fehlen ließ.

Dem völksparteilichen Abgeordneten Dr. Boed und seinem hannoverschen Kollegen Presse (D.Hannov. P.) aber blieb es vorbehalten, die Stadtverwaltung Hannover gegen die Regierung in Schutz zu nehmen. Besonders Abg. Presse glaubte dem Oberbürgermeister ein glänzendes Zeugnis ausstellen zu müssen. Die Stadtverwaltung habe alles zur Bekämpfung der Seuche getan. Die Regierung habe für die Behauptung, daß der Seuchenherd in dem rückständigen Rißinger Wasserwerk liege, den Beweis nicht führen können. Das Werk sei bis zum Ausbruch der Epidemie durchaus einwandfrei gewesen. Interessant war das Eingeständnis, daß

Die elenden Wohnquartiere der proletarischen Bevölkerung

von Hannover der Seuche zu der gewaltigen Ausbreitung verhalfen. Schon vor 20 Jahren hätten sich die Stadtdiener hannovers bei Befichtigung dieser Elendsquartiere vor Ansetzung durch das Lieberziehen von Handshuben schützen müssen, die sie nachher fortgeworfen haben. Von sozialdemokratischer Seite mußte Herr Presse den Jurist einreden, daß dieses Bekenntnis eine juristische Selbstanklage jener bürgerlichen Kreise sei, die seitdem nichts getan haben, um die Wohnungsnot in Hannover zu beseitigen.

Ministerialdirektor Krohne trat in längeren Ausführungen den Angriffen Presses entgegen und führte schlüssig den Beweis, daß das Rißinger Wasserwerk hygienisch zweckmäßig sei. Die Ursache, daß das Rißinger Wasser seit geraumer Zeit geschlort werde, weise schon von selbst darauf hin, daß man auch in Hannover das Wasser nicht für einwandfrei angesehen habe. Auf eine Bemerkung in der Rede des Abg. Hartkeib (Soz.) erklärt der Ministerialdirektor ausdrücklich,

daß die Arbeiterfamilien in Hannover hohes Lob verdienen. Sie hätten sich in musterwürdiger Weise selbstlos bei Bekämpfung der Epidemie zur Verfügung gestellt.

Nach einer Rede des völkischen Abg. v. Brehmer, der bedauerte, daß zu spät eingegriffen sei und die Hilfsmassnahmen am Anfang der Seuche sehr mangelhaft gewesen seien, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Anträge der Parteien dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Danach vertagte sich das Haus auf Freitag, den 5. November, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Ausschreitungen der Wehrverbände.

Geschäftliche Mitteilungen.

Zwei Aligen mit einer Klappe! Man nehme 30 W. in die Hand und kausse sich eine große Packung Kaffeebohnen. Wenn man die Tube dem Kaffee entnimmt, wird man auch die nette Beigabe, eine große Querschnitts-Kanone, angenehm überrascht. Und wenn es auch nur ein kleines Büchlein ist, es läßt sich doch lesen wenn man (kennst!) Aber auch die Kaffeebohnen-Kanone ist ein kleines Büchlein mit einer Klappe! Denn nun wird die ganz ausgezeichnete Kaffeebohnen-Kanone um so lieber gekauft und das nichtobst Querschnitts-Kanone mit all seinen Vorzügen beim Publikum bekannt und beliebt. Eine gute Einführungsoffizier!

Kaffee Karl Bogensch, der am Mittwoch mit einem an Reueiten teilnehmenden und ausserordentlichem Kaffeeprogramm sein letztes Geschäft im Kaffee-Geschäft eröffnet hat, gibt Sonnabend und Sonntag je zwei Vorstellungen, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr. In den Radmitssovorstellungen, die bei dem Abendprogramm enthalten, spielen Kinder unter 14 Jahren auf allen Plätzen halbe Preise.

Wenn Sie der Magen schmerzt, versuchen Sie dies!

Wenn Sie an Dispepsie, schlechter Verdauung, Schmerzen nach der Mahlzeit, Sodbrennen oder irgendwelchen anderen, von Säure oder Gärung der Speisen herrührenden Magenbeschwerden leiden, so geben Sie zum Apotheker und kaufen Sie eine Flasche reine Biserite Magnesia. Wenn Sie dann wieder Nahrung zu sich nehmen oder Magenbeschwerden verspüren, nehmen Sie einen halben Teelöffel voll von diesem Mittel in ein wenig warmen Wassers ein und beobachten Sie, wie schnell alle Schmerzen und Beschwerden verschwinden. Chemiker erklären, daß der fast unaussprechliche Erfolg dieses Mittels dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die überschüssige Säure durch Biserite Magnesia sofort unschädlich gemacht und die Gärung der Nahrung augenblicklich gehemmt und auf diese Weise eine gesunde, natürliche Verdauung gefördert wird. Da dieses einfache Mittel unbedingt unschädlich und zugleich billig ist, sollte es von allen, welche Sparsamkeit mit der Erhaltung guter Gesundheit zu verbinden wünschen, vorrätig gehalten werden.

Wichtig! Biserite Magnesia wird in drei verschiedenen Verpackungsgrößen geliefert: in Pulver- und Tablettenform zu M. 1.50 das Fläschchen und in größeren Flaschen mit Pulver zu M. 3.00 die Flasche.



Neue Mischung

Neue Packung

Warum Weil

bringen wir unsere altbekannte **OBERST** in neuer Mischung und Packung?

wir, angespornt durch die außerordentlichen Erfolge, die sich unsere „ASTOR-HAUS“ (64) durch ihre ungewöhnlich milde Qualität errungen hat, auch in der 5-4 Preislage etwas Außergewöhnliches schaffen wollten. Die Fabrik der Ernte 1925 ermöglicht es uns, eine **leichteste, milde, gehaltvolle** Cigarette zu bringen.

Zum Unterschied erscheint die **neue OBERST 5s** in neuem Kleid.

Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik A.G.

Billige Lebensmittel

Theaterkarten

-Verkauf für Theater und Varietés
Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Kurfürstendamm 23

Mengenabgabe vorbehalten

Wurstwaren

Süzwurst	Pfund 1,00	Hildeshemer	Pfund 1,25
Polnische	Pfund 1,10	Mettwurst a. Dr. Art. Pfund	1,35
Landleberwurst	Pfund 1,10	Speck fetter, ausländ. Pfund	1,20
Jagdwurst	Pfund 1,20	Salami u. Zervelat Pfund	1,65
Knoblauchwurst	Pfund 1,20	Schinkenspeck	Pfund 1,90

Gemüse- und Fisch-Konserven

Prinzessbohnen	1/2 Dose 98 Pf.	Reineclauden	1/2 Dose 1,25
Junge Erbsen sehr zeta	1,60	Stachelbeeren	80 Pf.
Junge Erbsen mittel	95 Pf.	Pflaumen mit Stein	68 Pf.
Junge Erbsen	65 Pf.	Pflaumen ohne Stein	85 Pf.
Mirabellen	1,25	Birnen halbe Früchte	70 Pf.
Portug. Gaisard, D. ca. 1/2 Liter	2,20	Bratheringe 4-Ltr.-Dose	1,80

Frisch gebrannter Kaffee 2,40
aus eigener Rösterei

Fische

Schollen	Pfund 15 Pf.	Schellfische	Pfund 30 Pf.
Grüne Heringe	Pfund 24 Pf.	Rotbars	Pfund 24 Pf.

Räucherwaren

Fettbücklinge	Pfund 45 Pf.	Rotbars	Pfund 55 Pf.
Sprotten kleine Käse	55 Pf.	Schellfisch	Pfund 45 Pf.

Käse

Camembert vollf. Sekt. 30 Pf.	Margarin	Pfund 55 Pf.
Romatour	Rinderfett 1-Pfd.-Paket	60 Pf.
Käse n. Harz Art Pfund	Rohschmalz	Pfund 82 Pf.
Dänischer Gouda Pfund	Molk.-Butter 1/2-Pfd.-St.	88 Pf.
Holländer	Teebutter 1/2-Pfd.-St.	95 Pf.
Tilsiter vollfett	Edamer vollfett	Pfund 98 Pf.
Dän. Schmelzer Pfund		1,10

Fettwaren

Kolonialwaren

Gebrannte Gerste Pfund	22 Pf.
Weisse Bohnen Pfund	18 Pf.
Linzen	Pfund 20 Pf.
Tafelreis	Pfund 23 Pf.
Haferflocken	Pfund 24 Pf.
Weizengriess	Pfund 28 Pf.
Schnittnudeln	Pfund 30 Pf.
Bosn. Pflaumen Pfund	30 Pf.

Fleisch

Pa. Kalbsschnitzel o. Ka. Pfund	2,20	Schweine-Schulterbl. u. Bauch Pfund	1,14
Pa. Kalbsgulasch	Pfund 1,30	Pa. Kassler	Pfund 1,20
Pa. Ochsenfleisch o. K. Pfund	1,16	Elbseln gepökelt, mit Spitzballe Pfund	72 Pf.
Pa. Ochsenrouladen	Pfund 1,26	Kalbskamm	Pfund 76 Pf.
Pa. Suppenfleisch	Pfund 74 Pf.	Keulen 1/2 Pfund schwarz u. Blätter Pfund	92 Pf.
Pa. Fehrlippe u. Brust	Pfund 84 Pf.	Hammel-Verderf. 76, -Rücken Pfund	88 Pf.
Prima Schweinekamm Pfund	1,20	Hammelkeulen	Pfund 98 Pf.
Pa. Schweinekotelett Pfund	1,28	Prima ausgef. Taig Pfund	60 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Ochsenfleisch	Pfund 54 Pf.	Pa. Ochsenfleisch o. Kn. Pfund	74 Pf.
Pa. Ochsenkamm	Pfund 60 Pf.	Pa. Gehacktes	Pfund 74 Pf.
Pa. Ochsenroastbeef	Pfund 78 Pf.	Pa. Schweineköpfe	Pfund 56 Pf.
Pa. Ochsenfleisch, Tafelart Pfund	88 Pf.	Pa. Rücken Fett	Pfund 90 Pf.

Gänsestückenfleisch

Frisch geschl. Gänse	Pfund von 1,00 an
----------------------------	-------------------

Gemüse und Obst

Weisskohl	Pfund 5 Pf.	Möhren gewaschen Pfund	5 Pf.
Wirsingkohl	Pfund 5 Pf.	Grosser Sellerie Pfund	14 Pf.
Rotkohl	Pfund 5 Pf.	Kochbirnen grosse Pfund	9 Pf.
Märkische Rübchen	Pfund 14 Pf.	Kochäpfel	Pfund 14 Pf.
Dauerzwiebeln	Pfund 15 Pf.	Rote Äpfel grosse Pfund	15 Pf.

Obst-Konfitüren

Ananas	1,60	Johannisbeer	1,15
Erdbeer, Himbeer, Kirsche	1,35	Pflaumen-Orange	1,06
Pflaumenmus	90 Pf.		

In unserer Konfitürenabteilung:

Frühstück-Schokolade	100-g-Tafel 20 Pf.
Vollmilch-Schokolade	100-g-Tafel 35 Pf., 3 Tafeln 1,00
Vollmilch-Nuss hochwert. Qual. 100-g-Tafel	35 Pf., 3 Tafeln 1,00

Weine und Spirituosen vom Fass

Besonders billige

Borsdorfer Apfelwein „Spezial“	Liter 80 Pf., 10 Liter 4,50
Roter Johannisbeerwein, ein. hervorrag. Qual. Ltr.	90 Pf., 3 Ltr. 4,25
Vorzüglicher Rotwein, guter Tischwein	Liter 1,25, 3 Liter 4,00
Doutaicher Weisbrand	Ltr. 4,50, 3 Ltr. 13,00
1822er Beckenheimer Sonnberg	1/2 Flasche 1,10, 10 Fl. 10,00
1825er Bismarcker Farnberg	1/2 Flasche 1,20, 10 Fl. 11,00
1827er Königsbacher Mühlew	1/2 Flasche 1,30, 10 Fl. 12,00
Vorzüglicher alter Malaga	1/2 Flasche 1,60, 10 Fl. 16,00
„Older“, ein. Apfelwein, velle, schwere Qual. 1/2 Fl.	85 Pf., 10 Fl. 8,50

Preise einschl. Getränkesteuer ohne Flasche

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, Vaters und unseres Großvaters, des Bauarbeiters

Wilhelm Noack

legen wir auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Otto Wille (Bauarbeiter) und Rudi Schick (Bauarbeiter) unseren innigsten Dank.

Emma Noack
Elise Maier geb. Noack als Tochter und Enkelkinder.
Berlin, Gieselerstraße 8/9.

Paul Moeser

legen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Hermann Moeser
nebst Frau und Großmutter.

Winter-Stiefel

zuverlässig, unverwundlich nur bei

H. Bähr

Berlin, Spittelmarkt 7, vor der Brücke

Stern-Engel-Tee

Giftfrei, D.R. Patent, ges. gesch. Bewährtes Harnsäurezerstörungs- und Ausscheidemittel.

Aerztlich erprobt und empfohlen! Auf die der Krankheit entsprechende Mischung wird besonders aufmerksam gemacht.

Zu haben in den meisten Apotheken. Direkte Bezugsquellenangabe u. Beweismaterial durch Sternengel-Tee-Großvertrieb, Bad Schandau/Elbe.



ÖFEN

Gegen 12 Monatsraten

Raddatz

Berlin, Leipziger Str. 122-123



Dresdener Käsekuchen Eierschecke Mohnkuchen, Torten, Eisspeisen

Der gehaltvollste Kuchen Berlins nur:

Dresdener Butter-Bäckerei, Konditorei und Café Richard Richter

Berlin SW, Zimmerstraße 84 Zentrum 1365. an der Friedrichstraße.

Metalbetten

Stahlmatten, Kinderbetten gleiches Preis. Kat. 630 ir. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Holzhäuser

fertigt seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57 Wochenendhäuser - Prospekte gratis! Wald- u. Wasserparsellen - Nachweis.

50 25 50 25 50 25 50 25 50 25 50 25 50 25 50 25 50 25 50 25

Kleinverkauf an Wiederverkäufer

GROSSER 25 PFENNIG UND 50 PFENNIG BECKKAUF

Benutzen Sie zum Einkauf die Vormittagsstunden!

nur einige Beispiele

Verlangen Sie beim Einkauf Sammelbuch!

Mengenabgabe vorbehalten

Perlmutterknöpfe 3 Dutz. 25 Pf.	1 Kinderbecher Porzellan 25 Pf.	1 Fleischbrett mit Kleyfer 50 Pf.	1 Besteckkasten 2teilig 50 Pf.	Küchenhandtuch mit Karle 50 Pf.
Taschentücher f. Damen u. Hobls. 2 St. 25 Pf.	1 Kompottschale Porzellan 25 Pf.	1 Emaille-Schmortopf 14 cm 50 Pf.	1 Tablett verziert 50 Pf.	Renforcé 80 cm br. feinfad. Qualität für Kleider 50 Pf.
Sockenhalter für Herren Paar 25 Pf.	1 Porzell.-Zuckerdose weiß 25 Pf.	1 Alumin.-Schmortopf 14 cm 50 Pf.	1 Petroleum-Nachtlampe 50 Pf.	Pflanzendaunen voll. 50 Pf.
Mako-Senkel 100 cm lang 2 Paar 25 Pf.	1 Porz.-Milchtopf weiß u. Ltbl. 25 Pf.	1 Alumin.-Kasserolle 14cm 50 Pf.	1 Glühstrumpf für Herren od. Stahlfuß 50 Pf.	Etamin 100 cm breit, gute Qualität 50 Pf.
Wäscheträger K. Seide mod. Park. 1 Paar 25 Pf.	1 Pa. Porz.-Tassen 25 Pf.	1 Porzell.-Edelteller 25 Pf.	1 Postkarten-Album für 50 Karten 50 Pf.	Wandschoner-Waschtuch, mod. Muster 50 Pf.
Nachttischdecke f. Schlafz. 25 Pf.	1 Pa. Porz.-Moccatassen 25 Pf.	3 Porzellan-Teller weiß 50 Pf.	1 Besuchstasche verschied. Ausfüh. 50 Pf.	Taschentücher für Damen mit farbiger Karle 50 Pf.
Handarbeiten verrech. mod. Aussidk. 25 Pf.	1 Preßgl.-Compottschüs. 25 Pf.	1 Porzellan-Teekann. weiß 50 Pf.	1 Klopfschüssel mit Silber-Auflage od. 1 Spange 50 Pf.	Flausch-Mützen 25 Pf.
Hemdenpasser Maschinentyp. 25 Pf.	1 Preßgl.-Seifenschale 25 Pf.	1 Preßgl.-Butterdose 50 Pf.	1 Bubikamm m. Silber-Aufl. 50 Pf.	Unterhemden f. Damen mit 2. Damen, mit 2. Damen, mit 2. Damen 50 Pf.
Klappspitze und Kinnst. 25 Pf.	1 Steing.-Compottschale 25 Pf.	1 Preßgl.-Kompottsch. 50 Pf.	1 Kamm u. 1 Spiegel, farb. sortiert 50 Pf.	Damenstrümpfe englisch lag. Doppelschleife, hochfest. Paar 50 Pf.
Tablettdecken Waschtuch, 2 St. 25 Pf.	2 Steing.-Kaffeebech. w. 25 Pf.	6 Preßgl.-Kompotteller 50 Pf.	1 P. Manschettenknöpfe 50 Pf.	Herren-Socken grau und farbig 50 Pf.
Leitungsschoner Waschtuch, 1 St. 25 Pf.	5 Steing.-Milchbech. w. 25 Pf.	3 Tee-, Bier- od. Wasserb. 50 Pf.	1 weißer Stielkamm 50 Pf.	Herren-Kragen moderne Form 50 Pf.
Wachstuch-Stuhlsitz 25 Pf.	1 Gasanzünder m. 3 Erstin-Schraubst. 25 Pf.	3 Steingut-Edelteller 50 Pf.	1 Taschenkamm m. Led.-Zt. 50 Pf.	Herrenhosenträger Gummi 50 Pf.
1 Kaffee- od. Teesieb 25 Pf.	1 Mappe Briefpapier 25 Pf.	1 Weißblech-Durchschl. 50 Pf.	1 Kart. Lawendelseife 50 Pf.	Herren-Kragenschoner 50 Pf.
1 Bouillionsieb 25 Pf.	1 Schreib-Unterlage 25 Pf.	1 Weißblech-Küchenschonform, 20-30 cm. 50 Pf.	1 Karton Lanolinseife 50 Pf.	Schüler-Mützen 50 Pf.
3 Dessertlöffel Aluminium 25 Pf.	1 Rolle Butterbrotpap. 25 Pf.	1 Tee- u. Kakaobüchse 50 Pf.	3 Pakete Schmitzpulver und 1 Regel Sette 50 Pf.	Selbstbinder offene Form 50 Pf.
1 Pfannenbürste w. od. Faser 25 Pf.	3 Rollen Toilettenpapier 25 Pf.	3 Edlöffel verziert 50 Pf.	Gesellschaftsspiel 50 Pf.	Kragen mit Wildleder mit Goldpaßel 50 Pf.
1 Nudelrolle od. 1 Fleischkl. 25 Pf.	1 Taschenbügel klein. Form. 25 Pf.	1 Pr. Alumin.-Edestecke 50 Pf.	Werkzeugkasten 50 Pf.	Damen-Handschuhe Paar 50 Pf.
1 Maschinentopf 25 Pf.	1 Taschen- u. 1 Stab- oder 1 Friseurkamm 25 Pf.	1 großer Handfeger 50 Pf.	Bilderbaukasten 50 Pf.	Baby-Gummischlüpfer 50 Pf.
1 Schüssel Emaille, hoch 16 od. 18 cm, weiß 25 Pf.	1 Garn. Kamm u. Spiegel 25 Pf.	1 Kleider- od. 1 Kopfbürste 50 Pf.	Sportflanelle für Herren u. Damen 50 Pf.	Kunstseidenband 50 Pf.
1 Emaille-Seifenhalt. weiß 25 Pf.	1 Spange mit Silberaufl. 25 Pf.	1 Herr.-Kleiderbügel 50 Pf.	Waschmusseline 50 Pf.	Taffettband 50 Pf.
1 Porzellanteller 25 Pf.	1 Herr.-Uhrkette verziert 25 Pf.	1 Steing.-Butterdose 50 Pf.	Frottiertuch 50 Pf.	Hemdenpasser 50 Pf.
1 Kompotteller Porzellan, 15 cm hoch 25 Pf.	1 P. mod. Ohrringe 25 Pf.	1 Porzell.- od. Marm.-Ascher 50 Pf.	Stubenhandtuch Halvlein. 50 Pf.	Mittendecken vierck. oval. 50 Pf.

Stein

Berlin N, Chausseestr. 70-71

1 Kasserolle Emaille 25 Pf.	1 Alum.-Becher 25 Pf.	2 Edelt. Steingut 25 Pf.	1 Etuis für Schuler gefüllt 25 Pf.	3 Spang. für Düb. kapf 25 Pf.	Kernseife 25 Pf.	Blumenseife 25 Pf.	1 Seifendose 25 Pf.	1 Scheuertuch 25 Pf.	2 Arabiastücher 25 Pf.
Ansteckblumen 25 Pf.	Nähseide 4 Rollen 25 Pf.	1 Schneeschläg. 25 Pf.	1 Kohlschlauf. 25 Pf.	1 Kaffeelöff. Alu. 25 Pf.	1 Schrubb. Leder 25 Pf.	1 Kiosett-Papier 25 Pf.	1 Spiegel 25 Pf.	1 Edlöffel ver. 25 Pf.	Strickjäckchen 25 Pf.
1 Ring, Kernaide 50 Pf.	3 Wischtücher 50 Pf.	Zinkarbeitsbeutel 50 Pf.	Maschinengarn 50 Pf.	Kissen weiß u. grau 50 Pf.	Apachenmal 50 Pf.	Crêpe de Chine-Krag. 50 Pf.	1 Tablett 50 Pf.	1 Garderobentisch 50 Pf.	Kinder-Schlüpf. 50 Pf.
1 Badergewitter 50 Pf.	1 Brunnengewippe 50 Pf.	1 Casselle 50 Pf.	1 Leder-Tresor 50 Pf.	1 EMKell. Alu. 50 Pf.	1 Saubertuch 50 Pf.	3 Frühstücksblätter 50 Pf.	1 Eierschneider 50 Pf.	1 Kokosbesen 50 Pf.	Sportarrivour 50 Pf.

Das Todesurteil im Attentatsprozeß.

L. R. Hildesheim, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Behauptung, daß die milde Atmosphäre dieses Gerichtssaales nicht über die Möglichkeit eines Todesurteils hinwegtäuschen dürfe, hat sich bewahrheitet.

In der Urteilsbegründung kein Wort des Mitleids! Dafür aber der harte und zweifelswürdige Anspruch, daß ein Millionenwolf, der leben will, denjenigen, der sich ihm entgegenstellt, durch den Tod beseitigen muß.

Die Anwendungsmöglichkeit des § 211, der den Mord mit Todesstrafe „ahndet“, hätte in diesem Falle mehr als zweifelhaft erscheinen müssen.

Aus der Verhandlung ist noch nachzutragen: Nach dem Vortrage des Staatsanwalts ergriffen die Verteidiger das Wort. Rechtsanwalt Dr. Bleidorn, der Verteidiger Otto Schlieffinger, führte in seinem Vortrage aus, daß nach der Beweisaufnahme, die allein in Frage komme, nicht von Vorfälschung und Mord gesprochen werden könne.

Die Urteilsbegründung. Vor der Urteilsverkündung, die auf 6 Uhr angesetzt war, hatte sich auf dem Domhof, an dem sich das Gerichtsgebäude in dem fürstlich-schlosslichen Palais befindet, eine große Menschenmenge, etwa 200 Personen, eingefunden.

Der Vorsitzende fragte sodann die drei Angeklagten, ob sie sich mit dem Urteil zufriedengeben oder Rechtsmittel einlegen würden. Sie hätten dazu eine Woche Zeit und könnten es sich überlegen.



Die Abendveranstaltung interessiert durch die Regenerlieder, die Edna Thomas sang, verständnisvoll am Flügel begleitet von Dore Seeger. Die eigenartige und reizvolle Melodie dieser Gesänge und Straßensprüche der Regenerkäufer, losgelöst von dem heute fast unvermeidlichen Jazzorchester, zeigten sich an einer Reihe von gut gewählten Beispielen.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 5. November. Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4 Uhr nachm.: Fragenfragen und Fragensorgen (Dorothea Goebeler: „Wenn unsere Töchter ausgehen wollen“).

Königswusterhausen, Freitag, den 5. November. 12-12.30 Uhr nachm.: B. K. Graf: Sprechtechnik für Schüler. 2.30-3 Uhr nachm.: Dr. Olga Stieglitz: Allgemeine Bildung, Begriff und Bedeutung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

2. Kreis Kiegoten. Sonnabend, 6. November, 8 Uhr, erweitertes Kreisvorstandsbüro bei Krüger, Bücherei 18. Erscheinen unbedingt notwendig.

Heute, Freitag, 5. November: 22. Die 28. Kd. Sitzung Ratlicher Elternbeiräte 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Fruchth. 35. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Morgen, Sonnabend, 6. November: 4. Kd. 7 1/2 Uhr nächtliche Funktionärsturne bei Schwarz, Meinersfelder Str. 10.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 5. November: Gruppe Eichen: 8 Uhr Gruppenabend. Beginn der Arbeitgemeinschaft: „Sozialistische Erziehung“ im Jugendheim Eichenstr. 3.

Sterbetafel der Groß-Berliner Parteiorganisation: 118. Kd. Wilmersberg. Unser langjähriger Parteigenosse und Funktionär Franz Baber, Kreisrat 2. B. am Mittwoch nach längerem schweren Leiden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Zur Revolutionsfeier am Sonntag, 14. November, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus am Alten zum Preis von 50 Pf. pro Sitz im Jugendbureau zu haben.

Heute, Freitag, 5. November, abends 7 1/2 Uhr: Wand- und Spieltheater. Erster Abend in der Schule Rodstr. 18. Thema: „Die Hölle bei Unglücksfällen“.

Abteilungsmitgliederversammlungen: Weiskopf: Jugendheim Rodstr. 18. - Grottel: Jugendheim Grottelstr. 4. - Charlottenburger Jugendheim Köpenicker 4. - Charlottenburger-Kord: Jugendheim Köpenicker 4. - Kaiserstr.: Schule Joachim-Friedrich-Str. 25/26.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin 414, Seckelstr. 57/58, Hof 2 Et. Kreisabteilung: Ermordete Kameraden (nicht unter 25 Jahren), welche ermittelt sind, dem Kampfbüro beizutreten, werden gebeten, sich umgehend bei ihren Abteilungsleitern zu melden.

Advertisement for 'Besserer Qualität' cigars. Features a woman's face and the text 'aber zum gleichen Preise wie jede andere 53 Cigarette können Sie auch die nach ägyptischer Art hergestellte Nestor-Flor-And kaufen.' Includes the slogan 'SIE ERHALTEN FÜR IHR GELD DEN BESTEN GEGENWERT' and 'FRANKFURT 24'.

Feuerwerk.

Von Max Barthel.

Der Abend war gekommen und brachte die Verzauberung der Nacht, jene geheimnisvolle Unruhe, die das Blut aufwühlt und fruchtbar macht. Ueber der trockenen Haut des Tages erhob sich das zweite Dasein: die Steigerung und Vielfältigkeit aller Sinne, die Bereitschaft zum Leben und die leichte Schwärmerel nach der Ewigkeit hin, die sich in den Spielen zwischen Mann und Frau magisch auswirkt.

Es war im Herbst, und der weiße Septembermond stand ganz kühl und klar über dem dunstigen Feuer Berlins. Vom Norden der Stadt aus streiften zwei Menschen nach dem Westen. Mit der rührenden Feierlichkeit der Verliebten hatten sie ihre schönsten Kleider angelegt. Karl, so hieß der junge Mann, trug im Knopfloch eine weiße Dahlie. Agnes vertauschte den Staub drückender Fabrikarbeit mit dem bleichen Puder einer jungen Dame. Vielleicht war es auch nur der weiße Rand und das leichte Frösteln herbstlicher Schwermut, das die zwei Menschen zusammenbrachte, vielleicht auch nur die atemlose Flucht nach dem Westen. Ja, das war es vielleicht, das ihr Blut purpurner aufschäumen ließ.

Der Kurfürstendamm drauste wie Sinfonie. Die Strohen im Norden waren wie jene steinernen Schluchten, die in den mexikanischen Räuhergeschichten beschrieben werden und die „Tal des Todes“ und „Schlucht der Geier“ heißen. Jene westliche Avenue aber prahlte und glänzte voller Licht und war beinahe so schön anzusehen, wie der Abstieg des flüssigen Eisens aus einem Hochofen. Vielleicht war diese Straße auch eine Schlucht der Geier. Ja, aber diese Geier hatten goldene Flügel. Vielleicht war diese Straße auch nur ein Tal des Todes, aber das Eingangstor hieß Wollust, die breite Lichttrinne hieß Wollust, und die Tür zum Schatten hieß Wollust.

Agnes und Karl sprachen, als sie auf dem Verdeck des Autobus saßen, sehr wenig miteinander. Sie waren keine Kinder mehr, die über strahlende Lichter jauchzten, sie waren auch nicht mehr so jung, um nicht zu wissen, daß beinahe alles Licht aus schwarzer Kohle und aus wilden Strömen gewonnen wird. Ihr Leben war gebühtes Begehren über die Erde. Darum mußten sie wohl, daß die irdische Schönheit in der Tiefe vermurzelt ist. An diesem Septemberabend nun hatten sie ihre Köpfe erhoben. Das viele Licht stand wie zugehörig um sie. Vielleicht sprachen sie deshalb so wenig, wir wissen es nicht, vielleicht dachten sie an verrauschte Begegnungen und Liebchaften, auch das wissen wir nicht, nur das wissen wir, daß sie am Ende der Fahrt sehr fröhlich waren und im Strom vieler Menschen nach dem großen Vergnügungspark schwammen, der sich mit Musik und Flammen aus der Nacht erhob.

Die leuchtende Heiterkeit jenes Parkes wurde durch aufdringliche Reklamen sehr gestört. Kaugummi und Seife, Schokolade und Liköre, Zeitungen und heiße Büfchen verfolgten wie kleine Monde oder Ballons die vielen tausend Menschen. Aber wie man die Sterne am Himmel vergessen kann, also konnte man sich auch über Seife und Kaugummi erheben und gegen das lächerliche Getreisch der großen Vergnügungsmaschine absperrten. Agnes und Karl erhoben sich über Kaugummi und Seife und hörten auch das Rechzen der geschäftlichen Aktionen nicht. Sie gaben sich dem Schwung rasender Tal- und Bergbahnen hin, dem kurzen, beglückten Abstieg einer Rutsche in den See, der blitzschnellen Drehung des Teufelsrades, dem phantastischen Spiegelgarten ungeheurer Berzerrungen und der schönen Illusion eines Fluges durch den Raum auf einem hochgebauten Karussell.

Wie aus einer Honigwabe der Honig quillt, so quellen aus den sichblühenden Terrassen und Dielen die Vieler- und Rhythmen vieler Jahrhunderte, sammelten sich scheinbar nahe am See in jener Kapelle, die in einer kleinen, gewölbten Halle stand und musizierte. Von der Kapelle ging ein Rauschen aus wie von einer bizarren Riesenmuschel aus der Südee, in der man auch alle Meere, Stürme, Windstille, Götter, Teufel und Lebenden singen und musizieren hört.

Vor dem dunklen See standen viele Lampen in bunter Reihe. Ein Hausboot baute eine leuchtende Terrasse in das schwarze Wasser hinaus. Auf jenem Boot, das auch nur eine Illusion war, denn es schwamm niemals nach der Mitte des Sees, nur die hymnischen Schläge und Sprünge des Jazzbands lösten sich vom Ufer, auf jenem Boot saßen also Agnes und Karl eine kleine Stunde, um sich einzufügen in das andere Leben, in das blühende, leichte und beschwingte. Als der Jazz am wütendsten hämmerte, begannen sie von der Liebe zu sprechen.

Am Anfang des Gespräches wehten keine Seufzer. Am Anfang standen die gekreuzten Ringe prüfender Augen, das Wissen vom Anfang und Ende der Liebe und das trumtne Träumen von jener Zeit, die ewig ist und den Tod besiegt, das trumtne Träumen von jener Zeit nämlich, in der die Tage sich verbunkeln und die Nächte strahlend werden, wenn die Liebste kommt.

„Ach,“ sagte Agnes, „kein Wort von ewig. Ich will nur geliebt sein. Vielgeliebt. Immergeliebt.“

„Ich habe dich sehr lieb, Agnes. So lieb, daß ich dich auch heiraten würde,“ antwortete Karl und wußte nicht, daß sie wirklich geheiratet sein wollte und sein Herz nur prüfte.

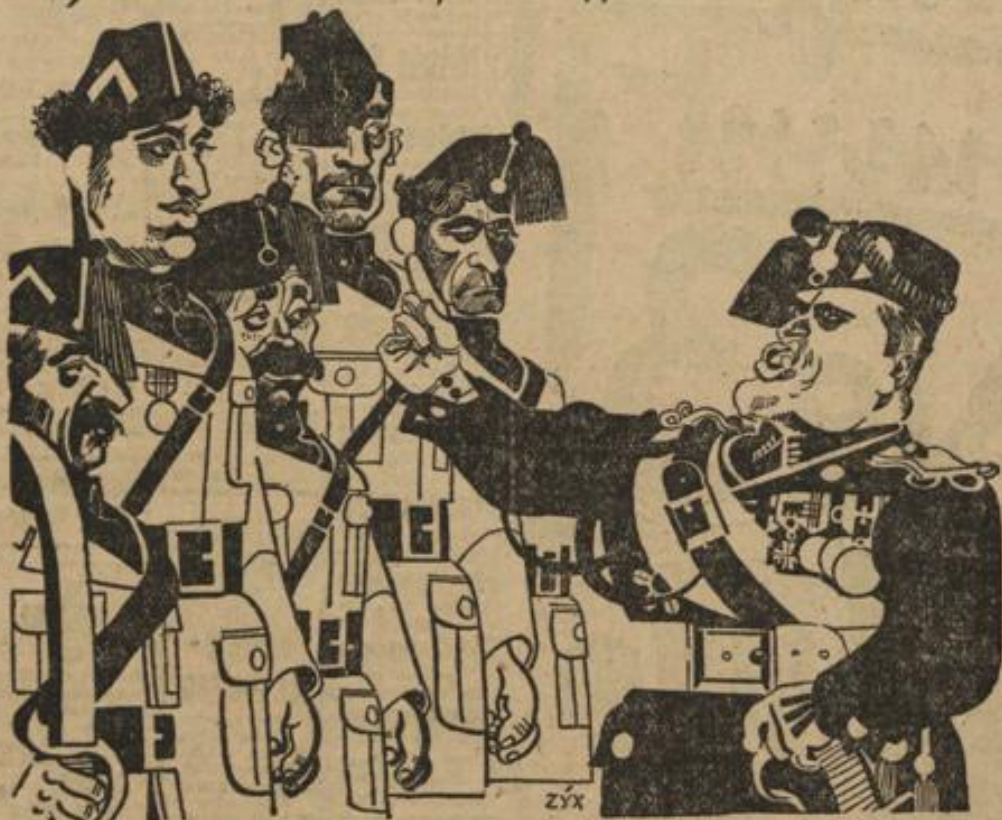
„Also liebst du mich nicht?“ sagte das Mädchen und machte ein kühles Gesicht, wie der bleiche Mond, der hoch über den schwarzen Bäumen geisterhaft stand.

„Aber ich sagte doch: ich liebe dich! Agnes, Agnes, willst du, daß ich dich heirate?“ sagte Karl und hatte alles vergessen: die gekreuzten Ringe prüfender Augen und das Wissen vom bitteren Ende einer Liebe. Nur die Schwärmerel nach der Ewigkeit war in ihm, jenes Rauschgift, das in jeder Nacht ausgefreut wird.

„Nein,“ lachte Agnes. „Ich will nicht. Du sollst wollen.“ Du bist der Mann ... Heirat, Heirat,“ spottete sie weiter und hatte brennende Augen. „Heirat, Heirat ... Heute wird ja nur geheiratet, um wieder auseinander zu laufen. Wenn die süßen Jahre vorbei sind ...“

Karl konnte das Mädchen einige Wochen. Noch nie war sie ihm so begehrenswert erschienen wie heute abend. An eine Heirat hatte er niemals gedacht. Aber jetzt war nur ein einziger Gedanke in ihm: Agnes immer zu haben, jeden Tag und jede Nacht. Natürlich war er der Mann, und Mann sein heißt Erobern und Siegen ... Gab es etwas Schöneres in der Welt als die Vereinigung von Mann und Frau? Was das Zusammenbrausen zweier Blutströme? Diese Gedanken, die aus der Nacht aufstiegen, füllten ihn vollkommen aus. Als Karl die Hand des Mädchens erfaßte und sie im Takt der Tanzmusik presste, als ob es niemals einen Tag gäbe, sondern immer nur eine Nacht, in jenem Augenblick trachten über dem Liebespaar die ersten Raketen auf, zischen nach den Sternen, krähen und zerfielen traurig und schön. (Schluß folgt.)

Wie Attentate auf Mussolini entstehen.



„Also, du schnaldest mit der Zunge — du verursachst daraufhin eine Panik — ihre beide lyncht ein Kind — und die Hege gegen Frankreich besorge ich selber!“

Aus Sturmbewegten Tagen.

Von Adolph Hoffmann.

In „Unterhaltung und Wissen“ vom 19. Oktober wurde ein Artikel mit dem Titel „Anlässe der Berliner Geheimorganisation“ veröffentlicht. Genosse Adolph Hoffmann sendet uns einen Beitrag, in dem die ihm persönlich bekannten Vorgänge durch einen damals aktiv beteiligten Genossen nach einmal aufgefrischt und bekräftigt wurden. Es handelt sich um eine Episode, die fernerzeit im Kreise der Parteigenossen und darüber hinaus in der Öffentlichkeit große Beifallsregung erregte.

Einer von den dreizehn der am 13. Januar 1880 verhafteten, bis 13. April in Untersuchungshaft gehaltenen und an diesem Tage freigesprochenen Genossen namens Hiller erhielt trotz Freispruch sechs Monate später das Ausweisungsbekret.

Das sogenannte Belagerungsgebiet erstreckte sich, wie nicht mehr allgemein bekannt sein dürfte, nicht nur auf den Stadtkreis Berlin, sondern auch auf die Stadtreise Charlottenburg und Potsdam sowie die Kreise Teltow, Nieder-Barnim und Ost-Havelland. Die Praxis der Polizei gegenüber den von der Ausweisung Betroffenen ging dahin, daß vom Augenblick der Behändigung des Ausweisungsbekrets an, das vom Vorsteher des Polizei-Reviers dem Delinquenten ins Haus gebracht und gegen Quittung ausgehändigt wurde, zwei „Beheime“ vor dem Hause des Betroffenen aufgestellt wurden, welche denselben während der in der Regel auf drei Tage bemessenen Frist auf Schritt und Tritt zu überwachen hatten und ganz besonders das Reisegeld des Ausgewiesenen feststellen sollten.

Es ist erklärlich, daß diese Art der Beobachtung und Begleitung allgemein als lästig und unangenehm empfunden wurde, und daher das Bestreben vorherrschte, den Aufpassern auf irgendeine Art ein Schnippchen zu schlagen.

Auch unser Genosse Hiller hatte nicht Lust, seine Begleiter bis auf den zur Abreise in Aussicht genommenen Bahnhof mitzunehmen und sann darauf, wie er eventuell mit List den „Spitzeln“ entkommen könnte. Ein Ausweg war auch bald gefunden.

Sein Schwiegervater hatte im Osten Berlins eine Möbelpolierwerkstatt, in welche kleine Tischlermeister ihre Arbeit brachten, um sie mit dem nötigen Glanz versehen zu lassen. Hier fiel es einem anwesenden Genossen ein, Hiller als Einlage in einem dort stehenden Schrank fortzubringen.

Gefagt, getan. Hiller stieg in den Schrank. Vier kräftige Hände trugen die Last die Treppe hinunter, setzten sie auf den bereitstehenden Handwagen und fort ging es durch eine Reihe von Straßen, bis er bei einem Bekannten wieder ausgeladen wurde. Auf diese Weise war er den Spürhunden aus der Nase gekommen und im wahren Sinne des Wortes „glänzend“ entwischt. Hiller kam unbeachtet zum Bahnhof und der Zug hatte ihn längst in die Weite getragen, als der Doppelposten noch immer in der Küdersdorfer Straße vor dem Hause stand, bis er sich endlich davon überzeugte, daß ihm der „Delinquent“ entwischt war.

Doch der Arm der Polizei reicht weit. Und da sie wußte, daß die meisten Züge, die Ausgewiesene von Berlin wegbrachten, über Leipzig gingen, lag für die Berliner Polizei die Vermutung nahe, daß auch Hiller sich dorthin gewandt habe.

So erschien dann auch in Leipzig prompt drei Tage später in aller Morgenfrühe der damals allgewaltige Polizei-Oberwachmeister Döbler bei Hillers schon vorher ausgewiesenen Freunde Heinrich Boege mit der Andeutung: „Bei Ihnen soll sich ein Herr Hiller aufhalten.“

Da das verneint wurde, erklärte er: „Er ist doch wohl hier, denn wir haben's von Berlin und die wissen besser Bescheid wie wir.“

Nachdem ihm erwidert wurde, daß Hiller wohl hier war und sich sogar zwei Tage aufgehalten habe, oder gestern schon wieder mit unbestimmtem Ziel abgereist sei, überzeugte sich Döbler durch Abfragen der Wohnung von seiner Nichtanwesenheit und ging mit enttäuschter Miene davon.

Hiller wurde aber bald nachher in seiner schlesischen Heimat, wohin er sich gewandt hatte, ermittelt.

Die in diesem Vorgehen der damaligen Nachhaber zum Ausdruck kommende brutale Verfolgungsmode den ins Exil gejagten Familienvätern gegenüber empörte allgemein, ließ sie doch in ihrer Wirkung darauf hinaus, den davon Betroffenen in Deutschland jede Möglichkeit zu nehmen, für sich und ihre Familien an irgendeinem Orte Arbeit oder Existenz zu finden.

Die so Geschickten konnten sich der Kontrolle der Berliner politischen Polizei nirgends entziehen, da sie, wenn sie sich in einem andern Orte niederlassen wollten, als Legitimation nichts weiter in Händen hätten als ihre Ausweisung.

Ein Führungsattest zu erhalten war ausgeschlossen. Auf einen diesbezüglichen Antrag erfolgte die lakonische Antwort: „Wir haben über Ihre persönlichen und sonstigen Verhältnisse der Polizeibehörde in ... Bericht erstattet und nehmen deshalb von der Ausstellung eines Führungsattests Abstand.“

Dadurch waren die schon als „gemeingefährlich“ gekennzeichneten

Opfer der neuen Aufenthaltsbehörde in „empfehlenswerte Erinnerung“ gebracht. So kam es, daß, wenn es einem gelungen war, Arbeit zu finden, recht bald die Polizei an den Arbeitgeber herantrat, um ihn zu veranlassen, den gemeingefährlichen Menschen zu entlassen. In den meisten Fällen hatte dieses Vorgehen auch Erfolg.

Es gab aber auch damals schon Arbeitgeber, die solchen Beeinflussungsversuchen nicht zugänglich waren. Auch unser Genosse Hiller hatte in seiner Heimatstadt einen Arbeitgeber gefunden, der diesen Versuchen widerstand.

Hiller hat dort Jahre lang ungestört als Klavierarbeiter gearbeitet, betrieb dann viele Jahre hindurch ein kleines Kaufmannsgeschäft, in welchem es ihm sogar gelang, einige Ersparnisse zu machen (Hiller ist kinderlos). Er lebt noch heute dort, 75 Jahre alt, mit seiner Frau in erträglichen Verhältnissen.

Zu der in dem Artikel vom 19. Oktober ausgesprochenen Vermutung, die Verhaftung des Zentralkomitees sei auf Spitzelberichte zurückzuführen, sei erwähnt, daß man damals der festen Ansicht war, daß die Genossen Piechmann und Hellwig ihre Begleitung unter Kuhherauslösung der gebotenen Vorsicht von der Potsdamer Straße her bis an das Tagungslokal unbemerkt mitgebracht hatten.

Durch das Nachschleichen der Spitzel und damaligen politischen „Achtgroßenjüngens“ erfolgte manche Polizeiüberrumpelung und Verhaftung, hinter der man dann oft Verärgerung suchte. Mancher ehrlicher Genosse wurde dadurch schuldlos verdächtigt.

Nach kurz vor dem Zusammenbruch 1918, als die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ihre erste Reichskonferenz natürlich geheim in Berlin abhielt, wurde die Verhaftung der ganzen Versammlung dadurch möglich, daß der Genosse Horn-Settlin, weil der den ersten Zug veräumt hatte, unvorsichtigerweise an den einladenden Genossen Bahnhof Alexanderplatz, Warsesaal 11. Klasse, telegraphierte. (Hier sollten die Ankommenenden die nähere Adresse erfahren.)

Die Polizei, die von diesem Telegramm Kenntnis erhielt, erwartete Horn, ließ ihm und dem Usholer nach und man hatte die ganzen „Verbredler“.

Die Ausbeute für die Polizei war ja Null, Null. Aber die geschickten Fälle zeigen, daß bei den vielen Schnippchen, die der so schlauen und berühmten königlich-preussischen Polizei geschlagen wurden, auch einige Episoden sich abspielten, wo, wie eine blinde Henne ein Körnchen findet, die heilige Hermandad auch manchmal ein revolutionäres und staatsgefährliches Nest ausnahm, nicht weil Verrat im Spiele war, sondern weil die Genossen bei aller Vorsicht nicht vorfichtig genug waren.

Wie heißt doch das alte Sprichwort? „Vorsicht ist die Mutter der Weisheit.“ Aber — ihr Vater wird nie genannt, ist also unbekannt. Daraus ergibt sich klipp und klar, daß auch die Vorsicht einmal unvorsichtig war.

Der freundliche Hai. Die allgemeine Anschauung, daß der Hai ein stets hungriges und gieriges Raubtier ist, das den Menschen anfällt, wird von dem bekannten amerikanischen Zoologen und Direktor des New Yorker Zoo, Prof. William Beebe, nicht geteilt. Er hat vielmehr die Erfahrung gemacht, daß die Haiische dem Menschen, der im Bodestium und Taucherhelm auf dem Meeresboden herumspaziert, nicht das geringste tun. In seinem neuen Buch „Das Arcturus-Abenteuer“, das die Ergebnisse seiner ozeanographischen Expedition mit dem Schiff „Arcturus“ bei den Kosos- und Galapagos-Inseln erzählt, schildert er die angenehmen Begegnungen, die er mit Haiischen gehabt hat. „Mehrere Mitglieder unserer Gesellschaft“, schreibt er, „darunter auch Rudy Rose und ich, stiegen in Bodestümen und Taucherhelmen zum Meeresboden herab, um hier die interessante Tierwelt zu studieren. Dabei waren wir beständig vor großen Haiischen umgeben, die über uns und um uns herumschwammen, hie und da einen Fisch erschnappten, uns selbst aber nur mit einer freundlichen Neugierde betrachteten. Zwei kamen einmal langsam auf mich zu. Sie richteten ihr gelbes fadenförmiges Auge auf mich, aber in diesen Blicken war nichts Schlimmes zu lesen, sondern eher ein gewisses Wohlwollen (!) und sie schwammen dann friedlich weiter. Was Tigerhaie angeht, die eine Länge von 30 Fuß erreichen, so möchte ich mich für ihre Gutmütigkeit nicht verbürgen. Wir hatten nur mit mittelgroßen Exemplaren von etwa 6 Fuß zu tun, die uns gegenüber keine bedrohlichen Zeichen erkennen ließen.“

Wolkenkratzer aus Glas. Der New Yorker Architekt William Orr Ludlow veröffentlicht in der amerikanischen Presse einen Aufruf, Wolkenkratzer aus Glas herzustellen. Ludlow rechnet mit der Möglichkeit, ein Glas herzustellen, das auch für Wärme und Kälte undurchlässig ist und meint, daß dann gleichsam das „Thermoprinzip“ auf den Häuserbau angewendet werden könnte: doppelte Glaswände mit einem Vakuum dazwischen. Das Ergebnis würde eine Ersparnis an Heizung im Winter sein, während für den Sommer kühle Wohn- und Arbeitsräume geschaffen würden.

...und jetzt kommt No. 3!

HAUS DER EINHEITSPREISE

Im Erfolg im neuen
Tagebuch: Qualität
wollen immer zu
Preisblowern

25 und 50
100 Komplette und im neuen
3. Umkleekabinen

Grosse Frankfurterstr. 147
am Freitag um
3 Uhr zu eröffnen
Preis Schnitzwerk
über 50

Hadape

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater Opernhaus 4. Platz d. Republ. 12 U.: Mittags-Sinfoniekonzert 8 U.: I. Sinfon.-Konz. Schauspielhaus 8 Uhr: Lulu Schiller-Theater 8 Uhr: Soldaten	Städtische Oper Charlottenburg 7 1/2 Uhr: Rigoletto H. v. Debicka J. Schwarz Aborn-Turnus II	Deutsches Theater Norden 10334-38 8 Uhr: Reichardt v. Gneisenau von Wolfgang Goetz Regie: Heinz Hilpert Stg. (7) nachm. 3 U.: Gesellschaft	Kammerspiele Norden 10334-38 8 1/2 Uhr: Der gefällige Thierry von Tristan Bernard Regie: Eug. Robert	Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8 Uhr: Die Gefangenen Von Bourdet Regie: M. Reinhardt	Gr. Schauspielhaus Täglich 8 1/2 Uhr: Von Mura zu Mura CHARELL- REVUE	Kleines Th. 8 U.: Ketären Gespräche Metropol - Theat. Täglich 8 Uhr: Die große Revue Wieder Metropol	Täglich 8 1/2 Uhr: Volksbühne Theater an Blüppplatz Th. am Schiffbauerdamm 7 1/2 Uhr: Faust Morgen 8 Uhr: Sysistrata	Trianon-Theater Täglich 8 1/2 Uhr: „Dirnentragödie“	Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr Steifner Sänger 1. Solist: Piepers Diele Burleske von Meyel Nachm halbe Preise! Dönhoff-Brett! Variété-Konzert-Tanz	Asthma Bronchialkatarrh, Lungenkatarrh Keuchhusten, Grippe und deren Folgeerscheinung, sofortige Lin- derung u. baldige Dauerheilung im Asthma-Ambulatorium Berlin-Neukölln, Bürknerstr. 17, p. Nähe Kottbuser Damm Schon nach wenigen Tagen un- gestörte Nachtruhe, Medikament- Vernebelung n. neuestem System. Geöffnet von 4-7 Uhr täglich. Streng indiv. fachärztl. Beratung. Aerztl. Sprechst. u. Neuanfrage v. Patienten Dienstag, Donnerstag, Sonnabend v. 6-7. Mäßige Preise!
Resistenz-Theat. Täglich 8 1/2 Uhr: Absteigequartier Heintz Jugendklub verleiht	Thalia-Theater 8 1/2 Uhr: Der Biberpelz Regie: Berth. Viertel Theater des Westens 8: Der Zug nach d. Westen	Komische Oper Der große Opernenerfolg Täglich 8 1/2 Uhr: Adrienne mit Sarah, Wassaly, Wirt, Blass Boettcher, Hell. - Sonntag nachm. 3 U.: „Die Fledermaus“ in erster Besetzung. Vorverkauf stauntenbrochen v. 10 U. an.	CASINO-THEATER 8 Uhr Nur noch wenige Aufführungen Gräfin Tippmamsell Gutschehn 1-4 Pers. Bei Vorzeig. der Annonce Fauteuil 1,00 Mk., Sessel 1,50	Wallner-Theater Tägl. 8 Uhr Sehr guter Erfolg: Hasemanns Töchter	SCALA Nollendorf 2360 8 Uhr: Variété- Neuheiten Täglich 2 Vorstellungen 8 und 8 1/2 Uhr. 3. u. ermäßigt. Preisen d. ganze Programm	Rose-Theater 8 1/2 Uhr: Was ihr wollt	Wagner-Theater Tägl. 8 Uhr Sehr guter Erfolg: Hasemanns Töchter	Winter- Variete Garten Rauchen gestattet	CARL HAGENBECK GASTSPIEL CIRCUS BUSCH NORDEN 10 159 Sonnabend und Sonntags je 2 Vorstellungen Nachmittags bei vol- 3 und lem Programm halbe 8 Uhr Preise für Kinder! KARTEN: Wertheim, Tietz u. ab 10 Uhr vorm. Circuskasse. Sonntags ab 10 Uhr: Marstallbesichtigung Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.	

Beleuchtungskörper
für Wohnungen in allen Stilarten
Spezialbeleuchtungen
für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten
Teilsahlungen können auf Wunsch vereinbart werden

Beleuchtungskörper
G. m. b. H. Berlin NW 6
Besichtigen Sie unsere Ausstellungsräume Luisenstr. 35

+ **Ihr Bruch** **+**
mich immer größer, wenn Sie ein schmerzhaftes und lästiges Federbruchband oder
Bismutband tragen. Durch solche Bänder verkrümmert sich das Rücken und kann
zur Knochenschwäche werden (Es entleert Brusteingemügend, die operiert werden und
und den Tod zur Folge haben kann.) Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich
meine Kunst beizubringen, unermüdete Spezial-Bandagen anzufertigen zu lassen. Durch
Tag und Nacht Tragen meiner Bandagen haben sich unzweifelhaft Brustleidende
selbst geheilt.
Schreiben, H. B. schreibt u. a.: „mein schmerzhaftes Rückenband ist geheilt. Ich bin
wieder in meinem 66. Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch.“
Te. B. schreibt u. a.: „Ich fühle mich genügt. Jenseit nach 2 Jahren meinen innigen
Dank auszusprechen... wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“
Bandagen von 15,- an. Für Brust- und Rückenleidende ist einmalig zu
suchen in: Berlin NW 7, Friedrichstraße 94, 1. Etage, jeden Montag von 9-4,
Sonntags von 11-2 Uhr.
R. Ruffing, Spezial-Bandagist
Köln, Bonner Straße 249.

Garderobe auf Teilzahlung
für Damen u. Herren
1/6 Anzahlung!
8 Monatsraten

Billige Preise! Riesige Auswahl!
Sofortige Aushändigung der Ware
Größte Rücksicht in Krankheitsfällen!

Cohn | Cohn
Im Osten: Gr. Frankfurter Straße 58
5 Minuten vom Alexanderplatz
Im Norden: Badstraße 47-48
5 Minut. v. Bahnhof Gesundbrunnen

Achten Sie genau auf Firma und Hausnummer!

Einen gesunden Schlaf
und damit eine Reifigung des ganzen
Nervensystems erzielen Sie durch den
echten „Baldravin“

Patentamt. Nr. 342661.
Er enthält ästhetische Extraktstoffe
der Baldrianwurzel in kräftigem
Süßholzöl. Wie Nachahmungen
die als ebenbürtig angeboten werden,
wiese man entschieden zurück. — Sie
haben in Apotheken und Drogerien.
Verfasser:
Otto Stumpf H.-G., Chemnitz.

Teilzahlung
1/6 u. 8 Monatsraten
Gewaltige Lager in 4 Etag.
Das Neueste
für Herbst und Winter
Anzüge
Ulster
Paletots
M. 48,-, 64,-, 78,- bis 150,-
Anzahlung von 8 M. an
Anzüge
für Knaben u. Jünglinge
Regenmäntel
Damen-Mäntel
Kleiderl. Straße u. Gesellschaft
M. 16,-, 24,-, 33,-, 46,- u. 140,-
Anzahlung von 3 M. an
Wäsche, Oberhemden, Hals
In besonderen Fällen:
Möbel-Einrichtungen
A. Damitt
Rosenthaler Straße
46-47
Ecke Bismarck-Straße